STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19110629

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 149. Donnerstag, den 29. Juni 1911. 25. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt" und „Die arbeitende Jugend") durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einz. Nr. 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage „Die Neue Welt" 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 3,50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: C. Döring in Hamburg.

Anzeigen die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen, sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel u. Winterhude bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 18. Rotenburgsort und Veddel bei Th. Reimer, Lindleystr. 85. Wilhelmsburg bei Carl C. Diehl, Meyerstr. 12, 1. Et. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottensen, Bahrenfeld bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129.

Hierzu zwei Beilagen.

Der Kulturkampf in Belgien.

y. Brüssel, 27. Juni.

Seit dem großen sogenannten Schulkrieg von 1879 hat die belgische Politik noch nie in dem Maße im Zeichen des Kulturkampfes gestanden, wie gerade jetzt. Die klerikale Regierung selber hat diesen Kampf entfesselt, indem sie eine Vorlage zur Reorganisation des Schulwesens einbrachte, die bekanntlich unter dem Vorwand der Einführung des obligatorischen Elementarunterrichts — allerdings nur „im Prinzip" und mit lediglich „moralischen" Sanktionen — eine neue skandalöse Begünstigung des Klosterunterrichts mit öffentlichen Geldern bezweckte. Die Vorlage rief unter dem nicht-klerikalen Teile der Bevölkerung eine große Erregung hervor und die beiden Oppositionsparteien, die Arbeiterpartei und die Liberalen, vereinigten sich zu einer Aktion des Widerstandes bis zum äußersten in- und außerhalb des Parlaments. Nach einigen Wochen führte diese Aktion bereits zum Erfolge. Der Führer des „altklerikalen" Flügels der Regierungspartei, Woeste, ließ die Regierung mit ihrer Vorlage im entscheidenden Augenblick im Stich, und der junge König benutzte die ihm gebotene Gelegenheit, sich bei der Mehrheit der Bevölkerung populär zu machen, und entließ den Premierminister Schollaert, der die persönliche Verantwortung für die seinen Namen tragende Schulgesetznovelle trug, mitsamt ein paar seiner Kollegen. Ein neues Ministerium kam zustande, das freilich ebenso klerikal und ultramontan ist, wie das vorige, das jedoch vom König nur die Aufgabe zugewiesen bekam, die laufenden Geschäfte der Regierung bis zu den Neuwahlen im nächsten Jahre zu erledigen; die Schulgesetznovelle soll bis dahin nicht wieder auf der Bildfläche erscheinen.

Von den nächstjährigen Neuwahlen erhoffen nun die antiklerikalen Oppositionsparteien den endgültigen Sturz der klerikalen Regierungsmajorität überhaupt, und zwar besonders deswegen, weil man eine allgemeine Neuwahl bei gleichzeitiger Vermehrung der Zahl der Abgeordnetenmandate erwartet. Unter gewöhnlichen Umständen ist nämlich alle zwei Jahre nur die eine Hälfte der Mitglieder der Abgeordnetenkammer der Neuwahl unterworfen. Nun ist jedoch am 31. Dezember 1910 die Volkszählung in Belgien vorgenommen worden, und die Tradition will, daß nach jeder Volkszählung, also alle zehn Jahre, die Zahl der Abgeordneten pro Wahlkreis (in Belgien wählt jeder Kreis mehrere Abgeordnete) entsprechend dem Zuwachs der Bevölkerung vermehrt wird und daß die Abgeordnetenkammer aufgelöst und eine allgemeine Neuwahl zum Parlamente vorgenommen wird. Es scheint nun die Absicht des Königs zu sein, auch im nächsten Jahre so zu verfahren und durch Auflösung des Parlaments eine Neuwahl mit einer erhöhten Anzahl der zu vergebenden Mandate herbeizuführen. Von einer solchen Neuwahl erwarten nun die Oppositionsparteien, und zwar schon aus einfach wahltechnischen Erwägungen heraus, die auch dann ihre Gültigkeit behalten würden, falls die Zahl der antiklerikalen Wähler in der Zwischenzeit nicht angewachsen sein sollte, die sichere Umwandlung der klerikalen Mehrheit in der Abgeordnetenkammer, die jetzt noch acht Stimmen beträgt, in eine Minderheit.

Die Aussicht auf eine solche Situation, bei der für die Liberalen und für die Arbeiterpartei die Möglichkeit gegeben wäre, zusammen zu regieren, hat nun die beiden antiklerikalen Oppositionsparteien dazu geführt, ihre Kräfte im höchsten Grade anzustrengen und zu vereinigen zu einem gemeinsamen Kampfe gegen die klerikale Regierung, der bis zu dem Augenblicke ihres Sturzes andauern soll. Liberale und Sozialisten bilden fortan einen antiklerikalen Block nach allen Regeln der Kunst. Der parlamentarische Führer der Arbeiterpartei, Genosse Vandervelde, erklärte es ganz offen in seiner Antwort auf die Programmrede des neuen Premierministers: „So lange die Drohung der Schulgesetznovelle nicht vom Horizont verschwunden ist — das heißt, bis zu der Parlamentsauflösung und bis zum Sturze der klerikalen Regierung überhaupt —, gibt es nur noch eine Linke!" Und in der Tat, es gibt nunmehr nur noch eine antiklerikale Fraktion im Parlament. Die liberale und die sozialistische Fraktion halten regelmäßig ihre Fraktionssitzungen gemeinsam ab, legen ihre Taktik gemeinsam fest, erlassen gemeinsam Kundgebungen und treten überhaupt in ihrer ganzen Tätigkeit als ein geschlossenes Ganzes auf.

Und diese liberal-sozialistische Blockgemeinschaft beschränkt sich keineswegs auf die parlamentarische Tätigkeit, sondern sie dehnt sich auch auf die Aktion im Lande und sogar zum Teil auf die Organisationsarbeit aus. Während der Kampagne gegen die Schulgesetznovelle hatte man schon bedeutend mehr gemischte (liberal-sozialistische) Versammlungen und Demonstrationen veranstaltet, als nur rein sozialistische oder rein liberale. Indessen wird diese Praxis auch jetzt noch, nachdem die Schulgesetznovelle von der politischen Bühne verschwunden, fortgesetzt und immer mehr verallgemeinert. Symptomatisch ist in dieser Hinsicht die Umwandlung des Charakters der für den 15. August vorbereiteten Wahlrechtsdemonstration der Arbeiterpartei. Seit mehreren Monaten schon hatte die Arbeiterpartei beschlossen, am 15. August dieses Jahres in den Straßen Brüssels eine große Demonstration zugunsten des allgemeinen, gleichen Wahlrechts vom 21. Jahre an zu veranstalten, an der die Arbeiterschaft des ganzen Landes soweit wie möglich teilnehmen soll. Die Demonstration sollte gewissermaßen die neue Kampagne der Arbeiterpartei für das gleiche Wahlrecht einleiten. Der Kampf gegen die Schulgesetznovelle hatte dann zur Folge, daß die Demonstration immer mehr gleichzeitig als Wahlrechts- und als Demonstration gegen das Schulgesetz hingestellt wurde. Nach dem Sturze des Ministeriums Schollaert faßte man sie wiederum im wesentlichen als Wahlrechtsdemonstration auf. Nun aber zeigte es sich in den letzten Wochen immer deutlicher, daß die Liberalen aus fast allen Teilen des Landes die Absicht haben, an der Demonstration teilzunehmen und sie in eine gemeinsame Veranstaltung der beiden Oppositionsparteien mit einem rein antiklerikalen Charakter umzuwandeln, und zwar obwohl ein sehr großer und einflußreicher Teil — darunter fast sämtliche Parteiführer — der liberalen Partei ausgesprochene Gegner des gleichen Wahlrechts sind und sich noch vor einigen Monaten durch ihre Abstimmung bei der Debatte über die Thronrede für die Beibehaltung des Minimalalters von 25 Jahren und für eine gemilderte Form des Pluralwahlrechts aussprachen. Ferner wird es auch immer wahrscheinlicher, daß bei der nächstjährigen Parlamentswahl in allen oder so gut wie in allen Wahlkreisen die Arbeiterpartei und die Liberalen den Wahlkampf gemeinsam mit liberal-sozialistischen Kandidatenlisten führen werden.

Ein fester gefügter bürgerlich-proletarischer Block, eine größere Konfusion, eine vollständigere Verwischung des Klassencharakters der Politik der Arbeiterpartei ist wohl kaum denkbar und sogar für belgische Verhältnisse — obwohl man ja in diesem Musterlande des „praktischen Revisionismus" wahrhaftig an manches gewöhnt ist — außerordentlich. Die schlimmsten Folgen dieser Blockpolitik für die Arbeiterpartei werden indessen erst nach dem Sturze der klerikalen Regierung zu Tage treten. Es zeigt sich nämlich immer deutlicher, daß die reformistischen Führer der Arbeiterpartei, mit dem Genossen Vandervelde an der Spitze, die bestimmte Absicht haben, dann mit den Liberalen zusammen eine Regierungsmehrheit unter einem Ministerium zu bilden, in das der Resolution des Internationalen Kongresses von Amsterdam zum Trotz auch mehrere Sozialisten eintreten sollen. Die Namen der sozialistischen Ministerkandidaten gehen bereits von Mund zu Mund — es sind dies in erster Linie die Genossen Anseele, Bertrand und Vandervelde, der letztere sogar als Kolonialminister. Und in seiner schon erwähnten Antwort auf die Programmrede des Premierministers Baron de Broqueville formulierte Genosse Vandervelde bereits mit geradezu offiziöser Ausführlichkeit und Genauigkeit das Programm dieser liberal-sozialistischen Blockregierung, dessen Hauptpunkte die gesetzliche Regelung der Kinderarbeit, Altersrenten, die Schulpflicht und das gleiche Wahlrecht sein „sollen".

Indessen — ganz soweit sind wir in Belgien denn doch noch nicht. Die Arbeiterpartei selber hat — obwohl ihre mangelhafte organisatorische Verfassung sie in den meisten Fällen dazu verurteilt, lediglich eine Art Massenstaffage für die diktatorische Tätigkeit der Parlamentsfraktion abzugeben — schließlich auch noch ein Wort darüber mitzureden, ob die antiklerikale Blockpolitik in ihrem Namen bis zu diesen äußersten Konsequenzen durchgeführt werden soll und darf. Nun ist ja leider keine Täuschung darüber möglich, daß bei der Schwäche — man könnte fast sagen: bei der Abwesenheit — der politischen Organisation des belgischen Proletariats, bei dem überaus niedrigen Grade seiner sozialistischen Durchbildung, bei der Schwierigkeit für die marxistische Opposition, ihre Stimme etwa durch die Presse bis zu der Masse durchdringen zu lassen, bei der Macht der Suggestion, die auf die Dauer durch die gemeinsamen Versammlungen und Demonstrationen der Liberalen und Sozialisten auf die ungebildete Masse ausgeübt wird, nur sehr geringe Hoffnung auf eine Umkehr in der Arbeiterpartei vor dem Anbruch der liberal-sozialistischen Regierungsherrlichkeit vorhanden ist. Das hindert freilich die marxistische Minderheit in der Arbeiterpartei nicht daran, schon jetzt mit all ihrer Macht auf diese Umkehr hinzuarbeiten. Zurzeit sind die Genossen, die dieser Minderheit angehören, gerade damit beschäftigt, ein geschlosseneres und nach außen hin demonstrativeres Auftreten ihrer Tendenz zu organisieren, damit es der belgischen Arbeiterschaft nicht ganz an Gegengift fehle gegen ihre Infektion mit vulgär-antiklerikalen Anschauungen und bürgerlich-demokratischen Illusionen eines friedlichen Hineinwachsens in den Zukunftsstaat, unter dem wohlwollenden Auge einer gemeinsamen Regierung von Arbeiterführern und politischen Vertretern des Unternehmertums und der Großbourgeoisie.

Politische Uebersicht.

Die Wahlrechtsfrage im Dreiklassenhaus.

Die Verhandlung über den Wahlrechtsantrag im preußischen Dreiklassenhause ist in ihrem Endeffekt so ausgelaufen, wie vorher erwartet werden konnte. Die Reaktionäre aller Schattierungen wähnen noch so fest im Sattel zu sitzen, daß sie dem Verlangen nach Beseitigung der Dreiklassenschmach trotzen zu können glauben. Einmal schon haben Konservative und Zentrum in holder Gemeinsamkeit eine „Wahlreform" hintertrieben, die nicht einmal eine war, sondern nur das Dreiklassenwahlrecht noch mehr zur Karikatur gemacht haben würde. Und am Dienstag haben auch die Nationalliberalen eifrig geholfen, den Wahlrechtsantrag nochmals beiseite zu schieben, denn daß er mit dieser Verhandlung begraben sein werde, werden kaum die Konservativen im Ernste annehmen.

Daß trotz aller in ihren Nuancen verschiedenen ablehnenden Haltung der Parteien die Frage zu erneuter Behandlung zugelassen werden mußte, daß alle Parteien ihre Stellung dazu präzisieren mußten, darin liegt die Anerkennung, daß die Wahlrechtsfrage in Preußen eine nicht mehr zu ignorierende Bedeutung erlangt hat. So sehr man sich auch mit Worten gegen diese Anerkennung sträuben mag, der Wille des Volkes macht sich trotz allem selbst in diesem Hause verknöcherter Privilegien geltend.

Auch die Regierung erwies der Wahlrechtsfrage ihre Reverenz. Freilich in eigenartiger Weise. Ihr bei Beginn der Wahlrechtsverhandlung im Saal anwesender Vertreter, der Minister des Innern v. Dallwitz, verließ mit seinen Kommissaren fluchtartig den Saal, vermutlich, um nicht wegen der Stellung der Regierung angesprochen zu werden, und dann schweigen zu müssen. Was die Regierung, nachdem Zentrum und Konservative ihre frühere Wahlrechtsvorlage umgebracht haben — sie war nichts besseres wert — jetzt in der Sache weiter zu tun gedenkt, weiß sie vermutlich selbst noch nicht. Soviel aber weiß sie, daß sie mit den früher üblichen Erklärungen, unerschütterlich am Dreiklassenwahlrecht festzuhalten, nicht mehr kommen kann und kommen darf. Dem steht die eigene frühere Wahlrechtsvorlage, mag sie auch noch so schlecht gewesen sein, entgegen, mehr noch aber das Wahlrecht für Elsaß-Lothringen. Woher soll sie Gründe nehmen, den preußischen Staatsbürgern zu verweigern, was sie den Elsaß-Lothringern zugestanden hat? Sie hat den Elsaß-Lothringern ein einigermaßen freies Wahlrecht gewährt, weil es keine Staatsbürger zweiter Klasse in Deutschland mehr geben dürfe. Soll sie nun den Preußen sagen, daß sie verdammt sein sollen, in ihrer gewaltigen Mehrheit für ewig nicht nur Staatsbürger zweiter, sondern dritter Klasse zu sein? Das scheint Herrn v. Bethmann-Hollweg doch eine Unmöglichkeit zu sein, und so blieb er selbst fort, und sein Vertreter ergriff schleunigst die Flucht, als die Wahlrechtsfrage zur Beratung kommen sollte.

Ueber die Beratung selbst ist nach unserm ausführlichen Bericht über die Verhandlungen nicht viel mehr zu sagen. Trägers Rede war gut. Wuchtig und mit viel Humor und beißender Satire gewürzt war die Rede des Genossen Hoffmann. Er unterließ es auch nicht, die durch die Flucht des Ministers gegen das Haus geübte Rücksichtslosigkeit zu geißeln, die sich kein anderes Parlament der Welt so ohne weiteres gefallen lassen würde. Die Ausführungen unseres Redners riefen nicht nur durch ihre Treffsicherheit und Schlagfertigkeit öfter Heiterkeit hervor, sondern sie verursachten auch mehr als einmal eine Bewegung, der sich selbst die hartgesottensten Wahlrechtsfeinde nicht ganz entziehen konnten. Außer den Fortschrittlern, den Polen und den Sozialdemokraten aber fand der Antrag keinen aufrichtigen Wortführer. Das Zentrum versicherte natürlich wieder, daß es ein begeisterter Anhänger der Einführung des Reichstagswahlrechts sei. Die Abstimmung am Schluß aber zeigte ebenso, wie die vom Genossen Hoffmann nochmals gekennzeichnete Haltung des Zentrums bei der vorjährigen Wahlrechtsberatung, wie es in Wahrheit mit der Wahlrechtsfreundschaft des Zentrums bestellt ist.

Wenn es sie ehrlich bekunden wollte, so könnte es helfen, die Macht zu stellen, durch welche der Widerstand der Junker in kurzer Frist gebrochen werden würde. Aber das Zentrum will eben nicht. Seine Wahlreformfreundschaft ist nichts als elende Heuchelei. Das Zentrum versteht in Preußen auch unter dem Dreiklassenwahlrecht seine politischen Geschäfte zu machen, und deshalb hintertreibt es eine ehrliche Wahlrechtsreform, weil es das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht als demokratische und demokratisierende Institution fürchtet.

Und ebenso geht es den Nationalliberalen. Sie wollen zwar ein „allgemeines" und direktes, aber beileibe kein gleiches Wahlrecht, sondern ein Pluralwahlrecht, das dem großen Geldsack das Uebergewicht verleiht. Daß Herr v. Heydebrand und Herr v. Zedlitz als Vertreter der Konservativen und Freikonservativen sich rundweg ablehnend verhalten würden, war vorauszusehen. Gegen deren Willen muß jede Wahlrechtsreform gemacht werden, die den Namen einer solchen verdient. Sie zu erzwingen, muß die Macht geschaffen werden, die den Widerstand überwindet. Diese Macht wird draußen im Volke erstehen. Darauf können die Herren sich verlassen.

Die Abstimmung artete dann, wie es einer drastisch nannte, zu einer wahren Affenkomödie aus, indem die Konservativen, um die Verhandlung überhaupt resultatlos zu machen, zunächst die weitestgehenden Forderungen unterstützten, damit dann das Ganze zu Fall komme. Aus dem ersten Teile des volksparteilichen Antrages — allgemeines, gleiches, direktes, geheimes Wahlrecht — beantragte der Nationalliberale Schiffer, das Wort „gleiches" zu streichen. Bei der Abstimmung über diesen Antrag stimmten für die Aufrechterhaltung des Wortes mit den Freisinnigen, dem Zentrum und den Polen auch die beiden konservativen Parteien. (Das eine Weile andauernde verblüffende Schweigen auf der Linken löst sich, als die Rechte in schallendes Gelächter ausbrach, gleichfalls in Gelächter, untermischt mit Rufen der Entrüstung.) Als bei der nunmehrigen Abstimmung über den unveränderten Antrag der Volkspartei mit den Nationalliberalen die beiden Parteien der Rechten sitzen blieben, so daß der Präsident den Antrag für abgelehnt erklärte, brach die Rechte in ein schallendes Hohngelächter aus. Es wurde hierauf abgestimmt über den zweiten Teil des Antrags, die Wahlkreiseinteilung. Hier lag wieder ein Antrag Schiffer vor, die Bezugnahme auf die Volkszählung von 1905 zu streichen. Auch hier erhoben sich die beiden rechten Parteien mit den Freisinnigen und den Sozialdemokraten und Polen gegen die Streichung und lehnten sodann mit dem Zentrum den Antrag der Volkspartei selber ab.

Die Konservativen hatten also ihren Zweck, die Verhandlung überhaupt ergebnislos zu machen, erreicht. Die Möglichkeit dazu hatten ihnen die Nationalliberalen geschaffen, die durch ihre Feindschaft gegen das gleiche Wahlrecht das völlige Verlaufen im Sande verschuldeten.

Aber die offenen und verkappten Wahlrechtsfeinde sollen nicht glauben, daß damit nun die Wahlrechtsfrage erledigt ist. Das Preußenvolk will die Schande, als Staatsbürger zweiter Klasse dazustehen, nicht mehr tragen. Der Stein ist im rollen, und die parlamentarischen Ränke der Reaktionäre werden ihn nicht mehr zum Halten bringen.

Das Ringen um die Seele des liberalen Spießbürgers.

Das ist, wie wir schon darlegten, der Kern des um die konservative Stichwahlparole entbrannten Streites. Die konservative Presse setzt ihre Einschüchterungsversuche unermüdlich fort, um in liberalen Spießbürgerkreisen die Angststimmung zu erzeugen, ohne welche die Reaktionäre auf Wahlerfolge nicht mehr rechnen können. Zu dem Zwecke schreibt auch die konservative „Ostsee-Ztg.":

In schlimmen Händen.

[34] **Roman von Erich Schlaikjer.**

Die Orgel fiel noch einmal brausend ein, als das neue Paar durch die Kirche zurückschritt. Unter der Orgel aber, in einem dunklen Winkel, der sonst nie benutzt wurde, saß in einem schwarzen Kleide Frau Engelbrecht und weinte salzige Tränen der Rührung. Welch ein Glück war es doch für sie, daß Dagmar ein so brades Kind geworden war! Auch die Rede des Propsten fand sie geradezu hinreißend; sie war freilich auch die einzige, die die Anspielung nicht verstanden hatte. Die Theologie war ihrer Seele fremd geblieben; sie empfand sich mit Stolz als Dagmars Mutter.

„Gar nicht so übel." Der Zahnarzt machte es sich in den Kissen des Wagens bequem.

„Gewiß nicht, aber hoffentlich kommt er nicht zur Tafel." An der Tafel konnte der Referendar auch die besten Pröpste nicht leiden.

„Gott bewahre!" Der Zahnarzt wurde ganz erschrocken. „Das ist hier nicht Sitte. Er hält seinen Tratsch und geht nach Hause."

„Das ist auch das einzig Richtige."

Septimus und Axel saßen im Wagen vorher.

„Was sagst Du zum alten Propsten? Ob er nicht geradezu galant geworden ist!"

Axel lächelte.

„Wenn Dagmar will, sieht sie auch die Kinder Gottes zu ihren Füßen."

„Auch?" meinte Axel.

„Ja. Die Kinder der Welt hat sie ja schon. Oder sind Dir der Zahnarzt und der Referendar entgangen?"

„Selig sind, die reinen Herzens sind," meinte Axel.

„Nun, Du hast ihr ja auch Deinen Wagen gespendet. Glaubst Du, daß Stine Andresen ihn bekommen hätte?"

„Sei friedlich, Septimus! Wir wollen trinken."

Axel gab ihm einen leichten Schlag in den Rücken und stieg aus. Der Wagen hielt gerade vor dem Torweg.

Das Speisezimmer bei Lorenz Asmussen war etwas eng, die Versammlung war allzu stattlich geworden. Im Kampf um die Plätze aber und beim gegenseitigen Aneinanderrücken flogen auch schon die ersten Scherze durch die Luft. Eine kalte offizielle Stimmung konnte unter diesen Umständen gar nicht aufkommen. Es war von vornherein gemütlich. Das Gastzimmer war festlich geschmückt und als Rauchzimmer für die Herren eingerichtet. Die Wirtschaft blieb selbstverständlich streng geschlossen.

Nach der Suppe erhob sich Axel, um die eingelaufenen Telegramme zu verlesen; Asmussen hatte ihn darum gebeten. Es war ein ganzer Stapel zusammengekommen. Der Hotelier in Kiel erregte durch ein sehr langes und besonders warmes die allgemeine Aufmerksamkeit. Sogar der Wirt von „Waldeslust" hatte eines gesandt, obwohl er innerlich vor Wut knirschte, daß ihm Dagmar nun doch entrissen war. Axel und Asmussen waren allzu einflußreiche Leute. Die offiziellen Texte folgten. Sie waren kurz und bündig. Nichtsdestoweniger atmete man hier und da erleichtert auf, als sie zu Ende waren.

„Sie trinken ja gar nicht," sagte der Zahnarzt.

„Wieso?" fragte der Referendar beleidigt. Seine Flasche war bei der Suppe schon ziemlich leer geworden.

Als er das ironische Lächeln des Freundes sah, verstand er erst die Meinung.

„Sie werden sehen, es wird glänzend."

„Es muß glänzend werden, der Kaviar ist auch glänzend gewesen."

Es klopfte jemand an sein Glas.

„Nanu?" Allgemeines Erstaunen.

„Ich denke, wir wollten endlich zu den Taten übergehen," flüsterte der Referendar entrüstet.

„Wer ist denn das Heupferd?" murmelte der Zahnarzt und beugte sich vor, um den Sünder erblicken zu können.

Das Blut gerann ihm in den Adern. Es war der dicke Ohlsen.

„Barmherziger Gott!" Er wurde ganz bleich.

„Er wird uns doch nicht blamieren?" Ohlsen gehörte zur Dagmarpartei.

„Es ist so sicher wie ein Naturereignis. Er hat sich noch immer blamiert."

„Hätten wir den Onkel nur gar nicht aufgenommen!"

An der ganzen Tafel sah man vor sich nieder, Ohlsens Reden waren bekannt und gefürchtet. Jeder sprach ein stilles Gebet und wartete das Unvermeidliche ab. Es war eine unheimliche Ruhe eingetreten.

„Meine Damen und Herren," sagte Ohlsen. Der Kopf war krebsrot vor Aufregung und er rang nach Luft.

„Meine Damen und Herren," wiederholte er. Als er dann die Leichenversammlung sah, die mit bleichem Ernst auf ihren Stühlen saß, packte ihn eine geradezu tödliche Angst. Zum Glück fiel ihm ein, daß er im Glase noch einen Rest hatte, mit dem sich eine Kunstpause ausfüllen ließ. Er labte sich also. Auch in der Flasche war noch ein hübscher Tropfen. Er labte sich gründlich. Eine stille Heiterkeit ging durch die Reihen.

„Humor hat er, wenn auch unfreiwilligen," stöhnte der Zahnarzt.

„Meine Damen und Herren," schrie Ohlsen nun, daß die Fenster klirrten. Seine Angst war aufs höchste gestiegen.

„Allmächtiger Gott," kam es vom Referendar. Man hatte schon wieder gelacht.

Wer hätte aber glauben sollen, daß Ohlsen eine Rede hielt, die mit Jauchzen und Beifall schloß? Es entstand im Augenblick ein allgemeiner und brausender Jubel. Der Zahnarzt umarmte ihn beim Anstoßen und klopfte ihm jovial in den Rücken. Die Gläser klangen, Ohlsen hatte eine frohe Botschaft gebracht. Ohlsen gehörte nämlich zu den älteren Mitgliedern des Bürgervereins. Er hatte einen Auftrag zu überbringen und eine Frage an Lorenz Asmussen zu richten. Er sollte mitteilen, daß der Bürgerverein ihn bei den Wahlen zum Rathaus aufstellen wollte und sollte fragen, ob Asmussen das Mandat eines Stadtverordneten annehmen wollte. Als er so weit gekommen war, war der Jubel losgebrochen und hatte den Rest seiner Rede verschlungen. Asmussen hatte mit bescheidenem Stolz gedankt und angenommen. Ohlsen aber hatte eine der glücklichsten Stunden seines Lebens. Es war in seinem festereichen Dasein die erste Rede, die mit Beifall empfangen worden war.

Von nun gab es kein Halten mehr. Die Stimmung war entfesselt, das Gespräch wogte hin und her und Septimus' Mosel floß in Strömen durch die Kehlen.

„Hallohl" jubelte dann die Stimme des Referendars durch das Gewirr der Tafel.

Oben bei Axel knallte der erste Pfropfen der „Veuve Cliquot".

Es war eine Hochzeit, die sich gewaschen hatte und ein Wein, der sich nicht gewaschen hatte, resumierte der Zahnarzt am nächsten Vormittag. Der Frühschoppen war ungemein belebt. Der Kater war ja nicht so allgemein wie nach dem großen Fest im Bürgerverein, die Menge der Bevölkerung aber erklärte sich solidarisch und trank aus Begeisterung mit.

„Es ist hier oben überhaupt ein gutes Volkstum," sagte der Referendar.

Die Hochzeit war das letzte große Fest des Winters, von da an ging es abwärts. Ein unangenehmes Tauwetter begann, mit hohlen schluchzenden Westwinden, mit sturmgepeitschtem Regen in den Gassen, mit Galoschen, Schnupfen und Rheumatismus. Die Freuden des Winters waren aus, ohne daß andere Freuden schon ihren Anfang genommen hatten. Der März rief eine Flut von Verwünschungen hervor. Es wurde zwar heller in der Welt, man spürte, daß die Sonne näher kam, aber ein eiskalter Regen und ein herber bissiger Wind jagten alle freundlichen Stimmungen zum Teufel. Wer hinaus mußte, wickelte sich fest in seinen Mantel, beugte das Gesicht hinab und kämpfte mühsam mit der scharfen Luft.

Es mochte nachmittags etwa 4 Uhr sein, als der alte Bernt in der Tür seiner Schenke stand; man war glücklich in die Mitte des Monats hineingekommen. Es hatte über Mittag noch heftig geregnet, augenblicklich aber war die Luft heller geworden.

Der alte Bernt war ein so ehrlicher Matrose, wie nur je einer im Vorderdeck geschlafen hatte. Er war indessen alt und steif geworden, er hatte unmöglich mehr zur See fahren können und hatte nun unten am Hafen eine kleine Schenke aufgemacht, die sich freilich nicht des besten Rufes erfreute. Es haftete ihr nichts Unredliches an, sie war im Gegenteil so redlich wie der alt Bernt selber; sie sah nur allerlei Publikum in ihren Räumen, dem auch die respektable Armut am liebsten aus dem Wege ging. Neben den Arbeitern kamen auch arbeitsscheue Individuen, einige bekannte Stadtlumpen, gescheiterte Existenzen aus dem Arbeitshaus, notorische Säufer usw. Es geschah nie etwas Ungehöriges, aber Bernt konnte keine Auswahl treffen. Wer seinen Grog bezahlte, bekam ihn auch; er hatte die Mittel nicht, um auch nur auf die bescheidenste Vornehmheit zu halten.

Bernt stand in der Haustür und lugte mit gespanntem Interesse ins Wetter. Seine alte Frau hatte eben den Kaffee hineingebracht und kam nun hinaus, um ihn zu rufen.

„Hast Du am Wetter nichts bemerkt?" begann Bernt.

„Es regnet, aber das tut es ja immer."

„Und weiter?"

„Es ist kalt; wir haben noch immer geheizt."

„Und weiter?"

„Ich habe Rheumatismus und das hast Du auch."

„Merkst Du sonst gar nichts?"

„Nein, wirklich nicht."

„Steck die Nase in die Luft und rieche."

Die Alte steckte die Nase in die Luft und roch nach Kräften.

„Spürst Du noch immer nichts?"

„Nicht das Geringste!"

„Es ist ein neuer Geruch in die Luft gekommen."

„Aber Bernt!"

„Ein neuer Geruch von frischer Erde," sagte Bernt hartnäckig „Der Frühling ist nicht mehr weit."

„So was!" Die Alte ging unwirsch hinein.

Es bestand ein sozusagen unterirdischer Krieg zwischen ihnen, wer die beste Nase für das kommende Wetter habe. Jeder von ihnen schwor auf den eigenen Rheumatismus und stellte danach die untrüglichsten Prognosen. Die Prognosen gingen selbstverständlich immer auseinander, aber nichtsdestoweniger behielten immer beide recht. Es war immer Bernts Wetter, das schließlich eintraf; die Alte aber war ebenso fest davon überzeugt, daß es ihrem Wetter bis zum Verwechseln glich. Sie prophezeiten sozusagen getrennt, aber sie siegten immer gemeinsam. Die Alte war darum neidisch geworden, als Bernt mit dem Geruch und dem Frühling angekommen war. Es gab keinen Frühling, solange sie den Rheumatismus noch im rechten Bein hatte, das wußte sie ganz genau. Erst mußte er ins linke hinüber, ehe davon auch nur die Rede sein konnte. Aber Bernt war immer so klug, weil

„Die Gepflogenheit konservativer Stichwahlhilfe, trotz allen Liebäugelns mit der Sozialdemokratie liberalerseits als ein gutes Recht aufzufassen und daraufhin uns zur Freude der Sozialdemokratie auf das niedrigste zu beschimpfen, mußte allmählich zu für uns unerträglichen Zuständen führen und die liberalen Sozialistenfreunde mit einem Uebermut erfüllen, der für die gesamte politische Lage verhängnisvoll werden mußte. Die Erklärung der konservativen Korrespondenz hat diesen Zuständen endgültig ein Ende gemacht. Die verbündeten Freisinnigen und Nationalliberalen wissen jetzt, daß wir zwar die von ihnen nicht selten beliebte aktive Unterstützung der Sozialdemokraten unter allen Umständen ablehnen, daß wir aber für Verbündete der Sozialdemokraten oder für solche Parteien, die ihre politische Haltung auf die Gewinnung der Stichwahlhilfe der Sozialdemokraten gegen uns richten, wenn sie in der Stichwahl gegen die Sozialdemokraten stehen, nicht mehr ohne Gegenleistung unsere Stimmen zur Verfügung stellen wollen. Die Liberalen stehen damit vor der Wahl, entweder auf unsere Stichwahlhilfe zu verzichten und damit eine große Zahl mit unserer Hilfe gewonnenen Mandate an die Sozialdemokraten zu verlieren, oder sich der bei den Wahlen 1907 bestehenden und bei den letzten Ersatzwahlen vom Liberalismus gebrochenen, auf voller gegenseitiger Gleichberechtigung beruhenden Gemeinbürgschaft gegen die Umsturzpartei, wieder zuzuwenden. Geschieht das letztere, wie leider zu erwarten steht, für die nächsten Wahlen noch nicht, so werden die Liberalen es am eigenen Leibe erfahren, daß auch die größte Langmut auf unserer Seite schließlich ihr Ende hat, daß fortgesetzte Verweigerung der Gleichberechtigung, verbunden mit fortgesetzten Beschimpfungen und Verdächtigungen unserer Partei, auch den Liberalismus ins Verderben führt. . . . Wenn die verbündeten Liberalen sich auf ihre monarchischen Traditionen wieder besinnen, sind wir jederzeit bereit, ihnen auf der Basis voller Gleichberechtigung die Hand zum gemeinsamen Kampfe gegen den Umsturz zu bieten. So lange sie das nicht wollen, müssen sie und muß leider auch unsere gesamte politische Entwicklung die Folgen dieser Haltung tragen."

So verbindet sich mit der Drohung immer wieder die Lockung an die Freisinnigen, mit den Konservativen gemeinsame Sache gegen die Sozialdemokratie zu machen; dann sollen die Liberalen von den Junkern gnädigst als „Gleichberechtigte" anerkannt werden. Wenn die Liberalen diesen Lockungen folgen würden, so hieße das nicht weniger als sich selbst aufgeben und die Interessen des Bürgertums verraten. Daß die Konservativen eine solche Zumutung an die Liberalen überhaupt zu stellen wagen, zeigt, wie niedrig sie sie einschätzen. Man verlangt von den Liberalen den Verzicht auf alle liberalen Bestrebungen, um der Gnade der Junker würdig zu werden. Man sollte meinen, daß gegen solche freche Anmaßung helle Empörung unter den Liberalen entstehen und daß die Folge solcher beschimpfenden Zumutungen der feste Entschluß sein müßte: Nun erst recht! Aber den Mut dazu finden nur wenige.

Daß den konservativen Stichwahldrohungen tatsächlich der feste Untergrund für eine Wirksammachung der Drohungen fehlt, dafür versucht das „Berl. Tagebl." den Beweis zu erbringen, wobei es von der Tatsache ausgeht, daß auch die Linksnationalliberalen von den Konservativen schon zu den „Bundesgenossen" der Sozialdemokratie geworfen werden. Das linksliberale Blatt meint, daß unter der Wirkung der konservativen Stichwahlparole die Zusammensetzung des kommenden Reichstags eine nicht unwesentliche Verschiebung erleiden werde. Das wird dann durch folgende Darlegungen begründet:

„Bei den letzten Wahen im Januar 1907 haben im allgemeinen, wo es sich um eine Stichwahl zwischen den Konservativen und den Sozialdemokraten handelte, die Liberalen zugunsten der Konservativen den Ausschlag gegeben, und ebenso haben die Konservativen die Liberalen in der Stichwahl gegen die Sozialdemokraten unterstützt. Sollte diese Rücksicht auf beiden Seiten in Wegfall kommen, so würde das für die Konservativen wie für die Liberalen mit einem nicht unbeträchtlichen Mandatsverlust verbunden sein. Die Fortschrittliche Volkspartei würde Gefahr laufen, folgende Wahlkreise an die Sozialdemokratie zu verlieren: Danzig, Stettin, Görlitz, Lauenburg, Hagen, Lennep-Mettmann, Erlangen, Zittau, Plauen und Bremen. Ebenso würden die beiden Breslauer Wahlkreise, von denen der eine bisher in den Händen der Fortschrittlichen Volkspartei, der andere in den Händen der Reichspartei war, der Sozialdemokratie zufallen. Auch die nationalliberale Partei würde durch die sozialistenfreundliche Haltung der Konservativen eine Reihe von Mandaten einbüßen. Dahin gehören die Wahlkreise Osterburg-Stendal, Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück, Hameln-Linden, Einbek-Northeim, Stade, Bayreuth, Zittau, Dresden links der Elbe und Döbeln.

Noch größer sind freilich die Verluste, die den Konservativen durch ein taktisches Zusammengehen der liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen drohen. Die konservative Partei würde in diesem Falle aus folgenden Wahlkreisen hinausgeworfen werden: Potsdam-Osthavelland, Randow-Greifenhagen, Striegau-Schweidnitz, Grünberg-Freystadt, Querfurt-Merseburg, Hildesheim, Oschatz-Grimma, Schwerin-Wismar, Malchin-Waren und Güstrow-Ribnitz. Dazu würden an Verlusten der Reichspartei kommen: Oberbarnim, Zauch-Belzig-Jüterbog, Kottbus-Spremberg, Bitterfeld-Delitzsch, Harburg-Rotenburg, Elberfeld-Barmen, Strelitz, Altenburg und Schaumburg-Lippe. Ferner würde der Bund der Landwirte Goslar-Zellerfeld, Kehdingen-Neuhaus a. O., Kaiserslautern und Holzminden-Gandersheim einbüßen. Endlich würden die Antisemiten aus den Wahlkreisen Kassel-Melsungen, Eschwege-Schmalkalden und Meißen-Großenhain verschwinden.

Doch damit nicht genug: bei den letzten allgemeinen Wahlen haben die Liberalen vielfach schon unter Verzicht auf eine eigene Kandidatur im ersten Wahlgange für den konservativen Kandidaten gestimmt. Wenn sie jetzt selbst eifrig agitieren, dann kann eine weitere Reihe von Wahlkreisen den Konservativen abgenommen werden. Dahin gehören die Wahlkreise Tilsit-Niederung, Marienburg-Elbing, Ruppin-Templin, Landsberg-Soldin, Kalau-Luckau, Jerichow, Köslin-Kolberg, Mülhausen-Langensalza, Freiberg in Sachsen, Malchin-Waren und Reuß ä. L. Ferner würden in diesem Falle die Freikonservativen folgende Wahlkreise einbüßen: Westpriegnitz, Züllichau-Krossen und Gotha.

Gar so günstig ist, wie man sieht, die Heydebrandsche Parole für die reaktionären Parteien durchaus nicht. Sie könnten im günstigsten Falle den liberalen Richtungen aller Schattierungen etwa achtzehn oder neunzehn Mandate streitig machen, aber sie selbst würden nicht weniger als vierzig Mandate, vielleicht noch mehr bei diesem Geschäft verlieren."

Ob diese Rechnung in allen Punkten genau stimmt, können wir im Moment nicht nachkontrollieren. Richtig ist jedenfalls, daß bei einem Zusammenhalten der Linken gegen die Reaktionäre diese viel größere Verluste erleiden werden, als die Verschiebungen zwischen den Liberalen und der Sozialdemokratie bewirken würden, wobei immer die Verstärkung der Linken bleiben würde. Das „B. T." hat denn auch völlig recht, wenn es sagt, daß die konservative Stichwahlparole nichts als eine hohle und leere Drohung ist, nur dazu bestimmt, das liberale Bürgertum ins Bockshorn zu jagen. Für die liberalen Wähler gelte es unter allen Umständen, fest zu bleiben und den Kampf gegen rechts unbeirrt zu führen.

Was dem einen recht, ist dem andern billig.

So denkt man offenbar im „Deutschen Bauernbund", dem Konkurrenten des Bundes der Landwirte. Wenn dieser sich *M* 3000 aus öffentlichen Geldern für seine Kriegskasse bewilligen läßt, warum soll der Bauernbund nicht die gleiche Gunst genießen. So hat denn der Wahlkreisvorsitzende des Deutschen Bauernbundes für Grünberg-Freystadt, Herr Hoeft-Beuthen, an die Glogau-Saganer Fürstentumslandschaft nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Infolge der durch die Zeitungen gegangenen Nachrichten, daß aus dem landschaftlichen Fonds für den Bund der Landwirte *M* 2000 bewilligt werden sollen (Das ist bereits geschehen. D. Red.), beantrage ich: für den Wahlfonds des Deutschen Bauernbundes genau soviel zu bewilligen als für den Wahlfonds des Bundes der Landwirte. Begründung: Selbstverständlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß Landschaftsgelder nicht zur Unterstützung von politisch wirkenden Verbänden verwandt werden dürfen. Wenn aber dem Bund der Landwirte bei dessen Gründung bezw. nachher schon *M* 2000 und *M* 3000, zusammen *M* 5000 bewilligt sind, so ist es nur gerecht, wenn bei den künftigen Bewilligungen sämtliche für die Landwirtschaft tätigen Verbände die gleichen Summen bekommen. Daß der Deutsche Bauernbund die Interessen der Bauern, also der großen Mehrzahl unserer Landwirte vertritt, dürfte allein schon durch die beiden beiliegenden Zeitungen (in den Artikeln „Sonderbündelei") bewiesen sein. Für die Glogauer Landschaft liegt aber um so mehr die Pflicht vor, den Deutschen Bauernbund genau so zu berücksichtigen wie den Bund der Landwirte, weil ein erheblicher Teil der Mittel dieser Landschaft erst durch die Mitglieder des Deutschen Bauernbundes aufgebracht wird, die natürlich verlangen können und verlangen werden, daß die von ihnen aufgebrachten Mittel nicht andern Verbänden gegeben werden."

Auf die Antwort darf man gespannt sein.

Protest der liberalen Geistlichen.

Zum Fall Jatho erlassen die liberalen Geistlichen von Groß-Berlin die nachstehende, bereits von einer großen Anzahl linksstehender Pfarrer unterzeichnete Protesterklärung:

„Wir erblicken in der Tatsache der Amtsentlassung Jathos, dessen Jesusjüngerschaft unwidersprochen vor aller Welt klar daliegt, eine unabsehbare Schädigung der Religion unserer evangelischen Landeskirche. Wir werden unbeirrt durch alle Folgen unsere Verkündigung des Evangeliums, allein unserer Gewissensüberzeugung folgend, im protestantischen Geiste nach wie vor ausüben."

Die liberale Geistlichkeit der Rheinprovinz will eine gleichlautende Protesterklärung erlassen.

Wer hat die Schuld?

Darüber, wer die Schuld trägt an dem voraussichtlichen Scheitern des Pflichtfortbildungsschulgesetzes, streiten sich die „Freikonservative Korrespondenz" und die klerikale „Germania". Erstere macht die Konservativen und das Zentrum verantwortlich. Sie schreibt: „Leider besteht kein Zweifel, daß das mit großen Erwartungen begrüßte Gesetz, das die zuverlässigste Grundlage für eine wirksame Jugendpflege sein würde, nicht zustande kommt und daß dadurch die nachgerade unaufschiebbare Jugendpflege wesentlich erschwert werden wird. Die Verantwortung hierfür fällt ausschließlich auf die konservative und Zentrumspartei."

Die „Germania" will von einer Schuld des Zentrums natürlich nichts wissen. Sie hat den „wahren Schuldigen" im — Handelsminister Sydow entdeckt, weil er von einer religiösen Fortbildung und von einer Mitwirkung des Kultusministeriums nichts wissen wolle.

Das Reichsgericht gegen die Versammlungsfreiheit.

Wie die „Post" berichtet, hat das Reichsgericht vor einiger Zeit eine Entscheidung über die Auflösung von Versammlungen gefällt, die, weil sie das Versammlungsrecht der Willkür der Polizeibeamten überliefert, bei erster bester Gelegenheit vom Reichstage energisch zurückgewiesen werden sollte.

Der Leiter einer Versammlung hatte einem Gendarmeriewachtmeister, der die Versammlung überwachen sollte, den Zutritt in den Saal untersagt, weil die Versammlung nicht öffentlich war. Trotzdem wurde die Versammlung von dem Gendarmeriewachtmeister aufgelöst, weil er der Meinung war, die Versammlung sei eine öffentliche. Der Versammlungsleiter setzte der Auflösung Widerstand entgegen und forderte die Anwesenden auf, dem Befehl keine Folge zu geben. Er wurde deswegen angeklagt und vom Landgericht freigesprochen. Der 4. Straffenat des Reichsgerichts schloß sich diesem Urteil nicht an, entschied vielmehr, daß die Anwesenden auf Aufforderung des Polizeibeamten hin sich aus der Versammlung entfernen mußten, wenn auch eine öffentliche Versammlung nicht vorlag. Wenn auch tatsächlich der § 111 des Reichsstrafgesetzbuches ausscheide, so käme doch § 18 Nr. 4 des Vereinsgesetzes in Betracht, weil sich der Angeklagte nach Erklärung der Auflösung durch den Vertreter der Polizei nicht sofort entfernt habe. Die Frage, ob die Auflösung irrtümlich erfolgte, käme dabei nicht in Betracht.

Das freisprechende Urteil des Landgerichts wird der Sachlage jedenfalls mehr gerecht als das Urteil des Reichsgerichts. Dieses gibt der Polizei geradezu einen Freibrief, sich über die Bestimmungen des Gesetzes hinwegzusetzen.

Regierungshilfe für Zolldefraudanten?

Die „Voss. Ztg." berichtet: „Die hohen Strafen wegen angeblicher Zollhinterziehungen der Solinger Fabrikanten, die wiederholt aus Amerika gemeldet wurden, werden nach einer uns aus Solingen zugehenden Drahtung von den Bergischen Fabrikanten als ein systematischer Kampf gegen die Solinger Industrie aufgefaßt, der im Interesse der amerikanischen Stahlwarenindustrie geführt werde. Es sei notwendig, daß die deutsche Regierung sich ins Mittel lege, wenn nicht die gesamte Ausfuhr der Solinger Waren nach Amerika lahmgelegt werden solle."

Die Solinger Stahlwarenfabrikanten sind meist gut schutzzöllnerisch gesinnt. Sie selbst möchten aber von den amerikanischen Zöllen sich drücken. Wie aber die deutsche Regierung dazu kommen soll, ihnen dabei zu helfen, ist uns unerfindlich.

Der Wahlgaul des Generals.

Die Bündler im 6. hannoverschen Wahlkreis haben den Generalleutnant v. Wrochem aufgestellt. Zu seiner Empfehlung weiß die „Hoyaer Zeitung" folgendes ins Feld zu führen:

„Für die Verhältnisse des Hannoverlandes, in dem er lange Jahre gestanden hat, hatte er immer ein besonderes Interesse, weil ihm die urdeutsche Art, der offene und treue niedersächsische Charakter der Hannoveraner besonders anzog. So kennt er ihre Wünsche und Bedürfnisse besonders gut, hat auch für das hannoversche Pferd und seine Züchtung immer große Sympathien gehabt; sein Lieblingspferd stammt aus dem Celler-Gestüt. Dem Welfentum steht General v. Wrochem mit vollem Verständnis und gerechter Würdigung gegenüber. Er hat in seiner einstigen Garnison Celle mit den alten Welfenfamilien einen auf gegenseitiger Hochachtung und Wertschätzung gegründeten Verkehr gepflogen."

Das Lieblingspferd wird den Wählern hoffentlich auch vorgestellt.

Stadtverordnetenwahlen in Baden.

Der bürgerlichen Presse wird aus Karlsruhe gemeldet: Bei den Stadtverordnetenwahlen der zweiten Klasse, die nach dem System der Proportionalwahlen stattfanden, errangen hier die Nationalliberalen 10, die Fortschrittliche Volkspartei 8, das Zentrum 8 und die Sozialdemokraten 8 Sitze. Bei den Wahlen der ersten Klasse in Pforzheim wurden 30 Mitglieder der bürgerlichen Vereinigung und 2 Zentrumsleute gewählt, während die Sozialdemokraten, auf die 1500 Stimmen entfallen waren, leer ausgingen.

Deutschlands Handelsbeziehungen zu Japan.

Wie verschiedene Blätter berichten, wird der am Sonnabend zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dem japanischen Botschafter abgeschlossene neue Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Deutschland und Japan am nächsten Mittwoch den Bundesrat in seiner letzten Plenarsitzung vor den Sommerferien beschäftigen. Der Bundesrat ist durch das Gesetz vom Mai d. J. ermächtigt worden, für den Fall des Zustandekommens eines Handelsvertrages mit Japan diesen vorläufig in Kraft zu setzen. Nachdem nun der Vertrag inzwischen zum Abschluß gelangt ist, darf man annehmen, daß der Bundesrat am Mittwoch seine Inkraftsetzung beschließen wird. Da der gegenwärtige Vertrag schon mit dem 16. Juli sein Ende erreicht, dürfte die Veröffentlichung des Vertrages der Bundesratssitzung wohl unmittelbar folgen. Der Wirtschaftliche Ausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung, die in der zweiten Juniwoche stattfand, gutachtlich zu dem Vertrag geäußert. Dem Reichstag wird der Vertrag in der kommenden Herbsttagung zur Genehmigung vorgelegt. Falls diese Genehmigung nicht erteilt werden sollte, muß der Vertrag spätestens zum 31. Dezember 1912 außer Wirksamkeit gesetzt werden.

Der 81. Sozialdemokrat im österreichischen Reichsrat.

Bei der am 26. Juni vollzogenen Stichwahl in Stryj wurde Genosse Moraczewski, der schon dem vorigen Parlament angehörte, wiedergewählt. Er erhielt 3257 von 6091 gültigen Stimmen. Im ersten Wahlgang hatte Moraczewski 2508, Dr. Reich (Zionist) 1541 Stimmen. Außerdem erhielt der Demokrat Dr. Goldhammer 1517, der Ruthene Dr. Harasymow 1517 Stimmen. Obwohl Dr. Goldhammer die Wahl des Zionisten empfahl, hat Moraczewski in der Stichwahl doch noch 700 Stimmen mehr aufgebracht als in der Hauptwahl.

Unsere polnischen Genossen haben sich bei diesen Wahlen besonders gut geschlagen. Sechs Mann stark waren sie im vorigen Parlament, und obwohl sie das Mandat des Genossen Kunicki in Schlesien verloren, kehren sie doch um zwei Mann stärker in das Parlament zurück. Die polnische Fraktion wird nun folgende acht Genossen umfassen: Daszynski, Klemensiewicz, Marek, Diamand, Hudec, Moraczewski, Liebermann, Reger.

Bienerths Fall.

Dem scheidenden österreichischen Ministerpräsidenten Bienerth widmet die „Arbeiter-Zeitung" einen Nachruf, in dem es heißt:

„Dreieinhalb Jahre durfte Bienerth das Parlament quälen und kein Anschlag wider die ungestörte Entwicklung des ersten Hauses des allgemeinen Wahlrechts ist ihm versagt worden. Mit seinen Vertagungen und Schließungen hat er das unreife Haus mißhandelt, mit seinen ewigen Drohungen hat er es vergiftet, mit der Auflösung hat er die anhebende Anpassung an die Parlamentsnotwendigkeiten, die aus der Gärung des Parteiwirrwarrs nur langsam kommen konnte, jähe abgeschnitten, bis er zum Schluß mit dem offenen Verfassungsbruch das Werk der Parlamentszerstörung krönte: das ist die Bilanz des Regimes Bienerth, das der Welt von feilen Lobrednern als die Offenbarung eines besonders staatsmännischen Tiefsinns angepriesen ward! Nichts bleibt von der Bienertherei zurück als die vollkommene Verwirrung aller Dinge, die nun zwingt, die Arbeit wieder dort aufzunehmen, wo sie vor der Bienertherei stand; als eine Erschwerung der parlamentarischen Arbeit, die so weit gediehen ist, daß nichts mehr sicher scheint und alles dem Zufall anheimgegeben ist. Verlorene Zeit sind die Jahre der Herrschaft Bienerths!

Unter den Streichen der Wiener Wähler ist Bienerths Herrschaft zusammengebrochen. Was Bienerth zur Erklärung seiner gezwungenen Demission anführt, ist unwahr vom Anfang bis zum Ende. Herr v. Bienerth wünscht die Oeffentlichkeit glauben zu machen, daß er sich deshalb zurückziehe, weil die wichtigen Aufgaben des Parlaments die Bildung einer großen und tragfähigen Mehrheit nötig machen und weil er einsehe, daß er zu dieser Leistung nicht der geeignete Mann sei. Aber die Notwendigeit dieser Mehrheit bestand, so lange Bienerth im Amte ist, und daß ihm versagt ist, diese Mehrheit zu begründen, weiß Herr v. Bienerth auch nicht erst seit heute, darüber hat er längst ausreichende Erfahrungen gesammelt. Bienerth muß gehen, weil seine Spekulation auf die Zerschmetterung der Sozialdemokratie durch die niederösterreichischen Wahlen zunichte gemacht worden ist; weil die Hoffnung, die er sich machte, mit der er den Mächten über ihm schmeichelte, daß es gelingen werde, die Sozialdemokratie zu einer bedeutungslosen Fraktion herunterzudrücken, an der Kraft und Tapferkeit der Wiener Wähler zu Schanden geworden ist. Das ist die Wahrheit über Bienerths Sturz und so deutlich liegt sie zu Tage, daß sie keine offiziöse Verdrehung verdunkeln kann. Wäre Herr v. Bienerth auch dann gegangen, obwohl er zu Verhandlungen mit den Tschechen doch auch in diesem Falle der ungeeignete Mann gewesen wäre, wenn sein eelnder Plan nicht gescheitert wäre, wenn sich seine böswillige Absicht erfüllt und die Sozialdemokratie aus den Wahlen wirklich als geschlagene Partei hervorgegangen wäre? Wer will daran zweifeln, daß sich Bienerth dann als Held und Befreier hätte preisen lassen, daß seine Verhimmelung als Zerschmetterer der Sozialdemokratie in den unverschämtesten Tönen angestimmt worden wäre, daß er sich als Erretter Oesterreichs gefühlt und in noch gesteigerterem Hochmut seine Vorsehungsrolle weiter gespielt hätte? Aber die kraftvolle Erhebung der Wiener Wähler machte durch die infame Rechnung den dicken Strich, und Bienerth, der die Sozialdemokratie zu zerschmettern sich vermaß, liegt nun von der Sozialdemokratie zerschmettert zu Boden. Hier hat der Stimmzettel wirklich prompte Arbeit geleistet, und mit der schwarzen Brut, die am 20. Juni in Wien niedergerungen wurde, ist auch ihr Protektor und Schützling — denn beides war ihr Bienerth — gefällt worden.

Parlamentarisches aus der Schweiz.

r. Nach dreiwöchiger Dauer ist die Sommersession der Bundesversammlung am Sonnabend wieder geschlossen worden. Die letzte Sessionswoche stand noch im Zeichen einer dreitägigen Debatte des Nationalrats über die Einfuhr von argentinischem Gefrierfleisch. Mit der Erhöhung der Agrarzölle und der vexatorischen Erschwerung des Imports von Lebensmitteln aller Art, ganz nach preußisch-deutschem Muster, ist eine ungeheure Teuerung eingetreten, die noch lange nicht an ihrem Ende angelangt ist. Die Agrarier haben sich überdies eine großartige Bauernorganisation geschaffen, die auf dem besten Wege ist, das amerikanische Trustwesen, wenn auch in verkleinerter Ausgabe, in der ganzen schweizerischen Landwirtschaft und in allen ihren Zweigen einzuführen. Seit Monaten schreien die Agrarier über die Einfuhr von argentinischem Gefrierfleisch, die sie am liebsten unter allerlei schwindelhaften Vorwänden ganz verbieten möchten. Der Bundesrat hat die Einfuhr seinerzeit unter schweren Bedingungen gestattet und nur als „konserviertes Fleisch" mit dem hohen Zoll von 25 Fr. pro 100 Kilogramm. Trotzdem wird solches eingeführt, und der große Baseler Konsumverein hat damit die besten Erfahrungen gemacht. Aber die Konsumenten fordern die Behandlung des Gefrierfleisches als frisches Fleisch, für das der Zollsatz 10 Fr. pro 100 Kilogramm beträgt. Der schweizerische Städteverband hat im Namen von 44 Städten mit über einer Million Einwohnern eine im gleichen Sinne gehaltene Eingabe an die Bundesbehörden gerichtet. In seinem an die Bundesversammlung gerichteten bezüglichen Bericht war der Bundesrat anfänglich geneigt, den sogenannten „goldenen Mittelweg" einzuschlagen und auf 14 Fr. herabzugehen; er ist aber von den Agrariern offenbar sehr scharf gemacht worden und er krebste dann wieder auf die 25 Fr. zurück. Die nationalrätliche Kommission, die diesen bundesrätlichen Bericht vorzuberaten hatte, spaltete sich in eine Mehrheit und eine Minderheit, wovon die erstere sich für einen Zoll von 20 Fr. erklärte, während die agrarische Minderheit gar keine Zollreduktion wollte, und an dem 25 Fr.-Zoll unverändert festhielt. Der freisinnige Berner Regierungsrat Gobat beantragte die Anwendung des 10 Fr.-Zolls, und die sozialdemokratische Fraktion unterstützte diesen Antrag. Die Debatte wurde außergewöhnlich scharf geführt und Gobat erklärte zutreffend den 25 Fr.-Zoll als reinen Sperrzoll. „Wir leben in einem Lande," erklärte er unter anderm, „in dem die Behörden das Volk systematisch aushungern durch das künstliche Mittel der Schutzgesetzgebung. Durch Verringerung und Ausschaltung der Konkurrenz wird das Leben künstlich verteuert." Von einem im Amte stehenden bürgerlichen kantonalen Minister ist das eine Sprache, wie man sie schärfer nicht verlangen kann. Ein anderer kantonaler Minister, der Landammann (Regierungspräsident) des Kantons Glarus, Herr Blaurer, konstatierte als Referent der Kommissionsmehrheit, daß man mit dem alten Schwindel, daß „andere" (das Ausland) den Zoll zahlen, nicht mehr kommen könne, denn die Frage sei längst dahin entschieden, daß der Zoll auf den Schultern der Konsumenten laste. Der agrarische Häuptling Eigenmann argumentierte wieder mit einem andern alten Schwindel, indem er die „hohen Löhne" für die Teuerung verantwortlich machte. Nun sind einmal die „hohen Löhne" selten, in der Landwirtschaft schon gar nicht, und sodann sind die Lohnerhöhungen umgekehrt die Folgen der Teuerung. Im übrigen bestritt er dreist mit dem bundesrätlichen Bericht das Vorhandenlein einer Fleischnot, und behauptete ferner, daß die Arbeiterschaft zu luxuriös lebe, zu viel für Luxusbedürfnisse ausgebe, und daß die Schweiz mit einem Fleischkonsum von 50 Kilogramm pro Kopf und Jahr an der Spitze aller Länder marschiere. Der Baseler Freisinnige, Dr. Gothisheim, konstatierte, daß der 25 Fr.-Zoll einen Wertzoll von 33 pZt. bedeutet und in krassem Widerspruch zum Art. 29 der Bundesverfassung steht, nach dem „die zum nötigen Lebensbedarf erforderlichen Gegenstände" im Zolltarif „möglichst gering taxiert werden sollen". Und wie gefrorene und frische Fische gleich behandelt werden, soll es auch mit dem frischen und gefrorenen Fleisch geschehen. Dann rechnete Genosse Greulich mit den agrarischen Lebensmittelwucherern und Volksaushungerern ab. Nicht zu viel wird vom Volke gegessen, wie die unverschämten Agrarier behaupten, sondern zu wenig; 300000 Familien in der Schweiz leiden an beständiger Unterernährung! Bei dem Fleischkonsum in der Schweiz ist die Fremdenindustrie zu berücksichtigen, die einen großen Teil desselben beansprucht. Die Ursachen der Not der Kleinbauern liegen zum Teil in ihrer rückständigen Betriebsweise und in der Bodenverschuldung. Ihnen wollen die Sozialdemokraten mittels einer Hypothekarreform helfen. Nachdem außer andern bürgerlichen Rednern auch noch der Chef des Landwirtschaftsdepartements, Bundesrat Deucher, gesprochen, und den Fleischwucher verteidigt hatte, wurden alle Anträge auf Herabsetzung des Zolles abgelehnt, derjenige der Kommissionsmehrheit, der die Reduktion von 25 auf 20 Fr. wollte, mit 91 gegen 56 Stimmen. Beschlossen wurde auf Antrag unseres Genossen Greulich, die bisherige provisorische bundesrätliche Bewilligung zur Einfuhr von Gefrierfleisch in eine definitive unzuändern, und zwar mit 77 gegen 33 Stimmen.

Diese dreitägigen Zolldebatten haben allgemeine, weit über die Einfuhr von Gefrierfleisch hinausreichende Bedeutung, für die Agrarier und ihre freisinnig-ultramontanen Gefangenen vor allem wahlpolitische, da im nächsten Herbst die Neuwahl des Nationalrats stattfindet und sie die Agrarier brauchen; für die Arbeiterschaft zollpolitische, aufklärende und aufrüttelnde. Bei der nächsten Zollkampagne wird sich in der Volksabstimmung keine Mehrheit mehr finden für weitere Förderung des organisierten Lebensmittelwuchers. Die Gefrierfleischdebatten haben wertvolle Aufklärung für die Arbeiterschaft gebracht.

Recht bedauerlich ist die Annahme des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages, worüber Ihnen bereits der Telegraph berichtete. Da Deutschland selbst den Vertrag gekündigt hatte, und vor allem die Befreiung seiner Gesandtschaft in Bern von der Last der Ausstellung von Leumundszeugnissen anstrebte, war die Position der Schweiz günstig, und sie mußte die Auslieferung der schweizerischen Arbeiter, die nach Deutschland gehen, an die Feldarbeiterzentrale nicht annehmen. Von unserer Seite bekämpfte den Vertrag ganz entschieden Genosse Greulich, im Ständerat Genosse Scherrer, aber vergebens. Die freisinnigen Mameluken beschlossen die Auslieferung der proletarischen Schweizer Bürger an die alles versklavenden Agrarier in Deutschland — wohl aus „Wahlverwandtschaft"?

Zur Sprache gebracht wurde durch eine von allen Parteien im Nationalrat gestellte Interpellation an den Bundesrat, die von uns bereits berichtete Zeugnisverweigerung von Bundesbeamten. Der Bundesrat krebst bereits zurück. Er wird die Akten dem Gericht zustellen, und zugleich hat er den Berner Universitätsprofessor Dr. Burkhardt, sowie den Bundesrichter Dr. Schurter und die Bundesanwaltschaft um Gutachten darüber ersucht, ob er überhaupt kompetent sei zum Verbot des Zeugnisses von Bundesbeamten — nachdem er das Verbot erlassen hat. „Nach der Tat, hält der Schweizer Rat." —

Unersättlich ist der schweizerische Militärmoloch. Kaum sind 16 Millionen für neue Gewehre bewilligt, verlangt der Bundesrat schon wieder über 6 Millionen Franken für die Erweiterung der eidgenössischen Waffenfabrik, Anschaffung von Kriegsmaterialien usw.

Im Nationalrat hat unser Genosse Dr. med. Rikli beantragt, aus Bundesmitteln Beiträge zur Bekämpfung der Tuberkulose zu bewilligen. Der Antrag ist in dieser Session nicht mehr behandelt worden. Man darf darauf gespannt sein, ob man auch für diesen Zweck Geld hat oder ob die Bundeseinnahmen wirklich nur für den Militarismus und die Agrarier da sind.

Das Programm des neuen französischen Ministeriums.

Die neuen Minister hielten gestern abend einen Kabinettsrat ab und stellten die dem Parlamente abzugebende ministerielle Erklärung in ihren Hauptzügen fest. Sie beschlossen, alle Anstrengungen zu machen, um die Erledigung des Budgets zu beschleunigen.

Die Programmerklärung wird sehr kurz sein und den scharfen Willen des Kabinetts betonen, zu regieren und dabei alle Vorrechte in Anspruch zu nehmen, die mit der Ausübung der Regierungsgewalt verbunden sind. Das Kabinett nimmt seinerseits das Reformenprogramm des Ministeriums Monis wieder auf und ist in erster Reihe bemüht, die Wahlreform durchzuführen in einer Gestalt, die der gesamten republikanischen Partei die Annahme derselben möglich macht. (Das heißt doch wohl, daß das Proportionalsystem verballhornt

---

er zur See gefahren war. Konnte sie etwa dafür, daß es Matrosen in Unterröcken noch nicht gab?

„Wenn der Kaffee nicht kalt werden soll, mußt Du kommen," rief sie unwirsch aus der Stubentür heraus.

Bernt spuckte zunächst einmal kräftig aus; dann holte er den Priem aus dem Munde und steckte ihn in die Westentasche und dann bequemte er sich endlich, hineinzugehen. Aber der Geruch war nun doch in der Luft; das stand fest.

Die Alte stand hinter dem Schenktisch und blätterte in einem abgenutzten Schreibheft.

Bernt machte es sich bequem. Es gab frischen Zwieback zum Kaffee, den man so fein einstippen konnte. Das mochte der alte Bernt so gern. Er wurde infolgedessen so mild gestimmt, daß er im Innern beschloß, in bezug auf den Geruch und den Frühling etwas nachzugeben. Es war ein neuer Geruch in der Luft, aber er brauchte vielleicht nicht vom Frühling zu stammen.

„Es ist ein Skandal," sagte die Alte vom Schreibheft her.

Bernt setzte sich in Positur. Wenn sie so anfing, wollte er auch nicht nachgeben.

„Weißt Du, wieviel die lange Marie schon wieder schuldig ist?"

„Ach so!" Das war ihm ganz gleichgültig. Die lange Marie hatte noch immer bezahlt.

„Wieviel denn?" murmelte er phlegmatisch und steckte schmatzend einen aufgeweichten Zwieback in den Mund.

„Zweiundsiebzig Mark und einige Pfennige."

„Soviel Taler hat der große Claus in der einen Hosentasche." Claus war ein stadtbekannter Gönner der Marie.

„Wenn auch! Es ist zum Erbarmen, was dieses lange Luder hinuntersäuft. Wenn man dabei an die vielen armen Leute denkt."

Bernt kaute und zuckte die Achseln. Die Betrachtungen über den Lauf der Welt hatte er sich seit langem abgewöhnt. Er war zu dem Resultat gekommen, daß die Welt zu dumm sei, um noch weiter darüber nachzudenken.

„Und was hat das Mensch daneben noch den Arbeitern und Matrosen aus der Tasche gelockt!"

„Ist nicht unsere Sache." Bernt markierte die Gelassenheit des kalten Geschäftsmannes. Er fühlte sich sehr überlegen..

„Ach ja, ach ja!" Die Alte seufzte. Es war ein Jammer, daß sie diesem Publikum die Tür nicht zeigen konnten.

„Pst!" rief Bernt plötzlich und spitzte die Ohren. Die hintere Flurtür war aufgegangen. Man hörte schwere Tritte.

„Du kannst es ihr jetzt persönlich sagen," grinste Bernt und stand eilfertig auf.

Die lange Marie und der Viehhändler traten ins Zimmer.

„Grog," sagte der Viehhändler und ließ sich protzig hinter einem der Tische nieder. Er hatte in der Stadt kein Renommee zu verlieren; es war ihm gleich, wo er verkehrte. Die lange Marie saß mit einem leichten frechen Grinsen neben ihm. Sie wußte, daß die alte Frau Bernt sie nicht gern bediente; aber sie mußte wohl.

„Schönes Wetter!"

„Ich glaube, es ist Frühling in der Luft," sagte Bernt vorsichtig.

„Na!" Der Viehhändler grunzte mit unsäglicher Verachtung von oben herab.

„Ach Gott, ja! Bernt ist immer so komisch mit dem Wetter." Die Alte brachte den Grog. Ihre Laune hatte sich wesentlich verbessert.

„Nun soll es ja wohl ernst werden mit Asmussens neuem Hotel," sagte Bernt, um von dem Thema loszukommen.

„Lorenz Asmussen ist ein Schlappschwanz."

„Hm, hm," machte Bernt schüchtern.

„Er müßte in ein Stift für alte Jungfern gesteckt werden," sagte der Viehhändler gereizt. Dann spuckte er heftig aus, um seinen Abscheu zu bekunden.

Die alte Frau Bernt wandte sich mit einem roten Kopf ab, es war zu gräßlich, was dieser Mensch für eine Sprache führte.

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Thalia-Theater. Leo Falls „Dollarprinzessin" ist einige hundert Male in Hamburg aufgeführt, und man kann sich deshalb nicht wundern, wenn die Operette nicht mehr in dem Maße ihre alte Zugkraft ausübt, trotzdem es sich lohnen würde, einer Aufführung des augenblicklich im Thalia-Theater gastierenden Wiener Operetten-Ensembles unter Direktor Miksa Prégers ausgezeichneter künstlerischer Leitung beizuwohnen. Schwung und Wiener Temperament sind die Kennzeichen dieser Aufführungen. Das gut geschulte, von Kapellmeister Eckstein exakt geleitete Orchester, das flotte Zusammenspiel, die hübsch wirkende szenische Ausstattung, hauptsächlich aber gesanglich bedeutende Einzelkräfte sicherten der „Dollarprinzessin" am Dienstag einen äußerst lebhaften Erfolg. Besonders wurden Grete Holm (Alice) und Hubert Marischka (Fredy) vom Theater an der Wien in Wien als Gäste gefeiert. Beide verfügen über ausgiebige stimmliche Mittel — eine immer größer werdende Seltenheit bei der Operette — und lebensvolles, packendes Spiel, das trotz der vielen Trivialitäten in der Handlung packend wirkte und das Publikum zu stürmischen Beifallsäußerungen zwang. Auch die übrigen Darsteller leisteten Vorzügliches: Gerda Normann als allerliebste Daisy, Eduard Lichtenstein als flotter, verliebter Freiherr, der seinen guten Eindruck noch durch eine sympathische Stimme verstärkte, Berthold Rosé, der uns als feiner Komiker und Charakteristiker noch in bester Erinnerung ist, in der Rolle des Kohlenkönigs. Philippine Thiemel als fesche Soubrette und Chansonette. Es ist jedem nur zu empfehlen, „Die Dollarprinzessin" einmal in dieser Besetzung zu genießen.

Deutsches Operetten-Theater. Den beiden Bendinerschen Operetten-Theatern auf St. Pauli war eine üble Zeit beschieden. Wer an dem Niederbruch schuld hat, ist hier nicht zu untersuchen. Im Interesse des Personals der Bühnen hätte man auf alle Fälle einen andern Ausgang wünschen mögen. Wie und wann das Neue Operetten-Theater aus der Krise hervorgehen wird, läßt sich noch nicht überschauen. Das Deutsche Operetten-Theater scheint ja über das Schlimmste wieder hinweg zu sein. Der Hauptgläubiger der Bendinerschen Masse hat kurzer Hand das Deutsche Operetten-Theater übernommen und läßt es unter artistischer Leitung Othmar Langs, des bisherigen Oberregisseurs der beiden Bühnen Bendiners, weiterführen.

Nach dem nicht sehr glücklichen Versuch mit der Operette „Johann II." hatte die neue Direktion am Dienstag abend einen vollen Erfolg mit der Novität „Der Mann mit den drei Frauen". Der Name Franz Lehár, des Komponisten der Operettennovität, hatte genügt, das Theater bis auf den letzten Platz zu füllen. Das ist im Sommer eine außerordentliche Merkwürdigkeit, und es kam der Première ungemein zustatten. Ein leeres Haus gefährdet die beste Aufführung, ein volles Haus aber stützt selbst auch eine minderwertige Novität, weil es dem Publikum die nötige Stimmung gibt. Nun ist die Novität aber gar nicht einmal minderwertig. Wenigstens nicht soweit die Musik in Betracht kommt. Der Text, den Julius Bauer schrieb, ist allerdings schauderhaft öde. Die ältesten Witze, deren schon unsere Großväter überdrüssig waren, werden wieder aufgewärmt. Und von einer Handlung ist so gut wie gar nichts zu spüren. Nur ein paar ganz lustige Liedel sind da, die Gelegenheit zu Tänzen geben, und zum Schluß ist eine ganz amüsante Szene angebracht, in der der Held des Librettos, ein Reisemarschall in einem Reisebureau, von den drei Frauen, die er sich in den verschiedenen Hauptstädten Europas hält, überfallen und arg bedrängt wird. Doch die Unzulänglichkeit des Textbuches hat Lehár nicht abgehalten, mit Eifer an die Komponierung zu gehen. Und es hat ihm auch hier nicht an Erfindungsgabe gemangelt. Er fand einige sehr hübsche Liedmelodien und vor allem schrieb er einen entzückenden Walzer, der den Höhepunkt des zweiten Aktes bildet. Auch ist wieder die Orchestrierung mit dem ganzen Geschick und dem ganzen Raffinement durchgeführt, durch das sich Lehár auf diesem Gebiet stets ganz besonders ausgezeichnet hat. Man hört daher wirklich gute Musik in dieser Operette.

Auch die Aufführung stand unter einem guten Stern. Es war an Ausstattung nichts gespart, das wirken konnte. Und Othmar Lang ist ja dafür bekannt, daß er gute Bühnenbilder zu stellen weiß. Auch weiß er der Darstellung Rasse und Temperament zu geben. Auch von der musikalischen Leitung durch Kapellmeister Schwarzinger läßt sich nur Gutes sagen. Um die Aufführung machte sich neben Grete Braun, Franz Påzman und Carl Thiemann vor allem Otto Marlé und Marianne Felix verdient. In Marianne Felix hat die Bühne eine sehr gute Sängerin und temperamentvolle, elegante Spielerin gewonnen. Mehrfach wurde ihr stürmischer Beifall bei offener Szene. Auch Grete Braun war an diesem Abend vortrefflich bei Stimme.

werden soll!) Weiter führt das Kabinett eine Steuerreform und das Beamtenstatut durch, läßt das Budget ohne Verzug beschließen, bringt einen Gesetzentwurf ein, der die Abgrenzungsfrage der Weingebiete regelt, und unterbreitet in kurzer Frist der Kammer das Budget für 1912. Endlich ist es bemüht, die Wiederanstellung der entlassenen Arbeiter zu erreichen, beabsichtigt aber nicht, vom Parlament gesetzliche Maßregeln zu diesem Zwecke zu verlangen, wie das vorausgehende Ministerium es beabsichtigte.

Das Ministerium Caillaux will es also allen Parteien recht machen, ein Experiment, das in der Regel vorbeigelingt. Auf eine lange Dauer der neuen Regierung — zu der auch der Ex-Sozialist Augagneur, ein Streber schlimmster Art, gehört — wird kaum zu rechnen sein.

Französische Gewerkschaftskonferenz.

Jr. Paris, 27. Juni. Vom 23. bis 25. Juni fand in Paris eine Konferenz der Gewerkschaftsvorstände und Arbeitsbörsen statt, um eine Reihe von Fragen zu erledigen, die ihr vom letzten Gewerkschaftskongreß überwiesen wurden. Zunächst wurde die Frage erörtert, was angesichts des bevorstehenden Inkrafttretens des Altersversicherungsgesetzes zu tun sei. Nur eine verschwindende Minderheit erklärte, sich mit dem Gesetz vorläufig abzufinden. Mit 102 gegen 11 Stimmen und 13 Enthaltungen wurde eine Resolution angenommen, in der die Arbeiter aufgefordert werden, sich mit allen Mitteln der Durchführung des Gesetzes entgegenzustellen. Als praktische Oppositionsmittel wurde die Verweigerung der Beitragsleistung und die Verbrennung der Versicherungskarten empfohlen.

Dann wurde über die Arbeitszeitverkürzung diskutiert. Nach einer langen Diskussion, in der man sich gegenseitig von der Nützlichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit nochmals überzeugte, wurde eine Resolution in diesem Sinne angenommen.

Dann kam wieder die Reiseunterstützung zur Diskussion. Schon auf der ersten Gewerkschaftskonferenz, vor zwei Jahren, war beschlossen worden, die Reiseunterstützung auf die Konföderation zu übernehmen und durch die Arbeitsbörsen besorgen zu lassen. Das wesentliche, die Aufbringung der Mittel, war jedoch vergessen worden. Der Beschluß war daher auf dem Papier stehen geblieben. Daher wurde die Frage nochmals diskutiert. Zunächst wurde der Beschluß der ersten Konferenz mit 77 gegen 35 Stimmen und 15 Enthaltungen bestätigt. Dann wurde beschlossen, die Konföderationsbeiträge um 20 pZt. zu erhöhen — was etwa 8000 Frcs. jährlich einbringen würde — und Erhebungen vom 1. Juli 1911 bis 1. Juli 1912 anzustellen, um dem nächstjährigen Gewerkschaftskongreß eine brauchbare Unterlage zur definitiven Regelung der Frage zu liefern.

Schließlich kam die stachlige Frage der politischen Betätigung der Funktionäre der Konföderation zur Diskussion. Den Anarchisten, die gegenwärtig unumschränkt auf der Konföderation herrschen, paßt es nicht, daß ihnen Genossen in die Quere kommen. Das ist der Ursprung der Frage, die vom letzten Gewerkschaftskongreß der Konferenz überwiesen wurde. Es ist an sich schon recht merkwürdig, daß Gewerkschaftsfunktionäre über die Betätigung der Gewerkschaftsfunktionäre allein urteilen sollen. Der Beschluß, der gefaßt wurde, ist auch danach. Es wurde beschlossen — mit 75 gegen 43 Stimmen —, daß Gewerkschaftsfunktionäre, die eine politische Kandidatur annehmen, ihre Demission geben müssen! Ueber einen Antrag, daß den Gewerkschaftsfunktionären auch untersagt werden müsse, während der Wahlperiode antiparlamentarische Propaganda zu treiben, wurde zur Tagesordnung übergegangen. . . . .

Bemerken wollen wir noch, daß weder auf der Konferenz, noch in der Presse oder sonstwo, sich auch nur ein Sozialist fand, um gegen den Beschluß zu protestieren. Im Gegenteil, viele stimmten dafür!

Mißglückter kapitalistischer Raubzug.

Das Landverteilungsamt der Vereinigten Staaten hat die Zuweisung der Kohlenländer in Alaska an Cunningham, den Vertreter der Guggenheimschen Bergwerksinteressen annulliert. Diese Landzuteilungen, bei denen es sich um Kohlengebiete im Werte von Hunderten von Millionen Dollars handelt, haben seinerzeit im Lande ungeheures Aufsehen gemacht. Sie waren die Veranlassung zu den Angriffen des Roosevelt eng befreundeten früheren Chefs der Forstverwaltung Gifford Pinchot gegen den Sekretär des Innern, Ballinger, der lange von Taft gehalten wurde, aber dann doch seine Demission gab. Die von den Demokraten und einem großen Teil der Republikaner aufs heftigste bekämpfte Monopolisierung der wertvollen unermeßlichen Kohlenlager Alaskas wird nunmehr tatsächlich verhindert.

Das Bemerkenswerteste an der Sache ist, daß der ungeheure Raubzug nicht etwa darum aufgedeckt wurde, weil die Naturschätze des Landes verschleudert werden sollten, sondern weil sich Gelegenheit zu einem politischen Vorstoß Roosevelts gegen den unbequemen Nachfolger und Rivalen bot.

Zum Kampf im Holzgewerbe.

Am Dienstag beschäftigte sich eine Riesenversammlung der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, die den großen Saal nebst Galerien des Gewerkschaftshauses füllte, mit dem gegenwärtigen Kampfe im Hamburger Tischlergewerbe.

Der Berichterstater gab ein eingehendes Bild über die Dinge, wie sie sich seit der letzten Mitgliederversammlung, am 27. Mai, gestaltet haben. Schon damals sei berichtet worden, daß die Unternehmer ihre Hoffnung auf die Uneinigkeit unserer Kollegen gründeten. Woche für Woche seien die Tischlermeister vertröstet und hingehalten in der Hoffnung, daß eine größere Anzahl der Streikenden und Ausgesperrten kampfesmüde sei und die Arbeit wieder aufnehmen würde. Alles Mögliche sei aufgeboten, um Uneinigkeit in die Reihen der Kämpfenden zu tragen. Die Unternehmer und ihre Angestellten hätten die Kollegen einzeln bearbeitet und versucht, sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Als das nichts geholfen habe, sei das bekannte Flugblatt von der Firma Gurlitt & Wolframm erschienen, worin man versucht hat, den Holzarbeitern plausibel zu machen, was sie für dumme Kerle seien, wenn sie weiter im Kampfe ausharren. Sogar die Streikquittungen des Holzarbeiterverbandes hätten müssen herhalten. Gurlitt & Wolframm hätten tatsächlich geglaubt, daß die Furcht, die während der Dauer des Kampfes erhaltene Unterstützung wieder zurückzahlen zu müssen, die Streikenden zusammenhalte. Die Leitung des Arbeitgeberschutzverbandes begreife nicht, daß es einzig und allein die Disziplin und Ueberzeugung der Kollegenschaft sei, welche die musterhafte Einigkeit geschaffen und die kämpfenden Kollegen auch ferner zusammenhalten werde. Daran werde auch das Bestreben der Unternehmer, möglichst viel Arbeitswillige nach Hamburg zu schleppen, nichts ändern. In den letzten Wochen habe sich die Zahl derselben um ganze zwei vermehrt, und was in den Werkstellen von der Gesellschaft arbeite, seien, von einigen abgesehen, Leute, die zum Arbeiten kaum zu gebrauchen seien. Das wüßten auch die Arbeitgeber und hätten es teilweise auch offen zugegeben. Eine Anzahl der noch jetzt beschäftigten Arbeitswilligen hätten sich wegen Reisegeldes an den Holzarbeiterverband gewandt, doch sei dieses abgelehnt, weil sie in den Betrieben nicht das verdienen, was ihnen an Lohn gezahlt werden muß. Die Meister haben darum nur Schaden bei der Beschäftigung dieser Leute, die dann, wenn sie von dem einen Unternehmer hinausgeworfen werden, in andern Betrieben Unterkunft suchen.

Brauchbare Arbeitskräfte habe man in den letzten Wochen in größerer Anzahl abgeschoben und übten die vorhandenen Arbeitswilligen einen nennenswerten Einfluß auf den Gang des Kampfes nicht aus. Die Arbeitgeber wollten mit dieser Gesellschaft unsere Kollegen nur kopfscheu machen; zu diesem Zweck habe man auch den „gelben" Holzarbeiterverband gegründet. In einer Versammlung desselben habe der Vorsitzende Steinmüller erklärt, die Zahl der Mitglieder betrage 500, wo diese aber seien, das wüßte er selbst nicht! (Zwischenruf: Im Mond!) In derselben Versammlung, die von 40 Mann besucht war, habe man eine viergliederige Kommission gewählt, mit welcher der Schutzverband einen Tarif vereinbaren wolle, den der Deutsche Holzarbeiterverband nur noch zu unterzeichnen brauche. (Große Heiterkeit.) Alle diese Mätzchen, die im Bureau des Schutzverbandes ausgeheckt würden, hätten bei der Streikleitung und bei den Streikenden nur Heiterkeit ausgelöst. Sie bewiesen aber, welche Verlegenheit in Unternehmerkreisen herrsche. Seit 14 Tagen würde nun das Gerücht kolportiert, beim Holzarbeiterverband geht das Geld zur Neige. (Heiterkeit.) Gurlitt, dessen eifriger Nachbeter auch W. sei, hat den Arbeitgebern allen Ernstes erzählt: „Der Holzarbeiterverband setzt für jeden Kampf eine bestimmte Summe aus, und wenn diese alle ist, wird Schluß gemacht." Und die Tischlermeister haben dieses Ammenmärchen geglaubt. Wie es mit den Kassenverhältnissen des Verbandes in Wirklichkeit stehe, könne man daraus ersehen, daß Streikleitung und Ortsverwaltung vorschlage, den Kollegen, welche im Kampfe stehen, am 1. Juli einen Mietezuschuß von 20 Mark zu gewähren. (Großer Beifall.) Um eine weitere Beschlußfassung überflüssig zu machen, schlage die Leitung vor, zu beschließen, daß die gleiche Summe auch an jedem 1. der kommenden Monate den im Kampfe befindlichen Kollegen ausgezahlt würde. (Allgemeiner Beifall.) Zwar würden infolge dieses Beschlusses in dieser Woche rund 85 000 Mark an Unterstützung ausgezahlt, aber die Lokalverwaltung und Streikleitung habe bisher noch keine Darlehen aufnehmen brauchen und werde auch in der kommenden Zeit in Verlegenheiten nicht kommen. Von einer ganzen Anzahl größerer Zahlstellen, wie Leipzig, Dresden und München, seien der Zahlstelle Hamburg die ganzen Kassenbestände, und zwar Hunderttausende von Mark, zur Verfügung gestellt. (Stürmisches Bravo!), doch habe man von dem Anerbieten bisher nicht Gebrauch gemacht. Die Kollegen ersehen hieraus jedoch, daß wegen Geldmangels der Kampf nie und nimmer zu Ende gebracht zu werden brauche. Auch der Verbandsvorstand stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Kampf durchgeführt werden müsse und würde auch weiter die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, selbst wenn der Kampf noch monatelang dauern sollte.

Daß die Leitung der Arbeitgeber sich in dem Glauben befunden habe, der Holzarbeiterverband sei am Ende seines Lateins, das habe ein Vorgang in der letzten Woche recht deutlich bewiesen. Ein jüngerer Architekt habe unsere Streikleitung veranlassen wollen, mit einer größeren Firma einen Einzelvertrag abzuschließen. Als zwei Beauftragte dort erschienen, seien auch zwei führende Mitglieder vom Arbeitgeberschutzverband dagewesen. Auf den Einwand unserer Kollegen, daß man Einzelverträge unter Mitwirkung vom Schutzverband nicht abschließe, sei ihnen erwidert worden, daß deshalb die Herren auch nicht erschienen seien, sondern man wolle doch einmal versuchen, im allgemeinen über eine Beilegung des Kampfes zu reden; darum seien auch diese Herren eingeladen. Dem Architekten sei bedeutet, daß nur die Gesamtstreikleitung beschließen könne, ob sie zu Verhandlungen bereit sei und dieses könne erst geschehen, wenn der Schutzverband sich vorher zu Verhandlungen bereit erkläre. Am andern Tage habe dann der Architekt angerufen und mitgeteilt, der Schutzverband sei mit Verhandlungen einverstanden. Auf Erkundigungen, die dann eingezogen wurden, wurde mitgeteilt, daß der Arbeitgeberschutzverband nur verhandeln würde, wenn der Holzarbeiterverband das Umschauen neben dem Arbeitsnachweis freigeben, respektive den Arbeitgebern freistellen würde, Arbeitskräfte auch neben dem paritätischen Arbeitsnachweis in jedem Umfange einstellen zu können. Als dieses von uns rund abgelehnt wurde, hätte man ganz verdutzte Gesichter gemacht. Man hatte offenbar angenommen, der Holzarbeiterverband sei zum Friedensschluß unter allen Umständen bereit. Am andern Tage wurde dann von dem Architekten mitgeteilt, daß der Schutzverband Bedenken gegen seine Vermittlertätigkeit habe: „es seien bei einem Vertragsabschluß so viel juristische Fragen zu erledigen, daß man doch lieber einen Juristen als Verhandlungsleiter haben möchte". (Allgemeine Heiterkeit. — Zurufe: Heymann!) Der Arbeitgeberverband Hamburg und Umgegend will den Frieden nicht, selbst wenn dutzende von Tischlermeistern zugrunde gehen, und Wolframm habe offen in einer Versammlung ausgesprochen, daß, wenn einige Dutzend Tischlermeister verschwinden würden, wäre das kein Schaden für das Gewerbe. In den Versammlungen der Arbeitgeber sehe es merkwürdig aus. Teilweise erschienen in den Bezirksversammlungen die Bezirksleiter nicht einmal mehr, und wenn jemand von den Meistern versuche, dem Vorstand des Schutzverbandes sein Leid zu klagen, dann würde er protzig abgewiesen und eine große Anzahl Meister sei darum ratlos, was sie beginnen sollten. Eine beantragte und beschlossene Innungsversammlung hätte der Obermeister einfach nicht einberufen. Die Meister zu bedauern, liege kein Anlaß vor. Wenn sie sich eine derartige Leitung gefallen lassen, tragen sie an den gegenwärtigen Verhältnissen die Hauptschuld. Der Stand des Kampfes sei für die Holzarbeiter günstiger denn je. Die Streikenden und Ausgesperrten hätten einstimmig beschlossen, den Kampf bis zum endgültigen Siege durchzuführen. Die Streikleitung sehe keinen Anlaß, eine Aenderung der bisherigen Taktik vorzuschlagen. Von Fall zu Fall soll auch ferner geprüft werden, ob Einzelverträge eingegangen werden sollen. Eine große Firma wünsche den Abschluß eines solchen und würde die Streikleitung hierzu voraussichtlich die Zustimmung geben. Weitere zehn bis zwölf Firmen hätten in den letzten zwei Tagen solche angeboten. Beschließen Sie, so schloß der Referent, ob die bisherige Taktik weiter verfolgt werden soll und ob Sie mit den übrigen Vorschlägen der Streikleitung einverstanden sind. Die Einigkeit und Geschlossenheit, der Opfermut unserer Kollegen verbürgt uns den Sieg, selbst wenn der Kampf noch monatelang dauern sollte. (Donnernder Beifall.) Nachdem noch einige Redner in der Debatte sich im Sinne des Referenten geäußert, stimmte die Versammlung den Vorschlägen der Streikleitung einstimmig zu, worauf der Vorsitzende dieselbe mit einem brausenden Hoch auf die Bewegung schloß.

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 28. Juni.

Hafen und Schiffahrt.

Hamburgs See- und Flußschiffahrt im letzten Jahre.

Aus dem Jahresbericht der Deputation für indirekte Steuern und Abgaben entnehmen wir folgende Angaben über Hamburgs Schiffahrt im Jahre 1910:

Es kamen an: 17 358 Schiffe mit 12 656 281 Reg.-Tons gegen 17 015 Schiffe mit 12 184 268 Reg.-Tons im Jahre 1909. Davon mit Ladung 12 582 Schiffe mit 11 573 272 Tons (1909: 11 757 Schiffe mit 11 226 346 Tons), in Ballast oder leer 4776 Schiffe mit 1 083 009 Tons (1909: 5258 Schiffe mit 957 922 Tons). Unter der Gesamtsumme waren 11 382 Dampfer mit 11 539 577 Reg.-Tons gegen 11 244 Dampfer mit 11 096 827 Reg.-Tons im Jahre 1909. Es gingen ab: 17 244 Schiffe mit 12 756 786 Tons gegen 17 117 Schiffe mit 12 339 129 Tons im Jahre 1909. Davon mit Ladung 12 785 Schiffe mit 8 776 798 Tons (1909: 12 466 Schiffe mit 8 112 040 Tons), in Ballast oder leer 4459 Schiffe mit 3 979 988 Tons (1909: 4651 Schiffe mit 4 227 089 Tons). Unter der Gesamtsumme waren 11 281 Dampfer mit 11 619 295 Tons gegen 11 332 Dampfer mit 11 245 345 Tons im Jahre 1909.

In Hamburg verkehrten regelmäßige Linien: 1910 136 Dampfschiffslinien, die mit 1175 Dampfschiffen 8246 Reisen machten (8 143 792 Reg.-Tons für sämtliche Reisen), gegen 1909 132 Dampfschifflinien, die mit 1113 Dampfschiffen 8157 Reisen machten (7 830 455 Reg.-Tons für sämtliche Reisen).

Im Jahre 1910 ist das Tonnengeld für 16 031 Schiffe mit einem Nettoraumgehalt von 35 162 226 Kubikmetern entrichtet worden gegen 15 597 Schiffe mit 33 976 828 Kubikmetern im Jahre 1909.

Die Zahl der in Hamburg angekommenen Seeschiffe, die ausschließlich Steinkohlen geladen hatten und in Ballast oder mit Ladung wieder ausgegangen sind, betrug 1910 1890 gegen 2229 im Jahre 1909.

Der oberelbische Verkehr ergibt sich aus der folgenden Uebersicht:

Es kamen an zu Tal: 25 879 Flußschiffe mit 9 440 864 Tons gegen 26 517 mit 9 660 975 Tons im Jahre 1909, und zwar: Von und nach der Elbe 15 320 (1909: 15 429); von und nach der Havel 7598 (8738); von und nach der Saale 912 (762); von und nach der Oder 866 (856); von und nach dem Elbe-Trave-Kanal 1183 (732).

Es gingen ab zu Berg: 26 349 Flußschiffe mit 9 470 273 Tons gegen 26 152 mit 9 395 669 im Jahre 1909, und zwar: Von und nach der Elbe 13 530 (1909: 13 048); von und nach der Havel 9205 (10 042); von und nach der Saale 919 (725); von und nach der Oder 1529 (1554); von und nach dem Elbe-Trave-Kanal 1166 (747).

Von der Niederelbe sind 18 682 Güterschiffe (1909: 18 597) mit einer Tragfähigkeit von 1 582 283 Tonnen (1 497 171) und 471 Schlepper (581) angekommen; nach der Niederelbe 25 256 Güterschiffe (22 646) mit einer Tragfähigkeit von 2 137 876 Tonnen (1 814 591) und 558 Schlepper (586) abgegangen.

In Cuxhaven sind 1746 Seeschiffe mit 1 926 865 Netto-Registertons angekommen, und abgegangen sind 1738 Schiffe mit 1 926 376 Netto-Registertons, zusammen 3484 Schiffe mit 3 853 241 Netto-Registertons (1909: 4072 Schiffe mit 3 815 516 Netto-Registertons). An Seefischerfahrzeugen sind angekommen 1681 mit 64 165 Netto-Registertons und abgegangen 1685 Schiffe mit 64 247 Netto-Registertons, zusammen ein- und ausgegangen 3366 mit 128 412 Netto-Registertons (1909: 4502 mit 262 054). Die große Minderzahl gegen das Vorjahr ergibt sich aus der Abnahme der Finkenwärder Fischereifahrzeuge sowie daraus, daß im Spätherbst und Winter des Vorjahres 30—50 Fischereifahrzeuge dem Fischfang oblagen, in diesem Jahre dagegen nur 8—12. Der Gesamtverkehr der einkommenden Schiffe aller Gattungen betrug demnach 5546 mit 2 143 301 Netto-Registertons, der Gesamtverkehr der ausgegangenen aller Gattungen 5540 mit 2 142 134 Netto-Registertons, zusammen 11 086 mit 4 285 435 Netto-Registertons (gegen 12 780 mit 4 349 252 in 1909).

w. **Staatsbetriebe — Musterbetriebe!** Von verschiedenen Seiten werden die Staatsbetriebe als Musterbetriebe gepriesen. Wie nun ein Teil dieser Musterbetriebe aussieht, wollen wir kurz in nachfolgendem schildern: Am Australkai, sowie auch am Afrikakai, wo keine Schuppen stehen, werden die dort hingelegten Schiffe direkt aus Waggons beladen, resp. wird aus den Schiffen in die Waggons gelöscht. Das Entlöschen oder Beladen der Waggons ist Sache der Kaiverwaltung. Es wird dort nun meistenteils Salpeter aus den Schiffen und Koks aus den Waggons in die Schiffe geladen. Diese Arbeiten werden jetzt von Kaihilfsarbeitern gemacht, die einen Tagelohn von M. 3,80, schreibe drei Mark und 80 Pfennige erhalten. Bei der Salpeterarbeit sind vier Mann und bei Koks zwei Mann in den Waggons beschäftigt. Die Schauerleute, die ein solches Schiff löschen, erhalten für diese Arbeit einen Tagelohn von M. 5,40, also nach dem erhöhten Tarif bezahlt. Von der Kaiverwaltung sind früher bei dieser Arbeit feste Kaiarbeiter beschäftigt gewesen, die einen höheren Lohn als die Hilfsarbeiter haben. Diese Leute verlangten aber, da die Arbeit sehr anstrengend und schwer ist, einen noch höheren Lohn und außerdem wünschten sie daß ihnen Oelzeug geliefert wird, weil sie allen Unbilden der Witterung ausgesetzt sind. Das hat jedoch die Kaiverwaltung abgelehnt und nun müssen für einen bedeutend niedrigeren Lohn Hilfsarbeiter diese Arbeit verrichten. Diese Leute erhalten nicht einmal ihr ausgelegtes Fährgeld vergütet. Die Leute müssen den ganzen Tag schwer arbeiten, denn es heißt dort immer: „Auf ihn". Täglich muß ein gewisses Quantum beschafft werden, und daß die Leute keine Minute stillstehen, dafür sorgen schon ein Vorsteher, ein Lademeister und ein Gangführer, der fester Arbeiter ist. Außerdem ist noch als vierter Treiber der Stauervize auf dem Schiffe, der weiter nichts zu tun hat, als den ganzen Tag anzutreiben. Es geht in einem fort: „Man zu, man zu", und die Kranführer sorgen schon dafür, daß immer eine neue Hieve bereit hängt, wenn die alte noch nicht fortgeschafft ist. Man kann sich nun ein ungefähres Bild machen, was die Kaiverwaltung an diesen Leuten verdient, wenn man bedenkt, daß dort mit etwa zehn Gang täglich gearbeitet wird und die Leute so schuften müssen, denn in Akkord kann nicht schärfer gearbeitet werden.

w. **Schiffskollisionen.** Der mit einer Ladung Getreide von hier abgegangene Segler „Hermann" geriet auf der Unterelbe mit einem Fischerfahrzeug in Kollision, wobei dem Segler ein Teil seines Vordergeschirrs abgerissen wurde und er Schaden an der Steuerbordverschanzung erlitt. Da der Schaden sich über der Wasserlinie befindet, konnte das Schiff die Reise fortsetzen. Dem Fischer ist hierbei an der Backbordseite die Verschanzung fortgerissen und das Steuer beschädigt worden. — Im Peutekanal geriet ein Oberländer Kahn mit einer beladenen Sandschute in Kollision. Dem Kahn ist ein Loch an der Steuerbordseite am Hinterschiff eingedrückt und das Steuer bedeutend beschädigt worden. Die Schute hat Schaden am Vorderschiff erlitten, auch ist bei dieser Kollision einer der Sandschiffer, der die Kollision abschwächen wollte, über Bord gestürzt. Zu seinem Glück war er ein guter Schwimmer, so daß er unter der Schute hindurchschwimmen konnte, sonst wäre er zwischen den beiden Fahrzeugen breitgedrückt worden.

Wieder ein Opfer des Werftbetriebs. Am Mittwoch morgen stürzte der auf der Werft von Blohm u. Voß beschäftigte Nietenwärmer Sinn in den Schiffsraum und erlitt einen Schädelbruch, sowie andere schwere Verletzungen. S. wurde besinnungslos aus dem Schiffsraum hervorgeholt und dann ins Hafenkrankenhaus transportiert, wo er gleich nach seiner Einlieferung starb. Der im Beruf ums Leben gekommene Mann wohnte Erichstraße 49, 1. Etage.

w. **Von der Baggerei.** Der große Dampfbagger XVI ist nach Cuxhaven verholt worden, wo er seine Tätigkeit aufnehmen soll. — Der Dampfbagger XV ist von der Unterelbe nach hier geschleppt und an der Werft von H. C. Stülcken Sohn festgelegt worden. Der Bagger muß einige kleine Kollisionsschäden reparieren, dann sind die Klüsen defekt und müssen erneuert werden und schließlich soll er gründlich renoviert werden.

w. **Probefahrt.** Der auf der Werft von Janssen u. Schmilinsky für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft neuerbaute Schleppdampfer, der in der Taufe den Namen „Südamerika VI" erhielt, machte am Mittwoch seine Probefahrt, die zur Zufriedenheit verlief, worauf die Abnahme des Schiffes von der Reederei erfolgte. Der Dampfer wird am Donnerstag in den Betrieb eingestellt werden.

w. **Die Altenwärder Fischer,** die Jahre lang in der Süderelbe auf den Lachs fischten, haben bereits seit längerer Zeit auf diesen Fischfang Verzicht geleistet, weil sie hierbei nichts verdienen konnten, da der Lachs im Köhlbrand und der Süderelbe auch ziemlich verschwunden ist. Da nun in letzter Zeit bei der Aalfischerei auch nicht viel zu verdienen ist, haben es zwei Fischer wieder übernommen, auf den Lachsfang auszugehen, zumal der Fischfang auf diesen Fisch jetzt freigestellt ist, da man keinen Pächter finden konnte.

w. **Mit Bodenschaden hier angekommen** ist der deutsche Dampfer „Livadia". Er ist auf der Reise von Stralsund nach hier auf Grund festgewesen, so daß er Schaden erlitt. Hier ist er nach Entlöschung nach der Werft von Janssen u. Schmilinsky gebracht und dort auf Slip geholt worden. — Nach derselben Werft ist auch der Bremer Hansa-Kahn „C" gekommen, der auf der Reise von Bremen nach Hamburg mit einem anderen Schiffe in Kollision war und ziemlichen Schaden erlitten hat.

w. **Ausgedient** hat das alte hölzerne Schwimmdock der Werftfirma H. C. Stülcken Sohn, welches bisher an der Binnenseite der modernen eisernen Docks lag. Jetzt ist es nach dem Kirchenpauerkai verholt und dort so lange festgelegt worden, bis es verkauft ist. Das moderne eiserne Dock, welches auf der Werft der Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft erbaut ist, wird in den nächsten Tagen soweit montiert sein, daß es in Betrieb genommen werden kann.

w. **Schiffsneubauten.** Die Vereinigte Bugsier- und Frachtschiffahrts-Gesellschaft hat der Werft von J. H. N. Wichhorst den Bau zweier großer Seeleichter von je 650 Tons Tragfähigkeit in Auftrag gegeben. Diese Schiffe sollen mit den modernsten Vorrichtungen versehen werden und ist der Lieferungstermin zum Januar 1912 festgesetzt worden.

w. **Mit drahtloser Telegraphie** ist jetzt der Blankeneser Fischkutter „S. B. 57" ausgerüstet worden und hat er auch bereits die Elbe verlassen, damit der neue Apparat auf der Nordsee ausprobiert wird. Das Schiff kommt in einigen Tagen zurück und es soll der Schiffer Bericht erstatten, wie sich der Apparat bewährt hat. Es kommen in diesen Tagen noch einige Fischerkutter mit den neuen Apparaten in Betracht, die zur Erprobung auf die Nordsee hinausgehen sollen. Bekanntlich hat das Reich für die Ausrüstung verschiedener Schiffe mit drahtloser Telegraphie M. 12 000 ausgesetzt. Einige sollen auch nur mit Empfangsstationen ausgerüstet werden, um die von Norderney ausgesandten Sturmwarnungen aufnehmen zu können.

Mit der Hebung des auf der Oberelbe bei Geesthacht gesunkenen Kahns war, wie uns berichtigend mitgeteilt wird, nicht der Taucher Flint, sondern der Taucher Beckedorf beschäftigt. Die Hebung ist Dienstag nachmittag gelungen.

Das Bremer Schiff „Adelaide", das am 24. Juni infolge schweren Sturmes aus dem Hafen von Caleta Buena nach See getrieben war, ist wieder in Caleta angekommen. Das Schiff hat Anker und Kette verloren.

w. **Der Hamburger Dampfer „President Grant"** der Hamburg-Amerika-Linie hat auf seiner letzten Reise von New York nach Hamburg havariert und verschiedene Schäden erlitten. Hier ist er nach der Entlöschung nach der Werft von Blohm u. Voß beholt worden, wo er repariert werden soll. — Der Passagierdampfer „Stade", der sich an den Landungsbrücken den Radkasten eindrückte, ist repariert und in den Betrieb wieder eingestellt worden.

w. **Unglücksfälle.** Der Schauermann Jakob Heins, der beim Kieslöschen im Raum des norwegischen Dampfers „Nays" beschäftigt war, hat beim Einschaufeln eine bedeutende Verletzung des linken Knies erlitten, so daß er nach dem Hafenkrankenhause gebracht werden mußte. — Dort hat auch der Arbeiter Hermann Oelkers Aufnahme gefunden. Er ist beim Hafenbau auf Waltershof von einer herabfallenden eisernen Klammer getroffen und am rechten Fuß bedeutend verletzt worden. — Beim Uebernehmen von schweren Kisten auf einen im Segelschiffhafen liegenden Oberländer Kahn ist der Schiffer Hermann Kuscholsky von einer Kiste getroffen und am Kopf und der rechten Schulter bedeutend verletzt worden, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. — Mit Verletzungen am Kopf und Rücken ist der Arbeiter Georg Heinzen im Freihafengebiet Beim Sande aufgefunden worden. Er will beim Ausweichen eines Rollwagens umgestoßen und überfahren sein. Nachdem der Verletzte von einem Wundarzt mit einem Notverband versehen war, ist er mittels Droschke seiner Wohnung zugeführt worden.

Hamburger Bürgerschaft.

32. Sitzung.

Mittwoch, den 28. Juni 1911, abends 7 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Engel.

1. Staatshaushaltsabrechnung über das Jahr 1909.

Laut einer Senatsmitteilung hat das Jahr 1909 mit einem Ueberschuß von M. 35 215,07 abgeschlossen. Gegen die der Bürgerschaft mitgeteilte Schätzung, wonach sich ein Fehlbetrag von M. 826 500 ergab, hat sich das Ergebnis um M. 861 715,07 verbessert. Die Einnahmen haben sich um zirka M. 416 000 höher, die Ausgaben um zirka M. 446 000 niedriger gestellt.

Hierzu beantragt Dr. Tesdorpf (R.) Verweisung an einen Ausschuß von 17 Personen und sofortige Vornahme der Wahl.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

In den Ausschuß werden gewählt: Dr. Daus, Ehlers, Fricke, Gutknecht, Haeseler, Harten, Jenssen, Köhnke (SD.), Dr. Leistikow, Meht, Paeplow (SD.), Radel, Ruwolt, Sanne, Sauer, Dr. Tesdorpf, Völckers.

2. Oeffentliche Wage.

Der Senat ersucht die Bürgerschaft, es mitzugenehmigen, daß für die Herstellung einer öffentlichen Brückenwage vor der Wasch- und Badeanstalt am Schweinemarkt der Betrag von M. 5700 aufgewendet und nachträglich in das diesjährige Budget der 1. Sektion der Baudeputation eingestellt werde.

Paridom **Möller** (L.) wünscht, daß die Wage schleunigst hergestellt wird.

Die Bürgerschaft erklärt ihre Zustimmung.

Als Senatskommissare erscheinen Bürgermeister Predöhl, Senator Brandt und Senator Schäfer.

Darauf wird die Beratung über den Bericht der Gemischten Kommission und den Antrag des Senats, betreffend die

Vermehrung der Staatseinnahmen

fortgesetzt. Es folgt zunächst die Spezialberatung über Nr. 5 der Kommissionsanträge:

Erhöhung der hamburgischen Gerichtskosten.

(Ertrag M. 800 000.)

Es liegen Abänderungsanträge vor von Dr. Bauer (L.), Stamm (L.) u. Gen., Engel (Z.) und Nöldecke (V.L.) Die einzelnen Paragraphen werden zur Debatte gestellt.

§§ 1—9 werden debattelos genehmigt.

§ 10 Abs. 3 lautet:

Gegen die Entscheidung (gemeint ist die Gerichtsentscheidung über Kostenansätze ꝛc.) findet, soweit nicht in diesem Gesetz ein anderes bestimmt ist, Beschwerde nach Maßgabe der §§ 568 bis 575 der Zivilprozeßordnung statt.

Hierzu beantragt Dr. Bauer (L.) folgenden Zusatz:

Gegen die Entscheidung des Landgerichts als Beschwerdegericht findet auch dann, wenn ein neuer selbständiger Beschwerdegrund nicht vorliegt oder die Beschwerdesumme den Betrag von 50 Mark nicht übersteigt, die weitere Beschwerde statt, falls die Entscheidung auf einer Verletzung des Gesetzes beruht. Die Vorschriften der §§ 550, 551 der Zivilprozeßordnung finden in diesen Fällen entsprechende Anwendung.

Der Antrag wird nach kurzer Empfehlung durch Bauer (L.) angenommen.

§§ 11—20 werden ohne Debatte genehmigt.

§ 21 Abs. 1 lautet: Für die auf Grund einer Auflassung erfolgende Eintragung des Eigentümers wird eine Gebühr von Eins vom Tausend erhoben. Wird ein zu einem Nachlaß gehöriges Grundstück einem oder mehreren Miterben oder wird ein zu dem Gesamtgut einer ehelichen oder einer fortgesetzten Gütergemeinschaft gehöriges Grundstück nach Beendigung der Gütergemeinschaft einem der Beteiligten übertragen, so ermäßigt sich die vorstehende Gebühr um denjenigen Teilbetrag, der dem Anteil des Erwerbers an dem Nachlaß oder dem Gesamtgut entspricht.

Hierzu beantragen Stamm (L.) und Gen., nach dem Worte „erhoben" folgenden Satz einzufügen:

Beträgt der Wert des Gegenstandes mehr als 10 000 Mark, so wird von dem übersteigenden Betrag ein Halb vom Tausend erhoben.

Stamm (L.) begründet den Antrag, indem er zunächst darauf hinweist, daß der Hinweis auf Preußen nicht gerechtfertigt sei, da dort die neue Gebührenordnung erst ein halbes Jahr in Kraft sei. In der Begründung beruft sich die Kommission lediglich auf das Urteil einiger Beamten, die über die geschäftlichen Schädigungen, die der Realkredit in Hamburg durch die Erhöhungen erleiden wird, gar kein Urteil haben können.

Senator Dr. **Schäfer** weist die Befürchtungen des Vorredners zurück. Die Unterkommission hat sich genau informiert und auch Sachverständige aus den Kreisen der Hausmakler hinzugezogen. Daß diese Herren sich haben einschüchtern lassen, wie von Herrn Rohde in voriger Sitzung behauptet wurde, weise ich mit Entschiedenheit zurück. Die Petition des Hausmaklervereins war eine Parteischrift. Wenn die Reichsstempelabgabe, die am 1. August 1909 ins Leben trat, und viel höher ist, als die jetzt geforderte Gebühr, in Hamburg durchaus nicht hemmend auf die Entwicklung des Realverkehrs eingewirkt hat, so werden die kleinen Erhöhungen auch getragen werden können.

Dr. **Cohen** (L.): Die als Sachverständige hinzugezogenen Herren sind wohl bewandert im sogen. großen Verkehr, dagegen sind sie über den kleinen Verkehr weniger genau informiert. Daher kann ihr Gutachten nicht als ganz einwandfrei angesehen werden. Die Grundeigentümer stehen in dieser Frage genau so da, wie die Kaufleute bei den Kaiabgaben. Es kommt nicht darauf an, ob die Makler etwas mehr zu bezahlen haben, sondern es handelt sich darum, ob der allgemeine Verkehr schwer geschädigt werden wird. In Hamburg liegen gegenwärtig ganz anormale Verhälnisse in bezug auf Grundstücks- und Immobilienverkehr vor, so daß die Zahlen, die der Senator anführte, nicht beweiskräftig sind.

Rohde (L.) tritt für den Antrag Stamm ein. Es gibt zu denken, daß der eine der beiden Sachverständigen seine Meinung nachher revidiert hat. Die Erkundigungen, die ich bei sachverständigen Leuten eingezogen habe, beweisen, daß im Interesse des Grundstücksverkehrs die Gebühren nicht höher sein dürfen, als der Antrag Stamm verlangt. Für uns liegt die Sache so. Wenn bei den §§ 24 und 25 unsere Anträge betreffs des Hypothekenverkehrs angenommen werden, so verzichten wir auf den hier vorliegenden Antrag. Geschieht das aber nicht, so sehen wir uns veranlaßt, gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Ganz entschieden weise ich es zurück, wenn der Herr Senatskommissar uns als Partei bezeichnete. Wir wollen den Hamburger Staat vor Schaden bewahren.

Senator Dr. **Schäfer**: An den von mir angeführten Zahlen läßt sich nicht rütteln; ebensowenig wie daran, daß die Reichsstempelabgabe nicht die verheerenden Wirkungen gehabt hat, wie befürchtet wurde. Die Ausführungen der Sachverständigen haben auf mich einen durchaus überzeugenden Eindruck gemacht.

Dr. **Mönckeberg** (R.): Wenn es wirklich glaubhaft gemacht worden wäre, daß der Grundstücksverkehr durch die Gebührenerhöhung schwer geschädigt würde, so hätten meine Freunde dem Antrag Stamm zugestimmt. Den Beweis ist man aber schuldig geblieben. Es ist aber interessant, daß betreffs des Grundstücksverkehrs die Herren Dr. Cohen und Rohde bereits geteilter Meinung sind. Im übrigen sind die Erfahrungen derartig minimal, daß sie keine ausschlaggebende Wirkung haben können.

Dr. **Westphal** (R.): Es kann nicht von den Vertretern des Antrages Stamm ausgenutzt werden, daß der eine Sachverständige die Petition mit unterzeichnet hat. Damit wird die ausgezeichnete Begründung des Gutachtens nicht erschüttert.

In der weiteren Debatte nimmt noch zu längeren Ausführungen das Wort

Dr. **Cohen** (L.), der sich mit dem Kompromiß Rohde einverstanden erklärt.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag Stamm wird abgelehnt.

Die Paragraphen 22 und 23 werden debattelos genehmigt.

Zu § 24 Abs. 1, welcher folgende Fassung hat:

„Für die Eintragung einer Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld wird eine Gebühr von Eins vom Tausend, jedoch mindestens M. 3 erhoben. Beträgt der Wert des Gegenstandes mehr als M. 10 000, so wird von dem übersteigenden Betrag ein Halb vom Tausend erhoben. Für die Eintragung der Belastung des Grundstückes mit einem sonstigen Rechte wird eine Gebühr von M. 10 erhoben", beantragen Stamm (L.) u. Gen. das Wort „Halb" durch „Viertel" zu ersetzen.

Stamm (L.) begründet den Antrag, bleibt aber wegen der im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne im Zusammenhange unverständlich. Der Redner weist u. a. darauf hin, daß die Verteuerung des Hypothekenverkehrs eine Erhöhung der Wohnungsmieten zur Folge haben müssen.

Senator Dr. **Schäfer**: Dieselben Gründe, die gegen den ersten Antrag Stamm geltend gemacht worden sind, können mit Recht auch gegen diesen Antrag angeführt werden. Es ist auch nicht zu billigen, daß gerade die größeren Hypotheken von M. 10 000 an entlastet werden sollen. Verglichen mit den Gesamtkosten, welche die Makler verlangen, fallen die Gebühren für Umschreibungen nicht derart ins Gewicht, wie die Herren Stamm und Genossen glauben machen wollen.

Dr. **Cohen** (L.): Der Antrag Stamm stellt das Allermindeste dar, was der Hausmakler im Interesse des Hypothekenverkehrs verlangen müsse. Für sehr bedauerlich halte ich die Ausführungen, die Herr Senator Schäfer über die Hausmakler gemacht hat. Wenn die Rechte konsequent sein will, so muß sie, wenn sie der Erhöhung dieser Gebühren zustimmt, auch die Kaigebühren für berechtigt halten.

Völckers (L.) tritt ebenfalls für den Antrag Stamm ein. Die Erhöhungen werden den Staat insofern schädigen, als eine Stagnation im Hypothekenverkehr eintreten wird.

Der Antrag Stamm wird abgelehnt.

§ 25 Abs. 1 lautet: Für die Eintragung des Ueberganges oder der sonstigen Veränderung einer Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld, einschließlich der Verfügungsbeschränkungen, wird eine Gebühr von einem Halb vom Tausend, jedoch mindestens M. 2,50 erhoben. Beträgt der Wert des Gegenstandes mehr als M. 20 000, so wird von dem übersteigenden Betrag ein Viertel, beträgt er mehr als M. 50 000, so wird von dem übersteigenden Betrag ein Achtel vom Tausend erhoben. Für die Eintragung von Veränderungen eines sonstigen Rechtes, mit dem das Grundstück belastet ist, wird die Hälfte der für die Eintragung bestimmten Gebühr erhoben. § 24 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

Stamm (L.) und Genossen beantragen dazu: das Wort „Halb" durch „Viertel" zu ersetzen und dem Satz 2 dieses Absatzes folgenden Wortlaut zu geben:

Beträgt der Wert des Gegenstandes mehr als M. 10 000, so wird von dem übersteigenden Betrag ein Zehntel vom Tausend erhoben.

Stamm (L.) empfiehlt seinen Antrag.

Der Antrag wird abgelehnt.

Die §§ 26 bis 45 werden debattelos genehmigt.

Zu § 46 Absatz 1 beantragt Engel (R.) folgenden Zusatz: Wird auf Grund eines gemeinschaftlichen Testaments ein Testamentsvollstrecker ernannt oder wird über die Entlassung eines in einem solchen Testament oder auf Grund eines solchen Testaments ernannten Testamentsvollstreckers entschieden, so wird nur eine Gebühr erhoben.

Der fragliche Absatz lautet: Für die Ernennung oder Entscheidung über die Entlassung eines Testamentsvollstreckers oder Gesamtgutverwalters, für die Außerkraftsetzung von Anordnungen, die der Erblasser für die Verwaltung des Testamentsvollstreckers oder Gesamtgutverwalters getroffen hat, sowie für die Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Testamentsvollstreckern oder Gesamtgutverwaltern wird eine Gebühr von einem Zehntel der in § 12 bestimmten Sätze, jedoch mindestens 3 Mark und höchstens 100 Mark erhoben.

Präsident **Engel** (R.): Mein Antrag bezweckt, Klarheit zu schaffen.

Senator Dr. **Schäfer** bittet um Ablehnung, während Dr. **Cohen** sich für den Antrag ausspricht.

Weiter nehmen noch das Wort **Wolfhagen** (Z.) und Senator Dr. **Schäfer**.

Der Antrag wird angenommen.

§ 47 wird debattelos genehmigt.

Zu § 48 nimmt das Wort Präsident **Engel**: Es wäre besser, wenn die Gewährung von Kostenfreiheit vom Nachlaßrichter entschieden würde und nicht von der Senatskommission.

Senator Dr. **Schäfer** erklärt, daß die Senatskommission sicherlich die Entscheidung von den Gerichten treffen lassen werde.

Der Paragraph wird genehmigt, ebenso die Paragraphen 49 bis 58 mit kleinen redaktionellen Aenderungen.

Für den zweiten Absatz des § 59, welcher lautet:

Werden zusammengehörige Schriftstücke (die zum Handelsregister einzureichen sind) gleichzeitig eingereicht, wird nur eine Gebühr erhoben, beantragt Dr. Nöldeke (VL.) folgende Fassung:

Für die Einreichung mehrerer denselben Vorgang betreffenden Schriftstücke wird nur eine Gebühr erhoben.

Der Antrag wird nach Empfehlung durch Nöldeke (VL.) und Senator Dr. Schäfer angenommen.

Die §§ 60 bis 86 finden ohne Debatte die Zustimmung der Bürgerschaft.

§ 87 Ziffer 4 hat folgende Fassung: In dem Verfahren der Zwangsversteigerung werden von den in § 12 bestimmten Sätzen erhoben: 4. für das Verteilungsverfahren fünf Zehntel.

Hierzu beantragen Stamm und Genossen (L.): das Wort „fünf" durch „drei" zu ersetzen.

Stamm (L.) begründet den Antrag.

Senator Dr. **Schäfer:** Von den Anträgen, die die Herren Stamm und Genossen gestellt haben, hat dieser noch das meiste für sich. Seine finanzielle Tragweite ist nicht groß. Trotzdem bitte ich, ihn abzulehnen. Wir haben uns in den Gebühren nach Preußen gerichtet.

Dr. **Cohen** (L.) wendet sich gegen Senator Dr. Schäfer.

Der Antrag wird angenommen.

Die §§ 88 bis 101 werden debattelos genehmigt.

Zu § 102, welcher lautet: „Für die Hinterlegung von Geld, Wertpapieren und sonstigen Urkunden, sowie Kostbarkeiten gelten die Bestimmungen der §§ 4, 6 bis 9, 11, 13, 16 bis 18", beantragt Dr. Nöldeke (VL.) hinter „6 bis 9" einzufügen „10".

Der Antrag wird nach Empfehlung durch Dr. Nöldeke angenommen.

§§ 103 bis 106 werden angenommen.

§ 107 hat sich durch die Annahme des Antrages Nöldeke erledigt.

§ 108 wird angenommen.

Zu § 109 beantragt Alexander (Z.) eine kleine Aenderung, um eine Härte zu beseitigen. Senator Dr. Schäfer erklärt sich ebenfalls einverstanden.

Der Antrag wird angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird die Vorlage angenommen.

Es folgt die Beratung von Nr. 6 der Kommissionsanträge:

Erhöhung der Baupolizeigebühren.

(Die Verdoppelung der bisherigen Abgabe von 2 auf 4 vom Tausend wird einen Mehrertrag von M. 280 000 ergeben.)

Der Antrag wird debattelos angenommen.

Nr. 7 der Kommissionsanträge (Wassergeld) ist bereits erledigt. Es folgt Nr. 8:

Verstärkte Heranziehung der Feuerkasse zu den staatlichen Ausgaben für das Feuerlöschwesen (Ertrag M. 540 000).

Die Kommission beantragt, den § 47 Abs. 2 des Feuerkassengesetzes vom 28. Februar 1910 wie folgt zu fassen: Nach Abschluß der Jahresrechnung werden jährlich 75 vom Hundert der Zinsen des Reservefonds, insoweit sie nicht zur Deckung eines aus der Jahresrechnung sich ergebenden Ausfalles oder zur Ergänzung des Reservefonds auf seinen gesetzlichen Höchstbetrag erforderlich sind, der Staatskasse überwiesen. Die Ueberweisung erfolgt jedoch nur bis zur Höhe desjenigen Betrags, um den in dem Staatsbudget des gleichen Jahres die Gesamtsumme der für die Löschabgaben, für den Zuschlag zum Stempel auf Versicherungen gegen Feuersgefahr und für die Einnahmen des Feuerlöschwesens eingesetzten Beträge hinter der im Ausgabebudget des Feuerlöschwesens für die Ausgaben des Feuerlöschwesens in Anschlag gebrachten Summe zurückgeblieben ist. Der nicht der Staatskasse zu überweisende Teil des Ueberschusses wird dem zur Deckung größerer Schäden bestimmten, von der Finanzdeputation verwahrten Reservefonds zugeführt.

Dr. **Bauer** (L.): In den zahlreichen Debatten über die Kommissionsanträge hat, soweit ich es übersehe, dieser Antrag keinen Widerspruch gefunden. Trotzdem halte ich die verstärkte Heranziehung der Feuerkasse nicht für ganz unbedenklich. Der Stand der Feuerkasse ist ein außerordentlich schwankender gewesen, wie aus der Begründung auch hervorgeht. Nach 7½ Jahren wird der Ertrag nur noch den dritten Teil des jetzigen ausmachen. Daher werden die Differenz die Grundeigentümer tragen müssen. Ich will nur Protest einlegen gegen die Erhöhungen. Einen Antrag stelle ich nicht, denn ich weiß, wie das gehen würde, wenn man in diesem Falle für das Grundeigentum eintreten würde.

Senator **Brandt:** Es ist erfreulich, daß die Grundeigentümer endlich auch einmal einsehen, daß sie zu den Lasten beitragen müssen. Die Befürchtungen des Herrn Dr. Bauer teile ich nicht. Die Verbesserung des Löschwesens in Hamburg wird es mit sich bringen, daß die Finanzen der Feuerlöschkassen in Zukunft sich nicht verschlechtern werden.

Stolten (SD.): Es ist ein durchaus berechtigtes Verlangen, daß die Grundeigentümer zu den erheblichen Kosten, die der Staat für das Feuerlöschwesen leistet, herangezogen werden. Allerdings die Form, in der die erhöhte Leistung erhoben wird, halte ich auch nicht für angebracht. Wir wollen einfach eine Erhöhung der Löschabgaben einführen. Wenn man statt $^{3}/_{8}$ $^{5}/_{8}$ der Löschabgaben erheben würde, so wäre derselbe Ertrag herausgekommen. Im gegenwärtigen Moment allerdings ist es das Richtigste, der Vorlage zuzustimmen.

Der Kommissionsantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist die Einzelberatung der Kommissionsanträge erledigt. Es liegen dann noch folgende zwei Anträge vor betr. einer

Vermögenssteuer.

Antrag von E. Krause (SD.) und Genossen: Ein bei der Beratung und Beschlußfassung über die Steuervorlagen durch Ablehnung einzelner Vorschläge der Gemischten Kommission entstehender Ausfall ist durch Einführung einer Vermögenssteuer mit progressiv steigenden Steuersätzen zu decken. Die Bürgerschaft ersucht den Senat um eine entsprechende Vorlage.

Antrag von Dr. Blunck (VL.) und Gen.: Die Bürgerschaft ersucht den Senat um eine Vorlage, betreffend die Einführung einer Vermögenssteuer.

Zur Geschäftsordnung sprechen

Stolten (SD.): Ueber unseren Antrag kann im gegenwärtigen Stadium der Verhandlung nicht debattiert werden. Ueber 3 Millionen Mark ist noch nicht entschieden. Erst wenn wir über den Gesamtausfall im ganzen klar sind, kann unser Antrag zur Verhandlung kommen.

Dr. **Blunck** (VL.): Wir erklären uns ebenfalls damit einverstanden, unseren Antrag zu vertagen, wenn er sich auch sachlich von dem Antrag Krause unterscheidet.

Die Bürgerschaft erklärt sich einverstanden.

Hierauf tritt Vertagung ein.

Ein Antrag des Vorstandes, am Montag eine Extrasitzung abzuhalten, wird angenommen.

Schluß 10¾ Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

97. Sitzung.

Berlin, 28. Juni, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Die Abstimmung über die

Rheinische Landgemeindeordnung,

mit der die Tagesordnung beginnt und die auf Antrag des Zentrums namentlich ist, ergibt bei 198 Abstimmenden, wie schon am Freitag, die Beschlußunfähigkeit des Hauses (das Zentrum ist sehr schwach vertreten). Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf 12 Uhr an mit derselben Tagesordnung mit Ausnahme des ersten Punktes, der rheinischen Landgemeindeordnung.

Schluß der Sitzung 11 Uhr 55 Min.

*

98. Sitzung, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lentze.

Dr. **Campe** (NL.) erhebt Widerspruch gegen die Sitzung, da nach der Geschäftsordnung die Tagesordnung gedruckt vorliegen muß.

Präsident **v. Kröcher** will über den Widerspruch abstimmen lassen. (Oho!-Rufe links.)

Hoffmann (SD.): Eine Abstimmung über das, was die Geschäftsordnung bestimmt, ist unzulässig.

Präs. **v. Kröcher:** Die Tagesordnung ist gedruckt in den Händen sämtlicher Mitglieder. (Widerspruch links.) Es ist dieselbe wie vorhin, mit Ausnahme des ersten Punktes.

Dr. **Campe** (NL.): Es ist hier gar kein Haus versammelt, das über die Tagesordnung verhandeln kann.

Hoffmann (SD.): Wir wollen uns vom Präsidenten eine Tagesordnung nicht aufoktroyieren lassen und beantragen namentliche Abstimmung.

Dr. **Liebknecht** (SD.): Wir wollen die Geschäfte des Hauses nicht stören. (Zurufe rechts: Doch!) Wir wollen im Gegenteil noch möglichst viel von dem Arbeitspensum erledigen, aber die Mehrheit will uns guillotinieren.

Hoffmann (SD.): Wir können über die Tagesordnung gar nicht verhandeln, denn diese Sitzung existiert überhaupt nicht. (Heiterkeit.)

Präsident **v. Kröcher:** Diese Behauptung ist doch etwas kühn.

Frhr. **v. Zedlitz** (FK.): Ich schlage vor, daß der Präsident die Zweifel an der nichtordnungsmäßigen Einberufung der Sitzung anerkennt und die Sitzung als nicht einberufen ansieht. (Heiterkeit.) Dann kann er eine neue Sitzung mit derselben Tagesordnung anberaumen.

Cassel (FVp.): Zu der neuen Sitzung müssen aber sämtliche Mitglieder des Hauses, auch die, die schon verreist sind, schriftlich eingeladen werden. (Heiterkeit.)

Dr. **v. Campe** (NL.): Das ist doch eine juristische Spitzfindigkeit. (Lebhafter Widerspruch links.)

Präsident **v. Kröcher** läßt abstimmen, ob die Sitzung abgehalten werden soll. Die Abstimmung ist auf Antrag des Abgeordneten Hoffmann (SD.) namentlich und ergibt bei 160 Abstimmenden wiederum die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf 1½ Uhr an, die Tagesordnung werde den Herren rechtzeitig zugehen.

Schluß 12 Uhr 55 Minuten.

*

99. Sitzung. Eröffnung 1½ Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lentze.

Dr. **Pachnicke** (Vp.) (zur Geschäftsordnung): Auch diese Sitzung ist nicht ordnungsmäßig einberufen, denn die Tagesordnung ist auf den Plätzen hier zwar verteilt, aber nicht den Mitgliedern ins Haus geschickt. Wir erheben daher Widerspruch gegen die Abhaltung der Sitzung, nicht aus Kleinlichkeit (Lebhafter Widerspruch rechts), sondern um Ueberrumpelungen der Minderheit zu wehren und überhetzte Beratungen zu verhindern. (Lebhafter Beifall links.)

v. Pappenheim (K.): Nachdem das Haus unter der geistigen Leitung des Abg. Hoffmann (Großer Lärm bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Nationalliberalen.) uns die Führung der Geschäfte unmöglich macht, beantrage ich die Vertagung der Sitzung. (Zuruf: Frecher Junker!)

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Der **Präsident** läßt über die Vertagung abstimmen und erklärt, während von der Linken lebhafte Rufe: Vertagung auf wie lange? ertönen, die Vertagung für beschlossen. Er bittet sodann um die Ermächtigung, die nächste Sitzung und deren Tagesordnung festzusetzen.

v. Moltke (FK., zur Geschäftsordnung): Ich protestiere gegen die Behauptung, daß auch nur ein Mensch hier im Hause unter der geistigen Führung des Abg. Hoffmann steht. (Großer Beifall rechts. Hoffmann (SD.): Unverschämtheit!)

Fischbeck (FVp.): Ich beantrage, die nächste Sitzung am Freitag um 11 Uhr abzuhalten.

Hoffmann (SD.): Ich lehne es ab, wenn mir nachgesagt wird, die geistige Führung dieses Hauses zu haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben gemeinsam mit anderen Herren protestiert und werden protestieren gegen Ueberrumpelungen, auch von seiten der Regierung, und dagegen, daß man uns wie Schulbuben nach Hause schicken will, wenn es den Herren paßt.

Fischbeck (FVp.): Wenn die Rechtsauffassung der Mehrheit gelten soll, könnte der Präsident etwa um 7 Uhr hier eine Tagesordnung auf die Sitze legen lassen, in der wir etwa zu 8 Uhr eingeladen werden. Dann sind wir möglicherweise nicht hier. (Hoffmann [SD.]: Aber wir, und wir beschließen dann die Republik. Große Heiterkeit.) Deswegen wollen wir den Zeitpunkt und die Tagesordnung der nächsten Sitzung festsetzen.

Schiffer (NL.): Herr v. Pappenheim scheint vergessen zu haben, als er uns unsere gemeinsame Abstimmung mit den Sozialdemokraten vorwarf, daß er sich gestern mit seiner Partei nach seiner Ausdrucksweise unter der geistigen Leitung der Sozialdemokratie befunden hat. (Lebhaftes Sehr gut! links. Erregte Gegenrufe rechts.)

Dr. **Liebknecht** (SD.): Wir freuen uns, wie sich hier die vollständige Arbeitsunfähigkeit dieses Hauses herausstellt. Ob die Herren rechts denen links vorwerfen, sie stehen unter unserer geistigen Leitung oder umgekehrt, ist uns sehr gleichgültig, aber wir sehen wieder einmal, daß wir der Mittelpunkt sind, um den sich die ganze Angstpolitik dieses Hauses dreht. (Widerspruch rechts.) Selbstverständlich muß das Haus dafür sorgen, daß eine Ueberrumpelung nicht stattfindet, und deswegen schließen wir uns dem Antrage des Abg. Fischbeck an. Der Präsident schlägt keine Tagesordnung vor, weil Sie (nach rechts) wünschen, das Haus auseinander zu jagen, wenn Sie Ihre Wünsche unter die Scheuer gebracht haben. Wir halten es für unsere Pflicht, alles zu tun, damit noch alles erledigt werden kann, was das Haus noch zu erledigen hat, die unerledigten Punkte der bisherigen Tagesordnungen, und die bisher spruchreif gewordenen Sachen.

Präsident **v. Kröcher:** Diese Debatte ist wohl gegenstandslos, wenn ich dem Hause mitteile, daß der Präsident des Staatsministeriums mich gebeten hat, das Haus zu einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Landtages um 5 Uhr einzuladen. (Abgeordneter Hoffmann (SD.): Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.)

Dr. **Pachnicke** (FVp.): Die Verantwortung für die Unfruchtbarkeit dieser Session fällt allein auf die Rechte. (Lachen rechts.)

Hoffmann (SD): Ich will nur feststellen, daß das eingetreten ist, was wir gestern schon vorausgesagt haben, daß die Abgeordneten von der Regierung in einer Weise behandelt werden, daß man nicht vorher erfahren kann, wann Schluß der Session sein wird. Während man korrekter- und anständigerweise sagen sollte, wir haben die Absicht, noch so und so lange zu verhandeln, damit die wichtigsten Angelegenheiten dann zunächst beraten werden können, werden wir mit einer Rücksichtslosigkeit nach Hause geschickt, die sich nur ein preußisches Parlament gefallen läßt. Auch die Diener hier im Hause haben jetzt eben erst erfahren, daß sie sich bereits für morgen nach anderen Stellungen umsehen müssen. Auch ihnen gegenüber ist diese Handlungsweise rücksichtslos und gemein. (Lebhafte Rufe rechts: Pfui! und Raus!)

Präsident **v. Kröcher** ruft den Redner zur Ordnung.

Dr. **Liebknecht** (SD.): Die Sache ist noch schlimmer, als wie es mein Freund Hoffmann soeben dargelegt hat, weil bei dieser ganz traurigen, elenden Komödie das Haus nicht blos Zuschauer ist. (Präsident v. Kröcher ruft den Redner zur Ordnung wegen des Ausdruckes Komödie.) Also weil bei diesen Vorgängen das Haus nicht bloß Zuschauer ist, sondern mitwirkender Akteur, wenigstens in seinen großen Parteien. Es ist ja klar, weshalb die Herren vorhin die Vertagung beantragt haben. Sie hatten bereits die offizielle Mitteilung, daß um 5 Uhr geschlossen wird. Diese Mitteilung des Ministerpräsidenten ist nicht ohne vorherige Verständigung mit den großen Parteien des Hauses ergangen. Nach außen erscheint es so, als ob die Regierung das Haus auseinander jagt. In der Tat sind es die reaktionären Parteien, die wie ein Alp auf dem Volke liegen (Lebhafte Zustimmung links), die Schuld sind, daß die wichtigsten Sachen unerledigt bleiben und das Haus wie eine Hammelherde auseinander gejagt wird. Dies Verfahren muß in der Oeffentlichkeit deutlich gekennzeichnet werden, damit das Volk erkennt, daß dieses Haus verdient, in die Wüste geschickt zu werden, und daß das elende Dreiklassenwahlsystem beseitigt werden muß. (Lebhafte Zustimmung links.) Dazu werden auch diese Vorgänge beitragen.

Frhr. **v. Zedlitz** (FK.): Mit mir und meinen Freunden ist über den Schluß der Sitzung nicht verhandelt worden. — Am Schluß dieser langen und arbeitsreichen Tagung spreche ich dem Präsidenten den Dank aus. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum, sowie bei den Nationalliberalen.)

Lohmann (NL.): Vorgestern erklärte der Präsident, ein Vertreter der Staatsregierung habe ihm erklärt, die Regierung werde den Schluß der Session erst dann herbeiführen, wenn das Haus seine Arbeiten abgeschlossen habe. (Widerspruch rechts.)

Präsident **v. Kröcher:** Ich glaube, gesagt zu haben, ich habe dem Vertreter der Staatsregierung auf seine Frage, wann das Abgeordnetenhaus mit seinen Arbeiten fertig würde, erklärt, das weiß ich nicht.

Dr. **Liebknecht** (SD.): Der Präsident hat aber noch hinzugefügt, es hängt also von dem Redebedürfnis in diesem Hause und im Herrenhause ab, wie lange sich die Tagung noch fortsetzen werde, und das gab mir gestern Anlaß zu sagen: Wenn Worte noch einen Sinn haben, hat die Regierung den Schluß der Tagung abhängig gemacht von der Tätigkeit des Hauses. Allerdings hat der Präsident darauf gesagt, wie ich denn dazu komme, anzunehmen, daß seine Worte Sinn haben. (Große Heiterkeit.) Im übrigen danke ich Ihnen für die heutigen Vorgänge, die Ihre gestrigen Verhandlungen der Wahlrechtsvorlage treffend illustrieren. (Sehr gut! links.)

Hierauf schließt Präsident **v. Kröcher** die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch, in das die Abgeordneten mit Ausnahme der Sozialdemokraten einstimmen.

Schluß der Sitzung 2½ Uhr.

Nachmittags um 5 Uhr findet die vereinigte Sitzung der beiden Häuser des Landtages statt, in welcher der Landtag unter den üblichen Formalitäten geschlossen wird.

Preußisches Herrenhaus.

18. Sitzung.

Berlin, 28. Juni, 1 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer.

Vom Abgeordnetenhause ist die vom Herrenhause bereits verhandelte Vorlage über

die Reinigung öffentlicher Wege

in abgeänderter Fassung zurückgelangt. Die Kommission beantragt, die Bestimmung zu streichen, wonach örtliche Vorschriften und Observanzen drei Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlöschen. Ferner soll § 7 gestrichen werden, wonach die Gemeinden die Kosten der Reinigung bis zur Hälfte durch Gebühren usw. decken können.

Unterstaatssekretär Frhr. **Coels van der Brügghen** bittet, dem Antrage der Kommission nicht stattzugeben, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu gefährden.

Die Kommissionsvorschläge werden angenommen, ebenso das Gesetz im ganzen. Es muß also an das Abgeordnetenhaus zurück. Da dieses seine Beratungen bereits geschlossen hat, ist die Vorlage gescheitert.

Das Ausführungsgesetz zum Viehseuchengesetz.

Die Kommission schlägt eine Resolution vor, wonach aus dem Dispositionsfonds den Verbänden mindestens ein Drittel, in besonderen Fällen die Hälfte der Beihilfen zu erstatten ist.

Berichterstatter Graf **v. d. Schulenburg**-Grünthal: Wieder hat man uns im allerletzten Augenblick erst dieses Gesetz zugehen lassen. Man bringt uns in eine geradezu unwürdige Lage. Darunter muß die Lust und Liebe zur Sache leiden. Man sagt uns: Aendern dürft ihr nicht, denn der Landtag soll geschlossen werden! Das heißt also: Friß Vogel oder stirb! (Lebhaftes Sehr richtig!)

Minister Freiherr **v. Schorlemer:** Wenn die Vorlage so spät an das Herrenhaus gekommen ist, so ist die Regierung an dieser bedauerlichen Situation nicht in erster Linie schuld. Zweifeln Sie an meinem guten Willen nicht. Es soll alles geschehen, um eine rechtzeitige und ausgiebige Beschlußfassung auch in diesem Hause zu ermöglichen.

Die Resolution wird angenommen, ebenso der Gesetzentwurf in unveränderter Form.

Ueber eine Petition des Herzogs von Ratibor im Namen des Deutschen Jagdschutzvereins um Anwendung des Grundsatzes „Kauf bricht nicht Pacht" auch auf die Jagdpacht, beantragt die Kommission, zur Tagesordnung überzugehen.

Graf **v. Mirbach** bittet, die Petition an die Kommission zurückzuverweisen. Bei dem jetzigen Zustande sei jede pflegliche Behandlung eines gepachteten Jagdstückes unmöglich.

Feldmarschall Graf **Haeseler** empfiehlt den Kommissionsbeschluß, der auch angenommen wird.

Präsident Frhr. **v. Manteuffel** verliest dann die Einladung des Ministerpräsidenten zu der gemeinschaftlichen Schlußsitzung beider Häuser.

Eine Petition der Berliner freien Studentenschaft, der Freien wissenschaftlichen Vereinigung und mehrerer anderer Berliner Verbindungen fordert eine Reform der akademischen Disziplinarvorschriften. Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material.

Professor Dr. **Busz**-Münster: Prinzipielle Mängel des Disziplinarrechts bestehen nicht, wenn auch Verbesserungen wünschenswert sein mögen.

Die Petition wird als Material überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Schluß gegen 4 Uhr.

Achter deutscher Gewerkschaftskongreß.

Dritter Verhandlungstag.

Dresden, 28. Juni.

Vorläufiger Bericht.

Heute wurde die Diskussion über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung fortgesetzt. Redner verschiedener Gewerkschaften zeigten die schwersten Mängel der Arbeiterschutzgesetze in der Industrie. Besonders interessant waren die Ausführungen des Genossen Schneider vom Fabrikarbeiterverband über die schwere Mißachtung der gesundheitlichen Verordnungen in den Bleifarbenfabriken. Der Wert der Hygieneausstellung wurde von Schneider dadurch ins rechte Licht gerückt, als er mitteilte, wie auf seinen Einspruch hin die auf einer Tabelle verzeichneten unzutreffenden Krankenziffern der Bleifarbenfabriken ausgestrichen und durch seine (richtigen) Zahlen ersetzt wurden.

Im Schlußwort wünschte Robert Schmidt, daß den sozialpolitischen Wahlen seitens der Arbeiter größere Aufmerksamkeit gewidmet werde. Die vorliegenden Resolutionen, darunter eine der Bureauangestellten über die kommenden Wahlen unter der Reichsversicherungsordnung, wurden einstimmig angenommen.

Hierauf bekam Rechtsanwalt Heinemann das Wort zu seinem glänzenden Referat über das Koalitionsrecht und den Vorentwurf zum Strafgesetz. In seinen vorzüglichen Ausführungen kritisierte er die jetzt gegen organisierte Arbeiter geübte Rechtsprechung und die durch die neuen Entwürfe verschlimmerten Bestimmungen bei strafsfälligen Vergehen in Lohnkämpfen. Daß nach einer Entscheidung des Reichsgerichts strafbare Delikte bei Lohnkämpfen vorlägen, wenn die Arbeiter einseitige Forderungen stellen und höhnische und dreiste Mienen dabei zur Schau tragen, hätten die Motive zum Vorentwurf selbst für unhaltbar in der Rechtsprechung angesehen. Aber die Neuregelung bringe keine Verbesserungen. Der Tatbestand einer Erpressung liege in dem Entwurf schon vor, wenn bei einer Arbeitsniederlegung die geforderten Löhne im Mißverhältnis zur Arbeitsleistung stehen und der „Täter" sich dessen bewußt war. Solche Rechtslehre könne nicht auf rechtem Wege sein und die Regierung solle sich doch überlegen, die Richter in solche Stellung zu bringen und sie gewissermaßen als Partei festzulegen. Stürmische, entrüstete Zurufe löste die Mitteilung des Referenten aus, daß bei Erpressung bis zu 5 Jahren Zuchthaus erkannt werden könne. Bei Gefängnisstrafen, die bis zu drei Jahren betragen können, soll die Unterbringung in das Arbeitshaus zulässig sein und als Zugabe noch für besonders Böswillige Entziehung des Nachtlagers und der warmen Kost. Gewerkschaftsangestellte und organisierte Arbeiter würden sicher besonders von dieser ungeheuerlichen Bestimmung getroffen. Der Referent legte dann eingehend dar, daß der § 153 der Gewerbeordnung ein unerhörtes Ausnahmegesetz gegen die organisierten Arbeiter ist und daß die Streikbrecher jetzt schon einen höheren Schutz ihrer Ehre genießen als z. B. der Reichskanzler und selbst der Kaiser; denn sogar für die Majestätsbeleidigung werde die Absicht einer Ehrverletzung geprüft, beim Streikbrecher aber nicht. Auch die andern Bestimmungen des Gesetzentwurfs stehen, soweit sie sich gegen die organisierten Arbeiter richten, dem nicht nach. Der Redner bezeichnet das Zuchthausgesetz als ein wahres Eldorado gegenüber dem jetzt vorgesehenen Strafgesetz und seinen Kautschukparagraphen, die Verrufserklärungen, Boykott und Kontraktbruch bestrafen und Arbeitseinstellungen in städtischen und staatlichen Betrieben mit hohen Gefängnisstrafen belegen. Die Arbeiter hätten den Kampf um das Koalitionsrecht gegen eine Welt von Feinden zu führen. Das Volk habe aber bei der Reichstagswahl Gelegenheit, seine Stimme zu erheben, und es müsse dafür sorgen, daß ein neuer Reichstag gewählt werde, der ein solches Machwerk nicht Gesetz werden lasse. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Es wird beschlossen, in der Debatte den Vertretern der Transportarbeiter, der Landarbeiter und der Gemeinde- und Staatsarbeiter unbeschränkte Redezeit zu gewähren.

Brunner-Berlin, Transportarbeiter, bespricht die geplante völlige Entrechtung der städtischen und Staatsarbeiter. Auch Tausende von ungelernten Arbeitern, die in solchen Betrieben beschäftigt werden, würden des Streikrechts verlustig werden. Die Freude des preußischen Eisenbahnministers v. Breitenbach über den von dem französischen Minister Briand vorgelegten Entwurf gegen das Streikrecht der französischen Eisenbahner habe sich als verfrüht erwiesen; denn das französische Ministerium hat in den letzten Tagen einen Gesetzentwurf beschlossen, in dem den Eisenbahnern das Streikrecht zugestanden wird.

Hierauf vertagt sich der Kongreß auf morgen. Die Sitzung schließt heute bereits um 2 Uhr, da die Delegierten eine Besichtigung der Gartenstadt Hellerau vornehmen.

Neueste Nachrichten.

(Telegramme des Wolffschen Bureaus.)

Berlin, 28. Juni. In der heutigen Bundesratssitzung wurde einer Vorlage, betreffend den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Japan, und einer Vorlage, betreffend eine vorläufige Regelung des Konsulatwesens mit Japan zugestimmt, ebenso einer Vorlage, betreffend den Entwurf einer Verordnung über die Wahlkreiseinteilung für Elsaß-Lothringen.

Berlin, 28. Juni. Angekommen: „Vaterland" am 27. Juni in Kinkiang, „Vineta" am 28. Juni in Molde.

Marburg, 28. Juni. Bei der Landtagsersatzwahl im Wahlkreise Marburg erhielten Prof. Bredt (FK.) 148, Lauer (B. d. L.) 18, Prof. Schücking (L.) 16 Stimmen. Bredt wurde gewählt.

Köln, 28. Juni. Die sportlichen Leiter beschlossen in Köln des ungünstigen Wetters wegen einen Extraruhetag einzulegen und zwar dürfen an diesem Ruhetage keine örtlichen Wettbewerbe stattfinden, so daß die Flieger Gelegenheit haben, die noch fehlenden Strecken der Etappe Münster-Köln in Ruhe zurückzulegen, oder, wenn schon in Köln angelangt, dort für die folgenden Etappen auszuruhen. Der Weiterflug von Köln aus findet also statt am Freitag früh, erst Sonnabend statt. Das ganze weitere Programm verschiebt sich infolgedessen ebenfalls um einen Tag, so daß die Ankunft in Berlin wahrscheinlich statt am 7. erst am 8. Juli stattfindet.

Budapest, 28. Juni. Abgeordnetenhaus. Auf die Interpellation, betreffend die Cholerafälle in Italien, antwortete der Ministerpräsident Khuen Hedervary, die Regierung warte nicht die offizielle Verständigung ab. Sie ordnete an, daß Reisende aus Italien an der Grenze ärztlich untersucht, und bei der Ankunft am Bestimmungsorte unter eine fünftägige ärztliche Beobachtung gestellt wurden. Das Haus nahm die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntnis. Auf die Interpellation, betreffend Errichtung einer Spielbank auf der Margareteninsel erklärte der Ministerpräsident, ein solcher Plan bestehe nicht. Ausländische Hotelbesitzer wollten auf der Margareteninsel ein Vergnügungsetablissement und Hotels erbauen, die jedoch mit einer Spielbank nichts gemein hätten. Die Regierung würde eine Spielbank unter keiner Bedingung gestatten.

Brüssel, 28. Juni. Die Abfahrt zur fünften Etappe Brüssel-Roubaix des Europafluges erfolgte um 10 Uhr. Es nahmen zwölf Flieger teil. Als erster kam nach einstündigem Flug Vedrines in Roubaix an.

London, 28. Juni. Oberhaus. Heute nachmittag begann die Debatte über die Vetobill vor dichtbesetztem Hause. Zahlreiche wichtige Abänderungsanträge waren angekündigt, unter ihnen mehrere von Lord Lansdowne unterzeichnet. Beunruhigende Gerüchte sind im Umlauf, daß eine Krisis möglich sei. In vielen Kreisen ist die Ansicht vertreten, daß die Peers die Angelegenheit nicht auf die Spitze treiben werden, sondern daß sie nachgeben würden, nachdem sie ihren Widerstand bis zu einem gewissen Punkt fortgesetzt haben werden, der die Regierung zwingen wird, ihnen mit der Ernennung neuer Peers zu drohen, und sie auf ihren Abänderungsanträge nicht bestehen werden, sobald diese vom Unterhause abgelehnt sein werden.

Unterhaus. Der Unionist Hope fragte an, ob die Aufmerksamkeit Sir Edward Greys gelenkt worden sei auf die Bedeutung der kürzlich von den türkischen Behörden an die Aufständischen in Nordalbanien erlassene Proklamation, welche die Mitteilung enthält, daß diejenigen Aufständischen, welche sich nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt ergeben, ausgerottet und vernichtet werden sollen, und ob in der amtlichen, an die Mächte übermittelten Uebersetzung, die Wendung „Ausrottung und Vernichtung" weggelassen worden sei, ob ferner Grey veranlassen wolle, daß die Aufmerksamkeit der türkischen Regierung auf diese Undeutlichkeit der Uebersetzung gelenkt werde. McKinnon Wood erwiderte hierauf, daß der britischen Regierung eine Mitteilung von dem türkischen Botschafter überreicht worden sei, welche eine Zusammenfassung der von der ottomanischen Regierung gefaßten Beschlüsse, betreffend die Malissoren in Nordalbanien, enthalten habe. Die Mitteilung enthalte nichts von Ausrottung und Unterwerfung solcher Aufständischen, welche sich nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt ergeben hätten. Mir ist aber mitgeteilt worden, fuhr McKinnon Wood fort, daß der Text der Proklamation, der in Podgoritza angeschlagen worden ist, mit der Erklärung schließt, daß diejenigen, welche sich nicht unterwerfen, bis zur Grenze verfolgt, ausgerottet und vernichtet werden sollen. Ein amtliches Kommunique, das an die Presse von der Pforte versandt worden ist, gebraucht die Worte „verfolgt und unterdrückt". Ich beabsichtige, die türkische Regierung auf diesen Widerspruch aufmerksam zu machen.

Unterstaatssekretär Mc. Kinnon Wood beantragte die Annahme der zweiten Lesung des Seeprisen-Gesetzes, wodurch ein internationaler Prisengerichtshof eingesetzt und die die Ratifizierung der Londoner Deklaration einschließt. Wood erklärte, die Erfahrungen der letzten Kriege hätten der Regierung die Tatsache vor Augen geführt, daß in Fragen des Seekrieges die internationalen Gesetze im Unklaren seien und sich in einem chaotischen Zustande befänden und daß Großbritannien unter diesem Zustande der Dinge am meisten zu leiden habe. Die Regierung bemüht sich daher, eine Vereinbarung darüber zu erreichen, was als allgemein anerkannte Grundsätze des internationalen Rechts anzusehen sei. Nach längerer vom Geiste der Vernunft und des guten Willens getragenen Verhandlungen seien verschiedene Mächte zu einer Vereinbarung über die Punkte gelangt, über die sie bisher auseinandergehende Ansichten gehabt hätten. Wood besprach hierauf die Kritik, die an der Londoner Deklaration geübt worden sei. Er behaupte nicht, daß sie die Zeiten des Krieges und die Friedenszeiten gleich machen werde, aber sie werde viele Ungewißheiten und Schwierigkeiten entfernen, die jetzt den Handelsverkehr hemmten. Die Sicherheit des Privateigentums zur See sei unmöglich, da kein internationales Abkommen über den Gegenstand bestehe. Die Deklaration schwäche Großbritannien in der Geltendmachung seiner Macht zur See und als kriegführende Partei in keiner Weise. Was die Blokade anlange, sei es zweifellos, daß das britische Recht für alle praktischen und wichtigen Fragen eingeführt werde.

London, 28. Juni. In der heutigen Konferenz der Schiffseigentümer nahmen etwa 100 Reeder des Vereinigten Königreiches teil; sie beschlossen eine mäßige Erhöhung der Löhne in gewissen Häfen im Hinblick auf die gegenwärtige Lage im Schiffsverkehr zu gewähren. Der Vereinigung der Reeder wurde empfohlen, feste Normalsätze für die Löhne in den betreffenden Distrikten aufzustellen und der Schiffahrtsföderation angeraten, ihre Tätigkeit auch auf die Lohnstreitigkeiten auszudehnen. Einmütig wurde beschlossen, die Anerkennung der Seemanns- und Heizervereinigung abzulehnen.

London, 28. Juni. 150 Polizeibeamte gingen heute von Birmingham nach Hull ab, da die Unmöglichkeit, die an Bord der Schiffe befindlichen großen Vorräte an Butter, Eiern und Schinken in Hull und anderen Häfen an Land zu bringen, Besorgnis erregt. Die Lage in Hull wird stündlich ernster, da die Ausständigen die Schiffahrt völlig lahmlegen. Alle Hafenarbeiter in Grimsby treten morgen in den Ausstand.

London, 28. Juni. Auf der Versammlung der Vertreter aller Vereinigungen, die zum Transportarbeiterverbande gehören, wurde beschlossen energisch vorzugehen, wenn der Ausstand der Seeleute nicht bis Sonnabend beigelegt ist. Der Verband besteht aus Seeleuten, Dockarbeitern, Eisenbahnangestellten, Fuhrleuten und anderen Arbeitern, die mit dem Transport von Gütern zu tun haben.

London, 28. Juni. Die Zahl der Dampfergesellschaften, die den Forderungen der Seeleute nachgeben, sind ständig im Wachsen begriffen. Morgen wird in Hull eine Besprechung der Vertreter der dortigen Schiffseigentümer und Ausständigen mit den Vertretern des Handelsamts stattfinden. Bis dahin werden die Streikposten zurückgezogen.

Liverpool, 28. Juni. Die Seeleute der Empreß of Britain traten in den Ausstand und zogen zu allen großen Dampfern, um die Mannschaften aufzufordern, sich ihnen anzuschließen. Binnen 1½ Stunden war die Arbeit auf allen nordatlantischen Schiffen zum Stillstand gebracht. Die Mannschaft des Dampfers „Haverford", nach Philadelphia bestimmt, begann den Streik eine Stunde bevor das Schiff abgehen sollte, als schon alle Passagiere an Bord waren. Die Hafenarbeiter erklärten sich mit den Seeleuten solidarisch.

Liverpool, 28. Juni. Viertausend Arbeiter traten morgens in den Ausstand. Sie fordern Anerkennung des Verbandes und die Zusicherung, daß weiterhin nur Mitglieder des Verbandes beschäftigt werden.

Liverpool, 28. Juni. Alle Mannschaften der neun bedeutensten Transatlantischen Linien, einschließlich der Cunard-Line und White-Star-Line, verließen die Schiffe ohne Kündigung.

Manchester, 28. Juni. 3000 Hafenarbeiter und nahezu 1000 Seeleute, Heizer und Takler traten in den Ausstand. Der Schiffsverkehr wurde dadurch zum Stillstand gebracht.

Roubaix, 28. Juni. Ferner angekommen sind: Garros, Kimmerling und Beaumont.

Roubaix, 28. Juni. Von den Teilnehmern an der fünften Etappe des europäischen Rundfluges sind hier noch Vidart, Renaux, Gibert und Valentine angekommen.

Tirnowo, 28. Juni. In der Nationalversammlung verteidigte Burew (Regierungsparteiler) in einer beifällig aufgenommenen Rede, den Revisionsentwurf, der die Herscherrechte nicht vermehre und die Souveränität des Volkes nicht verkürze. Der Redner griff scharf die äußerste Linke und besonders die Agrarier wegen ihres demagogischen Treibens an. Die Sobranje beschloß, die Rede durch Maueranschlag im ganzen Lande bekannt zu machen.

Briefkasten.

F. M. 24, Rotenburgsort. Ohne Kündigung dürfen Sie nicht ausziehen.

M. K. Ihr Mann ist zur Unterstützung seiner hilfsbedürftigen Mutter gesetzlich verpflichtet.

P. D. 34. Danach müssen Sie einen Tierarzt fragen.

M. St. 100. Wenn nichts anderes vereinbart wurde, können Sie spätestens am dritten Werktag des Vierteljahrs (4. Juli) die Wohnung kündigen.

H. H. M. Gewiß; wer den Prozeß verliert, muß die Kosten bezahlen.

Oldenfelde. Am 25. Januar 1907.

W. E. 20. 1. Dadurch verlieren Sie das Wahlrecht nicht. 2. Um die Holzwürmer aus den Möbeln zu entfernen, bläst man mit einer Ballonspritze solange in die Wurmlöcher, bis man glaubt, daß das Wurmmehl völlig entfernt ist. Hierauf träufelt man mittelst eines kleinen Haarpinsels Benzin in die Löcher. Wird, wie dies so häufig geschieht, versäumt, das Holzmehl vorher zu entfernen, so ist den Würmern absolut nicht beizukommen.

F. B., Uhlenhorst. Das Baubureau befindet sich im Semperhaus, Spitalerstraße.

St. 100. Die Klage ist beim Bezirksbureau einzureichen. Ob Sie Erfolg haben, können wir aber unmöglich wissen.

Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg

am 29. Juni.

Flut: 2 Uhr 45 Min. | Ebbe: 7 Uhr 15 Min.

Erste Beilage zum Hamburger Echo Nr. 149.

Donnerstag, den 29. Juni 1911.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: E. Döring in Hamburg.

Achter deutscher Gewerkschaftskongreß.

C. B. Dresden, 27. Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Leipart eröffnet die Sitzung.

Brückner-Berlin gibt den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Anwesend sind 385 Delegierte und zahlreiche Gäste. Sämtliche Mandate werden debattelos für gültig erklärt.

Hierauf wird in der Erledigung der Tagesordnung fortgefahren und zunächst der gestern neu beschlossene Punkt:

Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungskasse

erledigt. Bauer-Berlin referiert hierüber. Er schildert eingehend die Maßnahmen der Selbsthilfe, die die Menschen von jeher ergriffen haben, um sich gegen plötzliche Not zu sichern. Die Entwicklung der Volksversicherung, das heißt der sogenannten kleinen Versicherung mit Beiträgen bis zu 10 ₰ herab ist eine ganz rapide gewesen. Insgesamt umfaßt die Volksversicherung in Deutschland gegenwärtig 6 825 275 Policen mit einem Kapital von 1345 Millionen Mark. Der Löwenanteil entfällt auf die „Viktoria" und die „Friedrich Wilhelm". Die Verwaltungskosten beliefen sich auf ℳ 28 788 000, das sind 25,13 pZt., und der Jahresüberschuß auf ℳ 17 370 000. Mit Hilfe der Volksversicherung haben diese Versicherungsgesellschaften ihre Ueberschüsse ganz gewaltig steigern können. Das zeigt besonders die geradezu glänzende Entwicklung der „Viktoria" mit ihren fabelhaften Gewinnen. Dieser Erfolg kann aber nur erzielt werden durch eine ungeheure Benachteiligung des Publikums. Für 69 Millionen Mark Policen wurden von den Volksversicherungsgesellschaften für verfallen erklärt, nur weil die Beiträge einmal nicht rechtzeitig bezahlt wurden. Diese Art des Volksversicherungsgeschäftes ist also eine maßlose Ausbeutung mittelloser Proletarier; denn nur von diesen wird die sogenannte kleine Versicherung betrieben. Freilich hat das neue Gesetz über das private Versicherungswesen diesem Treiben ein wenig die Flügel beschnitten; denn es enthält die Bestimmung, daß Policen dann nicht mehr ohne jede Rückvergütung für verfallen erklärt werden dürfen, wenn drei Jahre lang Beiträge auf sie bezahlt worden sind. Dieser große Erfolg der Volksversicherung, diese Heranziehung von fast sieben Millionen kleiner Existenzen ist nur zu erklären durch das bekannte raffinierte Werbesystem der Gesellschaften. Angesichts dieser Ausplünderung breiter Arbeiterschichten durch wenige Gesellschaften ist schon häufig die Frage aufgeworfen worden: Was kann die Arbeiterschaft selbst tun, um dieser Ausbeutung der Volksmassen vorzubeugen? Auf diese Frage gibt es nur eine Antwort: Wir dürfen hier nicht mehr Gewehr bei Fuß stehen und weiter ruhig zusehen, wie gerade unsere eigenen Arbeitskameraden geplündert werden. (Zustimmung.) Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß gerade die industrielle Arbeiterschaft in den Städten die Opfer für diese Gesellschaften abgibt. Auf dem Lande haben die Versicherungsgesellschaften schon deshalb nicht den gleichen Erfolg, weil die Landarbeiter nicht über soviel bares Geld verfügen. Die Generalkommission hat sich daher mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Verbindung gesetzt. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die ihre Beratungen erst jüngst abgeschlossen hat. So ist es gekommen, daß erst im letzten Augenblick dieser Punkt auf unsere Tagesordnung gesetzt werden konnte. Oberster Grundsatz unserer Versicherung soll sein: kein Pfennig geleisteter Beiträge darf verloren gehen. Wir planen die Gründung einer losen Unterstützungsvereinigung, gebildet von Gewerkschaften und Genossenschaften. Mit der Durchführung dieser neuen Einrichtung sollen betraut werden die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Weitere Organe sollen sein die Konferenzen der Gewerkschaftsvorstände und Bezirksvereinigungen der Genossenschaften. Also wir wollen eine solche Unterstützungsvereinigung nun ins Leben rufen, sie organisatorisch ausgestalten, und jedes Mitglied einer der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaft und jedes Mitglied einer dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaft soll berechtigt sein, in diese Unterstützungsvereinigung Beiträge zu entrichten. Dafür erhält es dann für den Unterstützungsfall die vorgesehene Unterstützung, allerdings ohne daß ein Rechtsanspruch auf diese Unterstützung eingeräumt wird. Zunächst wenigstens wollen wir versuchen, ohne den Rechtsanspruch auszukommen. Die neue Einrichtung soll den Namen „Volksfürsorge" bekommen. Sollte das Aufsichtsamt für Privatversicherung uns wegen des Fehlens des Rechtsanspruchs Schwierigkeiten machen, so werden wir von dem Plan nicht zurücktreten, sondern ihn mit Rechtsanspruch in Form einer Aktiengesellschaft oder in anderer Form ins Leben rufen. (Beifall.) Die eigentliche Geschäftsführung soll von den Genossenschaften erledigt werden, während die Gewerkschaften den Werbeapparat stellen sollen. Dadurch werden die Verwaltungskosten ganz minimal werden. Uns stehen ja auch ganz andere Agitationsmittel zur Verfügung. Ich denke da an die Gewerkschaftspresse und die Parteipresse, die hoffentlich zum Teil wenigstens keine prinzipiellen Einwände machen werden. (Heiterkeit.)*) Prinzipielle Bedenken sind wirklich nicht stichhaltig; denn es hat sich gezeigt, daß die Unterstützungseinrichtungen kein Hemmnis für die Entwicklung der Gewerkschaften waren, sondern durch diese Unterstützungseinrichtungen nur Mittel zum Zweck waren; um die Mitglieder an die Organisationen zu fesseln, soll diese „Volksfürsorge" Selbstzweck sein. Sie soll unsern Mitgliedern Gelegenheit geben, ihr Versicherungsbedürfnis zu befriedigen, und zwar, ohne die Schädigungen der Volksversicherung mit in Kauf nehmen zu müssen. Es kann unmöglich prinzipiell etwas dagegen eingewendet werden, wenn wir einer weiteren Ausbeutung unserer Mitglieder vorbeugen wollen. In der Volksversicherung züchtet der Arbeiter mit seinen Pfennigen wenige Millionäre, die so mühelos ihre Taschen füllen können. Wir sollten in immer größerem Umfang dazu übergehen, unsere Kräfte auch wirtschaftlich zu verwerten. Zunächst hatten wir ja einen gewissen Widerwillen gegen eine wirtschaftliche Betätigung, und es bestand eine Ueberschätzung der politischen Tätigkeit. Wenn in andern Ländern die Arbeiterbewegung an einer Unterschätzung der politischen Tätigkeit litt, hatten wir in Deutschland eine Ueberschätzung. Wir müssen aber dazu übergehen, unser wirtschaftlichen Kräfte immer mehr zu konzentrieren. (Beifall.) Ohne wirtschaftlichen Einfluß ist heute auch kein politischer Einfluß mehr möglich. Erst dadurch wird die Arbeiterklasse ein wirklicher Machtfaktor werden. Wir sollten also unsere Kräfte zusammenfassen, um innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft einen wirtschaftlichen und damit auch politischen Einfluß ausüben zu können. Wir ersparen dadurch unsern Mitgliedern Millionen und Abermillionen, die wir dann besser im Kampfe werden verwenden können. (Stürm. Beifall.) Nehmen Sie einstimmig folgende Resolution an:

> Die Generalkommission wird beauftragt, gemeinsam mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unterstützungs-Vereinigung ins Leben zu rufen. Aufgabe der Vereinigung soll sein, den Mitgliedern der Gewerkschaften und Genossenschaften, die freiwillig Beiträge leisten, und deren Familienangehörigen Unterstützung in Fällen des Todes, des Alters, der Kinderversorgung usw. zu gewähren.
>
> Die zur Durchführung dieses Auftrages mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine zu treffenden Vereinbarungen und das Statut der Unterstützungs-Vereinigung bedürfen der Genehmigung der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

In der Debatte wünscht Osterroth-Waldenburg (Bergarbeiter) eine Ausdehnung dieser „Volksfürsorge" auf die Unfälle und wendet sich gegen den Unfug der Abonnentenversicherung.

Brückner-Berlin (Buchbinder) regt die Ausdehnung auch auf die Krankenversicherung an.

Umbreit (Generalkommission): Viele Gewerkschaften zahlen heute schon Krankenunterstützung, und denen dürfen wir mit der neuen Einrichtung nicht ins Gehege kommen. Ueberweisen Sie alle Wünsche der Generalkommission zur Erwägung.

Kaufmann-Hamburg: Der Leipziger Genossenschaftstag hat Vorstand und Ausschuß bevollmächtigt, in Verbindung mit der Generalkommission Mittel und Wege zu suchen, um den Auswüchsen des Versicherungswesens entgegenzutreten.

Robert Schmidt (Generalkommission): Wir wollen das Volksversicherungswesen der privaten Spekulation entziehen und auf eine reelle Grundlage stellen. Wenn wir auch noch nicht sehr hohe Unterstützungssätze werden zahlen können, so werden die Arbeiter doch zu unserer Einrichtung das größere Vertrauen haben.

Die Debatte schließt. Die Resolution Bauer wird einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.) Die vorgetragenen Wünsche und Anregungen werden der Generalkommission überwiesen.

Es folgt der Punkt:

Heimarbeiterschutz und Hausarbeitsgesetz.

Referent ist Deichmann-Bremen (Tabakarbeiter). Er legt folgende Resolution vor:

> Der achte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands macht sich die Beschlüsse zu eigen, die in der Resolution des ersten in Berlin 1904 abgehaltenen Allgemeinen Heimarbeiterschutzkongresses niedergelegt sind, und bekundet seine Uebereinstimmung mit der Resolution des Deutschen Heimarbeitertages vom 12. Januar 1911.
>
> Der Kongreß bedauert die Verzögerung in der Verabschiedung des Hausarbeitsgesetzes im Reichstage; er hält es für dringend geboten, daß dem Gesetzentwurf nach den Beschlüssen der Kommission des Reichstages umfassende, dem Verlangen der Heimarbeiter gerecht werdende Aenderungen eingefügt werden.
>
> Als vollständig ungenügend erweist sich die Bestimmung des Gesetzes, die den Erlaß von Schutzvorschriften in das Belieben der verschiedenen Behörden stellt. Die Folge dieser Anordnung wird sein, daß unter dem Einfluß der Unternehmer, die doch nur des höheren Profits wegen die elenden Verhältnisse der Heimindustrie erhalten wollen, jeder Versuch lokaler Behörden, gegen Uebelstände vorzugehen, dem Widerspruch dieser Interessenten unterliegen wird.
>
> Die sanitären Schutzvorschriften sowie die Bestimmungen des Arbeiterschutzes bedürfen einer allgemein gültigen gesetzlichen Regelung, die nur unterbrochen werden kann durch weitergehende Vorschriften für die Berufe, die besondere Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter bieten. Für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie muß das gänzliche Verbot der Heimarbeit gefordert werden.
>
> Vor allem darf die Regelung der Lohnfrage im Gesetz nicht fehlen. Dazu gehört:
>
> 1. Die Aushängung der Lohntarife in den Räumen, wo Heimarbeit ausgegeben wird;
> 2. die Verabreichung von Lohnbüchern oder Lohnzetteln bei Uebergabe der Arbeit mit genauer Angabe der Löhne und der Abzüge;
> 3. Verbot der Anrechnung der gelieferten Rohstoffe oder Materialien. Errichtung von paritätisch zusammengesetzten Lohnkommissionen mit der Befugnis, für die Berufe, die nicht durch umfassende Tarifverträge die Regelung der Löhne herbeigeführt haben, allgemein gültige Minimallöhne festzusetzen.
>
> Auf das entschiedenste protestiert der Kongreß gegen die Zurücksetzung der Heimarbeiter in der Reichsversicherungsordnung, insbesondere gegen die rechtlose Stellung in den Landkrankenkassen und die Ausschaltung der Heimarbeiter in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.
>
> Der Kongreß wendet sich an die Heimarbeiter mit der dringenden Aufforderung, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, damit sie imstande sind, im Anschluß an die übrige Arbeiterschaft ihre wirtschaftlichen Interessen mit den Kampfesmitteln der Gewerkschaft durchzusetzen und der Gesetzgebung gegenüber mit mehr Nachdruck ihre berechtigten Forderungen zur Anerkennung zu bringen.

Deichmann verweist auf das Heimarbeiterelend, das auf Heimarbeiterkongressen wiederholt der breitesten Oeffentlichkeit vorgeführt wurde. Die Regierung kann sich nicht damit entschuldigen, daß sie über die Mißstände nicht genügend aufgeklärt worden sei. Aber es scheint, daß sie gegen das grauenhafte Elend der Heimarbeit nichts tun will. Für die Fabrikbetriebe ist z. B. die Beschäftigung von Kindern verboten. In der Heimarbeit aber besteht nach wie vor die Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft. Gewerbeinspektoren und Lehrer haben mehrfach die Gefahren der Heimarbeit hervorgehoben. Es muß endlich etwas Durchgreifendes hier geschehen. Der Redner nimmt wiederholt Bezug auf die besonders schlechten Verhältnisse der Heimarbeit im Tabakgewerbe. Man muß auch auf den Wohltätigkeitsrummel der Kornblumen- und Margueritentage verweisen. Auf der einen Seite veranstaltet man solche Tage und will wohltun, auf der andern Seite aber fördert man die denkbar schändlichste Ausbeutung des Volkes. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist festgestellt, daß unsere Blumenarbeiterinnen für das Gros 7 bis 10 ₰ erhalten und daß sie mit Stundenlöhnen von 3 bis 5 ₰ vorlieb nehmen müssen. (Hört! hört! — Bewegung; Pfuirufe.) Wir erklären von dieser Stelle, daß wir mit einer solchen Wohltätigkeit nichts zu tun haben wollen (Beifall), daß wir ein Eingreifen von Staat und Gesetzgebung verlangen und Zustände schaffen wollen, in denen wir eine solche Wohltätigkeit nicht mehr gebrauchen. (Wiederholter Beifall.) Besonders schlimm liegen die Dinge im Königreich Sachsen. 36 pZt. aller Heimarbeiterinnen fallen auf Sachsen und werden hier auf das unmenschlichste ausgebeutet. Da ist es zu verstehen, weshalb sich gerade die sächsischen Industriellen gegen die Heimarbeiterausstellung der Gewerkschaften auf der Internationalen Hygieneausstellung gewehrt haben. (Sehr richtig!) Wir verlangen das völlige Verbot der Heimarbeit für die Nahrungs- und Genußmittelbranche. Wir verlangen einen möglichst weitgehenden wirtschaftlichen Schutz unserer Heimarbeiter. Sanitäre Vorschriften reichen nicht aus. Sie werden einfach häufig nicht befolgt. Die Arbeitskammern müssen vielmehr Spezialämter einrichten, die in die Heimarbeitsverhältnisse einzugreifen und menschenwürdige Mindestlöhne festzusetzen hätten. Wir verlangen weiter das Verbot der Kinderarbeit auch in der Heimarbeit, am liebsten das generelle Verbot der Beschäftigung für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre. Der Erlaß sanitärer Vorschriften darf nicht in das freie Ermessen der Behörden gestellt, sondern muß überall obligatorisch gemacht werden. Die Hauptsache ist ein schnelleres Tempo im gesetzlichen Heimarbeiterschutz. Es scheint, als ob die Regierung nicht gern an eine gesetzliche Regelung dieser Materie herangeht. Freilich, wenn es sich um die angeblich notleidende Junkerkaste handeln würde, dann würde schon eine kleine Kundgebung in Ostelbien der Regierung Befehl sein. Aber Millionen von Heimarbeitern finden kein Gehör. Erst wenn sie sich zu mächtigen Organisationen zusammengeschlossen haben, dann werden sie auch Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen und gleichzeitig fähig werden, sich mit dem Unternehmertum in ernsten Kämpfen zu messen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Sinn-Berlin (Blumenarbeiter): Der Blumentagrummel hat zu einer Verschlechterung der Lage der Blumenarbeiterinnen geführt. Der Gedanke, bei den Blumentagen Geld aus der breiten Masse herauszuholen, weil sich aus den Reichen für Wohltätigkeitszwecke nichts herausschinden läßt, ist im Sinne der Veranstalter nicht übel. So sind denn Kornblumentage für Veteranen veranstaltet worden, weil die öffentlichen Mittel für die alten Krieger nicht ausreichen, und auch für Mutter und Kind ist gesammelt worden, weil Staat und Regierung für sie nichts übrig haben. Aber die Blumentage haben auch dazu dienen müssen, für Verschönerungsvereine Gelder zu schaffen, oder, wie es im Vogtland geschehen ist, für den Bau eines Museums. Es kommt genug Geld zusammen; in Württemberg hat der Nelkentag ℳ 450 000 ergeben, in Leipzig der Margueritentag ℳ 160 000. Im ganzen kann man rechnen, daß etwa 2 Millionen Mark in Deutschland durch Blumentage zusammengebracht worden sind. Das Schlimme ist nur, daß ein Teil des Ertrages auf Grund der unglaublich niederen Löhne der Blumenarbeiterinnen zusammenkommt. Der Verkaufspreis für das Gros Margueriten betrug früher 90 ₰. Die Veranstalter der Blumentage sagten zum Fabrikanten: Sie müssen auch etwas für die Wohltätigkeit tun und billiger liefern. Der erste verzichtete vielleicht auf seinen Profit und lieferte das Gros für 60 ₰. Aber nun wurde dieser Preis überall geboten, und als erst die großen Lieferungen für Berlin und Leipzig kamen, wo es sich um 2 bis 8 Millionen Gros Blumen handelte, wurden die Preise noch mehr gedrückt und betragen jetzt für Papiermargueriten 42 ₰ und für Satinmargueriten 52 bis 53 ₰ für das Gros. Die Fabrikanten wollten aber trotzdem verdienen, und so schlugen sie die Differenz heraus durch unglaubliche Herabsetzung der Löhne. Für ein Gros Kornblumen wurden früher 30 ₰ den Arbeiterinnen bezahlt, in den Heimarbeitsgebieten 25 ₰. Jetzt werden für Kornblumen 7 ₰ bezahlt. Nun stelle man sich einmal vor, 144 Kornblumen werden gepreßt geliefert, die Schläge müssen auseinandergenommen, die Blume gerichtet und der Stiel mit Papier bewickelt werden, und dafür gibt es 7 ₰. Redner erinnert an die Schilderungen des Berichterstatters der „Germania". Auch in der Fabrikblumenindustrie sind die Preise von 4 auf 3 ₰ für das Gros gesunken, und es steht zu befürchten, daß die Blumenindustriellen in Zukunft auch für bessere Sachen nicht mehr bezahlen wollen. In einer bekannten Fabrik im Plauenschen Grunde verdient eine Arbeiterin bei zehnstündiger intensiver Arbeit 49 ₰, das macht in der Woche ℳ 3,50 nach den Abzügen aus. Bei dem großen Bedarf an Blumen suchen die Fabrikanten beständig neue Arbeitskräfte heranzuziehen. So sucht man die Herstellung der Blumen tief ins Erzgebirge zu tragen. Die neuen Arbeitskräfte aber werden zu einer Konkurrenz der jetzt beschäftigten. In Dresden ist eine Firma bereit, die Herstellung von Blumen gegen ein Lehrgeld von ℳ 3,50 zu lehren, der Kursus dauert einen halben Tag. (Hört! hört!) Die Firma verpflichtet sich dann, den Schülern so viel Arbeit nach Hause zu geben, wie sie nur wollen. Hauptsächlich sind es Mädchen aus bürgerlichen Kreisen, die auf solche Annoncen hineinfallen. Die Arbeiterschaft hat absolut kein Interesse an den Blumentagen. (Lebhafter Beifall.)

Zietzsch-Charlottenburg (Porzellanarbeiter): Im Hausarbeitsgesetz ist nicht daran gedacht worden, einen Musterschutz für die Heimarbeiter zu schaffen und dafür zu sorgen, daß sie in der Zeit, wo sie die Muster machen, wenigstens so bezahlt werden, daß sie leben können. Die Heimarbeiter gelten den Unternehmern als selbständige Arbeiter. Sie stellen die Muster auf eigenes Risiko her, und der Aufwand von Zeit, Intelligenz und Erfindungsgabe und Arbeit wird ihnen vom Unternehmer nicht erstattet. Sie haben absolut keinen Anspruch darauf, daß die Muster, die der Fabrikant wählt, nun auch von ihnen hergestellt und daß sie für die Zeit der Musteraufstellung entsprechend entlohnt werden. Betroffen werden hiervon hauptsächlich die Glasarbeiter, die Porzellanarbeiter, die Spielwarenarbeiter und die Korbwarenarbeiter. Sie müssen außerhalb der Saison geschmackvolle, ins Auge fallende Muster erfinden, und sie bekommen diese Muster nicht besonders bezahlt, sondern im Massenpreis der Gesamtlieferung. Dabei haben die Fabrikanten aber nicht einmal die Verpflichtung, dem Heimarbeiter, der die Muster ersonnen hat, die Ausführung in Auftrag zu geben. Er gibt sie vielmehr dem Billigsten. (Hört! hört!) Formell gehört die Frage vielleicht ins Patent- und Musterschutzgesetz hinein, aber sie kann auch ruhig in die Gewerbeschutzgesetzgebung kommen; denn diese ist an sich schon ein wüstes Durcheinander. Aus weiten Kreisen der Heimarbeiter ist der Wunsch nach diesem Musterschutz laut geworden. Jedenfalls muß ihnen das Gesetz hier einen größeren Schutz gewähren. (Lebhafter Beifall.)

Stühmer-Berlin (Schneider): Als 1896 der große Konfektionsarbeiterstreik in Berlin war, taten sämtliche Parteien so, als müsse absolut und sofort gegen die Mißstände in der Konfektion etwas unternommen werden. Aber geschehen ist seit dieser Zeit noch gar nichts, oder das, was geschehen ist, hat nicht viel geändert. Die Vorschrift wegen der Lohnbücher ist wenig durchgeführt, sie scheiterte am Widerstand der Unternehmer. Genau so steht es mit der Errichtung von Lohnämtern. Die Fabrikanten der Wäscheindustrie und der Herren- und Damenkonfektion haben durch die Handelskammern Beziehungen zu den gesetzgebenden und regierenden Körperschaften und wissen sehr gut zu verhindern, daß etwas geschieht. Es ist einfach lächerlich, wenn sie behaupten, daß die Industrie zugrunde gehen müsse, wenn die Gesetzgebung eingreife. Kleider und Hemden und Unterröcke werden getragen und angeschafft werden, auch wenn durch Gesetz die Ausbeutung etwas eingeschränkt wird. (Sehr richtig!) Die Unternehmer tun so, als ob sie nur für den schlechtbezahlten Heimarbeiter sorgen, damit er überhaupt etwas verdiene und nicht verhungere, und die schüchterne, unwissende Arbeiterschaft der Heimindustrie glaubt ihnen das. Deshalb ist sie so apathisch und steht den Organisationsbestrebungen teilweise ablehnend gegenüber. Nach fünfzehnjähriger Erfahrung setzen wir wirklich keine große Hoffnung auf die Gesetzgebung mehr. Wir sagen heute: Wenn es möglich wäre, die Heimarbeiter gewerkschaftlich zu erfassen, dann müßte es auch möglich sein, für sie auf gewerkschaftlichem Wege etwas zu erringen. Es steht in der Heimindustrie nicht absolut so, daß der Unternehmer dem Arbeiter jeden Lohn aufdrängen kann. Jetzt aber geschieht es, wie sie eben gehört haben, daß selbst die Zeiten der Hochkonjunktur in der Blumenindustrie zu arger Lohndrückerei führen. Das war aber nur möglich, weil die Arbeiterinnen den Lohndrückern keinen Widerstand entgegengesetzt haben, weil sie doch so gut wie ganz ohne Organisation sind. Es ist schwer, die Arbeiterinnen gewerkschaftlich zu erfassen, zu erfahren, wo sie sind. Auch steht die übrige Arbeiterschaft der Organisation der Heimarbeiterinnen noch viel zu gleichgültig gegenüber. (Sehr richtig!) Die Arbeitskräfte der Heimindustrie leben doch nicht isoliert, sie hängen doch mit der übrigen Arbeiterschaft zusammen. Vater und Bruder müssen die Arbeiterin aufklären und ihr sagen, daß sie besseren Lohn erhält, wenn sie sich zusammentun. Schließlich sind die Heimarbeiterinnen doch alle Frauen und Töchter aus Arbeiterfamilien. Es sind nicht nur Beamtentöchter, es sind Arbeiterfrauen und Arbeitertöchter, die es sich ruhig gefallen lassen, wenn der Lohn um 50 pZt. herabgesetzt wird. (Sehr richtig!) 15 Jahre lang appellieren nun die Heimarbeiterinnen an das allgemeine Mitleid, und es nützt nichts. Auch hier heißt es: Bist du Gottes Sohn, so hilf Dir selbst und sei dein eigener Arzt. (Lebhafter Beifall.) Der organisierte Arbeiter darf seine Frau nicht für jeden Lohn arbeiten lassen, er darf nicht dulden, daß die Frau bis 12 Uhr nachts an der Maschine sitzt. (Lebhafte Zustimmung.) Der Trotz gegen die Ausbeutung, den die Arbeiter längst haben, muß auch in der Heimarbeiterin geweckt werden. Wenn sie nur ans Mitleid der Menschheit apelliert hat, dann gibt ihr kein Teufel etwas darauf. Es ist Sache der gesamten Arbeiterschaft, hier aufklärend zu wirken und die Organisation der Heimarbeiterinnen zu fördern. (Lebhafter Beifall.)

Wolfram-Gelenau (Textilarbeiter): Auch in der Textilindustrie grassiert die Kinderausbeutung. In keinem Bezirk, vielleicht abgesehen vom schlesischen Weberbezirke, ist das Heimarbeiterelend so groß wie bei uns im Erzgebirge. Leider unterstützen auch die Frauen organisierter Maurer und Bauhandwerker die Heimarbeit, ja sie beschäftigen auch ihre Kinder mit. Wir sollten unsern Worten endlich auch Taten folgen lassen. Die Agitation darf auch vor der Familie nicht Halt machen.

Gerlitzke-Dresden (Holzarbeiter) schildert das Elend in der erzgebirgischen Spielwarenindustrie. Alle Versuche des Holzarbeiterverbandes, diese Heimarbeiterschaft zu organisieren, scheiterten, weil die Entlohnung so elend ist, daß auch der niedrigste Beitrag noch zu hoch ist. Daher sind wir dazu übergegangen, auf Ausstellungen das ganze Elend der Heimarbeit der breitesten Oeffentlichkeit vorzuführen. Man hat im Reichstage die Richtigkeit unserer Angaben über die Heimarbeitslöhne bezweifelt. Ich habe dem Genossen Robert Schmidt daraufhin geschrieben, daß ich zu Führungen durch das Erzgebirge bereit wäre, die die Richtigkeit unserer Zahlen beweisen würden. Aber man ist darauf nicht eingegangen, vielmehr hat Dr. Stresemann als Syndikus des Bundes Sächsischer Industrieller erklärt, daß auf der Hygiene-Ausstellung nichts gezeigt werden dürfte. Kein organisierter Arbeiter sollte sein Kind mehr der Heimarbeit zuführen, so daß sie langsam aussterben würde. (Beifall.)

Wenzel-Dresden (Tabakarbeiter): An der Beseitigung der Heimarbeit in der Tabakindustrie haben die Arbeiter auch als Konsumenten ein Interesse. Die Arbeiter, die doch fast ausschließlich den in der Heimindustrie hergestellten Tabak konsumieren, wissen gar nicht, wie gefährlich die Heimarbeit für die Herstellung solcher Genußmittel ist. Die Löhne sind erbärmlich und die Wohnungszustände daher gleichfalls erbärmlich. In engen Räumen, angefüllt mit lungenkranken Menschen, wird gearbeitet, gekocht und geschlafen. Das sind natürlich unerträgliche Zustände. Dieses Elend ist durch die Reichsfinanzreform noch vergrößert worden. Nur machtvolle Organisationen können unsern Forderungen zur Durchführung verhelfen.

Riendorf-Bremen (Tabakarbeiter): Zwei Wege stehen uns offen: Gesetzgebung und Selbsthilfe. Da von der Gesetzgebung nichts zu erwarten ist, müssen wir selbst Hand anlegen. Sollen aber die Vereinbarungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine einen Erfolg haben, so muß die gesamte Arbeiterschaft Beistand leisten. Es handelt sich hier um ein gewaltiges Stück Kulturarbeit der deutschen Gewerkschaften. Wenn die Verhältnisse in der Heimarbeit das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen hätten, warum dann der Widerstand der Unternehmer gegen die Beteiligung der Gewerkschaften an der Hygiene-Ausstellung? (Sehr gut!)

Stein-Nürnberg (Holzarbeiter): kritisiert die vom Standpunkt der Unternehmer gegebene Darstellung der oberfränkischen Handelskammer über die Lage der Korbmacher. Die Kammer hat sich sogar herausgenommen, von einem Wohlstand der Heimarbeiter in der Korbwarenindustrie zu sprechen. (Hört! hört!)

Blum-Berlin (Sattler): Was unsere Resolution fordert, ist ohne weiteres durchführbar. Wir haben sie wenigstens in neuester Zeit in einem Tarifvertrag durchgesetzt. Was tariflich auf Grund der Macht der Organisation möglich ist, sollte auch gesetzgeberisch möglich sein.

Pattberg-Elberfeld (Textilarbeiter): Im bergischen Land geht die Heimarbeit glücklicherweise dauernd zurück. Wenn die Gesetzgebung den Heimarbeitern nur das bringen würde, was die Fabrikarbeiter heute haben, dann wäre schon viel geholfen.

Arnswald-Oberhausen (Bergarbeiter): In Rheinland-Westfalen kümmert sich die Arbeiterschaft noch immer zu wenig um das Heimarbeiterelend. Es wäre endlich an der Zeit, auf diesem Gebiet einmal etwas Außerordentliches zu leisten, um die Aufklärung in die weitesten Kreise zu tragen. Auch in Lichtbildern sollte man die Schäden der Heimarbeit aller Welt vor Augen führen. Es muß alles geschehen, um dem Unwesen der Heimarbeit ein Ende zu machen.

Damit schließt die Debatte.

Deichmann nimmt das Schlußwort. Er stellt die Einmütigkeit des Kongresses fest in der Verurteilung des Heimarbeiterelends und erhebt Protest gegen die stiefmütterliche Behandlung der Heimarbeiter in der Reichsversicherungsordnung. Wo der Organisationsgedanke bei den Heimarbeitern Einzug gehalten hat, da haben wir auch ohne Gesetzgebung dieser Arbeiterkategorie zu besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen verhelfen können. (Beifall.)

In der Abstimmung werden die Resolution Deichmann und folgender Antrag Sabbath einstimmig angenommen:

> Der organisierten Arbeiterschaft macht der Kongreß es zur Pflicht, die Bestrebungen zum Organisieren der Heimarbeiter nach besten Kräften zu unterstützen und vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß ihre gewerblich tätigen weiblichen Familienangehörigen sich ihren Berufsorganisationen anschließen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung lautet:

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Der Referent, Robert Schmidt-Berlin, legt hierzu folgende Resolution vor:

> Die Arbeiterschutzgesetzgebung hat in allen von der kapitalistischen Produktionsweise beherrschten Staaten mit einem zähen Widerstand großer Interessengruppen der organisierten und kartellierten Unternehmer zu rechnen. Das organisierte Unternehmertum ist stets bestrebt gewesen, den Einfluß der Arbeiterschaft auf die Gesetzgebung auszuschalten, und die Scharfmacher in diesem Streit haben wiederholt die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch Ausnahmegesetze und drakonische Polizeimaßnahmen gefordert.
>
> Wenn der Sozialpolitik trotzdem nicht gänzlich Einhalt geboten werden konnte, so ist dies dem regen Eifer zu verdanken, mit dem die Arbeiterbewegung die Schäden der kaiptalistischen Produktionsweise darlegte und im Hinweis auf ein schweres Anklagematerial den Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter forderte.
>
> Die Gewerkschaftsbewegung ist berufen, den Kampf gegen diese politisch und wirtschaftlich reaktionären Tendenzen zu führen, sie wird diesen unheilvollen Einfluß um so mehr zurückdrängen können, je mehr die Arbeiterschaft in der Organisation zum Ausdruck bringt, daß sie die ihr drohenden Gefahren erkannt hat und gesonnen ist, die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung zu erringen.
>
> Der Gewerkschaftskongreß kann in der soeben im Reichstag verabschiedeten Reichsversicherungsordnung keine den Anforderungen der Arbeiter entsprechende Reform der Arbeiterversicherung erkennen.
>
> Der Kongreß verurteilt auf das entschiedenste die Beeinträchtigung der Rechte der Arbeiter in der Krankenversicherung, das Weiterbestehen der Betriebs-, Innungs- und Sonderkassen, die ungenügende Fürsorge für die Landarbeiter, die Benachteiligung der Ausländer, die vollständige Ausschaltung der Selbstverwaltung in den Landkrankenkassen, das Fehlen einer Mutterschaftsversicherung, die Begrenzung der Versicherungspflicht für Privatangestellte, die ungenügende Entschädigung bei Betriebsunfällen, das Ausscheiden zahlreicher Arbeiter aus der Unfallversicherung, die Verschlechterung des Verfahrens, die niederen Invaliden- und Altersrenten, die Verweigerung der Altersrenten bei Vollendung des 65. Lebensjahres, den Ausschluß der Heimarbeiter aus der Invalidenversicherung und das Herabdrücken der Witwen- und Waisenrenten auf gänzlich unzulängliche Beträge.
>
> Der dem Reichstag unterbreitete Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Versicherung der Privatangestellten, bringt abermals eine Zersplitterung in der Arbeiterversicherung, die nicht zum Vorteil der Versicherten dienen kann. Die Begünstigungen der Werkspensionskassen ist ein großer Mangel des Gesetzes, nicht minder die unbedeutenden Leistungen, verbunden mit sehr langen Karenzzeiten.
>
> Der Kongreß bedauert, daß die sozialpolitischen Gesetze, die dem Reichstag vorlagen, nicht mehr zur Verabschiedung gelangten. Die Regelung der Heimarbeit entspricht einem unabweisbaren Bedürfnis, eine umfassende Aenderung der Gewerbeordnung erscheint geradezu unaufschiebbar und eine Erledigung des Arbeitskammergesetzes in einer den Ansprüchen der Arbeiter gerecht werdenden Fassung ist dringend geboten.
>
> Der Kongreß erachtet den Einwand aus Unternehmerkreisen, die Industrie werde bei weiteren Ansprüchen auf dem Gebiete der Sozialpolitik ihre Konkurrenzfähigkeit einbüßen, als unbegründet.
>
> Die finanzielle Belastung durch die Arbeiterversicherung ist, auf den Preis des Produkts berechnet, gering und wird weit überholt durch die höheren Löhne in den Staaten, die als hauptsächlichste Konkurrenten für die deutsche Industrie in Betracht kommen; abgesehen davon, daß die Arbeiterversicherung im Ausland immer mehr Eingang gefunden hat und damit der ausländischen Industrie ähnliche Verpflichtungen auferlegt werden.
>
> Eine Begrenzung der Ausbeutung der Arbeitskraft durch die Einführung eines Maximalarbeitstages, Verbot der Kinderabeit, Schutz der Arbeiterinnen kann die Leistungsfähigkeit einer Industrie nicht herabdrücken, sondern gibt ihr leistungsfähige, intelligente Arbeitskräfte.
>
> Die Arbeiterbewegung, die sich der Erfüllung ernster sozialpolitischer Aufgaben widmet, ist mithin ein bedeutsames Mittel für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse."

Zur Begründung führt der Referent aus: War das vorige Jahrhundert das des Dampfes, so wird man das neue Jahrhundert das der Elektrizität nennen müssen. Gewaltige Umwälzungen auf allen Gebieten vollziehen sich. Selbst vor Küche und Haus macht die Revolution nicht Halt. Eine künftige Gesellschaft wird sich in weitestgehendem Maße der Elektrizität selbst in der Küche bedienen. Es wird gar nicht bis zum Jahre 2000 dauern, bis Bellamys Schilderungen sich bewahrheiten werden. Welches wird nun der Anteil der Arbeit in dieser gewaltigen technischen Entwicklung sein? Wird sie nicht zu kurz kommen, wird die Abhängigkeit des Arbeiters nicht zu groß werden, wenn das Kapital sich immer mehr konzentriert, wenn immer mehr nur der Großbetrieb sich als konkurrenzfähig erweist? Die Zahl der Alleinbetriebe in der Industrie ist, was die neue Berufszählung uns lehrt, von 1 237 349 auf 994 743 gesunken. Und die Mittelbetriebe haben zwar um 16 pZt. zugenommen, die Bevölkerung aber um 19,22 pZt. Dagegen ist die Zahl der Großbetriebe mit mehr als 50 Arbeitern von 17 941 gestiegen auf 29 033, also um mehr als 61 pZt. Noch drastischer wird diese Entwicklung beleuchtet, wenn man die Zahl der beschäftigten Arbeiter heranzieht. 1882 waren in den Betrieben bis zu 50 Arbeitern 73,8 pZt. der Arbeiter beschäftigt. 1907 war diese Zahl gesunken auf 54,5 pZt. (Hört! hört!) Und die Zahl der in Großbetrieben beschäftigten Arbeiter stieg von 26 pZt. im Jahre 1882 auf 45,5 pZt. im Jahre 1907. Zugenommen hat auch die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte, und zwar vor allem in der Landwirtschaft. Diese Entwicklung illustriert treffend das an höchster Stelle gefallene Wort: Die Frau gehört ins Haus. In der Landwirtschaft beträgt die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte 38 pZt. der männlichen und 90 ptZ. der weiblichen Arbeiter. Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft stieg von 1 558 939 auf 2 973 040. Noch eins lehrt uns diese gewaltige Entwicklung, nämlich daß keine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich ist ohne eine gewerkschaftliche Organisation. In der Landwirtschaft fehlt die Organisation, und wir sehen, wie da auf möglichst billige Arbeitskräfte zurückgegriffen wird, auf Kräfte, die in die Industrie nicht hineingelangen können. Wie töricht ist es, zu glauben, daß die Sozialpolitik ein Geschenk des wohlwollenden Unternehmertums ist. Die Sozialpolitik muß erzwungen und abgetrotzt werden im zähen Kampfe der Organisationen und freiwillig wird nichts gewährt und nichts gegeben. (Lebhafte Zustimmung.) Ohne Organisation kein sozialpolitischer Fortschritt! (Beifall.) Auch in der Industrie sehen wir eine Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte. Sie ist allerdings nicht so gewaltig, wie in der Landwirtschaft, beträgt aber immerhin noch 34 pZt. Anders liegen die Dinge schon bei Handel und Verkehr. Hier gibt das Handelsgewerbe mit seiner starken Ausnutzung weiblicher Arbeitskräfte den Ausschlag und erhöht den Prozentsatz auf 70. So werden die Frauen aus der Familie herausgerissen und teilweise mit ihren Kindern in den Dienst der Arbeit gestellt.

Zu dieser wirtschaftlichen Entwicklung nehmen die Arbeiter Stellung als Produzenten und Konsumenten. Als Produzenten sehen sie in der Gewerkschaft den Rückhalt, der ihnen Kraft und Ausdauer gibt, der sie stählt zum Widerstand gegen das Kapital.

---

*) Die sozialdemokratische Partei- und auch die Gewerkschaftspresse haben schon zu einer Zeit den Kampf gegen die Ausbeutung der Arbeiter durch gewisse Versicherungsgesellschaften geführt, wo diese Geschäftsunternehmungen in den Augen mancher Partei- und Gewerkschaftsgenossen noch als segensreiche soziale Institutionen galten und wo es noch niemand auf Arbeiterkongressen einfiel, auch nur die beiläufige Aufwerfung eines prinzipiellen Einwandes gegen irgendeinen Vorschlag mit Heiterkeit zu begrüßen. Wer die langen Jahre hindurch diesen Kampf der Arbeiterpresse einigermaßen verfolgt hat, kann kaum den Eindruck gewinnen, daß diese Presse sich aus prinzipiellen Gründen dagegen wenden wird, wenn endlich einmal ein ernster Versuch gemacht werden soll, der Ausbeutung durch gewisse Versicherungsgeschäfte das Handwerk zu legen. Die Arbeiterpresse wird sicher gern bereit sein, an dem geplanten Werke mitzuarbeiten, und sie kann nur lebhaft wünschen, daß die ja nicht ausbleibenden Schwierigkeiten praktischer Natur, die sich dem Unternehmen entgegenstellen, siegreich überwunden werden.

Redaktion des „Hamb. Echo".

Als Konsumenten sind die Arbeiter stark interessiert an den gewaltigen und einflußreichen wirtschaftlichen Gebilden, wie es die Kartelle, Syndikate, das in wenigen Großbanken konzentrierte Finanzkapital darstellen, diese fein ausgedachten und fein organisierten Unternehmungen der modernen kapitalistischen Produktionsweise. Der alte manchesterliche Standpunkt, daß Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen, ist überholt und diese neuen Organisationen diktieren die Preise und schröpfen den Konsumenten. Nur vermöge dieser gewaltigen wirtschaftlichen Organisationen kann man dauernd im Inlande die Preise hochhalten, während man nach dem Auslande billig verschleudert. Preissteigernd wirkt auch das Hineindrängen des unproduktiven Spekulationskapitals. In dem Augenblick, wo sich dieses reine Spekulationskapital vermehrt, wo große Teile des Vermögens von Aktiengesellschaften angelegt sind in Aktienbesitz, der aus Spekulationszwecken heraus eine möglichst hohe Zinsrate aus dem Unternehmen herausziehen möchte, muß naturgemäß der Preis in die Höhe gehen. Wie falsch ist angesichts dieser Verhältnisse die immer wiederkehrende Behauptung, daß die Löhne der Arbeiter die preissteigernden Faktoren wären! Was muß die Arbeiterschaft allein an solchen Verzinsungen hervorbringen! Erst kürzlich wurde veröffentlicht, daß eine internationale Bohrgesellschaft eine Dividende von 500 pZt. verteilt hat. So wird mit den nationalen Schätzen umgegangen, so wird mit Kohle, Eisen und Erzen, die eigentlich der Nation gehörten, aus Spekulationsneigungen ein kapitalistischer Wucher getrieben. Als Konsumenten müssen wir dann die Produkte teuer bezahlen. Am deutlichsten zeigt sich diese Entwicklung beim Bergbau. Die Zechen, die nicht mehr die ganz großen Gewinne abwerfen, werden, obwohl sie an sich noch ganz lukrativ sind, stille gelegt, um erst die für die Produktion ergiebigeren Zechen in Angriff zu nehmen. Die Kapitalisten sagen einfach: nach uns die Sintflut, nach uns mögen andere kommen, die wieder die Konsumenten schröpfen, und die wieder einen möglichst hohen Preis für ihre Produkte herausschlagen. Wir sehen, das dieses Spekulationskapital auch in der Landwirtschaft tätig ist, wir sehen, daß sich auch dort die Grundrente bei jedem Verkauf und bei jeder Vererbung erhöht, daß deshalb auch die Hypothekenschulden steigen, und daß von 20 Jahren zu 20 Jahren immer eine neue Not der Landwirtschaft verkündet wird. Nun können wir diese Entwicklung nicht beseitigen. Aber wir können sie mildern. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um ihre Wirkungen möglichst abzuschwächen. Wenn wir für eine Verbilligung der Ware eintreten, dann bedeutet das eine Ausdehnung des Konsums und eine Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen. Heute ist die Stellung des Konsumenten eine außerordentlich ungünstige. Er steht dem koalierten Unternehmertum mit seiner gewaltigen Machtentfaltung als einzelner wehrlos gegenüber. Nur die Organisation kann hier helfen. Das haben die Unternehmer auch eingesehen und Herr Bueck war es, der auf der Jubiläumstagung des Zentralverbandes deutscher Industrieller es als die Aufgabe dieses Verbandes bezeichnete, die Gewerkschaften zu vernichten. (Hört! hört!) Das ist der offene Standpunkt dieses extremen Unternehmers, der aus seinem Herzen keine Mördergrube macht. Alle Unternehmervereinigungen bis zur kleinsten Innung herab sollen eine geschlossene Phalanx gegenüber der vordrängenden Arbeiterschaft sein. Liegt nun ein Grund vor, zaghaft beiseite zu stehen und vor dieser Macht in die Knie zu sinken? Einer unserer Kritiker hat freilich gemeint, daß in der künftigen Periode die Kartelle und die Unternehmerorganisationen triumphieren würden. Ich teile diese Auffassung nicht, bin vielmehr der Meinung, daß auch unsere Kräfte wachsen werden. (Zustimmung.) Das wirtschaftliche Leben wird immer komplizierter. Jeder Streik schlägt heute tiefere Wunden als vor 10 oder 15 Jahren. (Sehr richtig!) Tiefere Wunden nicht für die Arbeiterschaft, denn wir sind nicht mehr wie vor 15 Jahren ohne Mittel, wohl aber tiefere Wunden für die Unternehmer. (Sehr richtig!) So gewaltig die Schwereisenindustrie dastehen mag mit ihrer raffinierten Organisation der Pensionskassen, die die Arbeiter gefügig machen sollen, sie sind doch keine unerschütterliche Macht. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo eines Tages auch der Zentralverband deutscher Industrieller wird sagen müssen, daß er Tarifverträge anerkennt, daß es ohne Tarifverträge einfach nicht mehr geht. (Sehr richtig!) Es wäre traurig, wenn wir Gewerkschaftler glaubten, ständig zur Ohnmacht dem Kapital gegenüber verurteilt zu sein. Ich unterschätze die Macht des Unternehmertums nicht, alle Vorteile der Gesetzgebung sind auf seiner Seite: sein politischer Einfluß, die wirtschaftliche Entwicklung dient ihm. Aber ich vertraue auf die Entwicklung unserer Organisation für den weiteren Aufstieg der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.) Nur kein Verzagen! Wir haben nicht darzulegen, wie das Elend zu Elend wird, sondern wir müssen auf gewerkschaftlichem Gebiete zeigen, welche Erfolge wir erreicht haben und noch erringen können. Das wird unsere Organisation stärken, und die noch Fernstehenden heranziehen.

In der Regelung der Arbeitszeit hat die Gewerkschaftsbewegung eine Aufgabe erfüllt, die eigentlich Sache der Gesetzgebung hätte sein sollen. Welch unendliche Arbeit hat es gekostet, den Zehnstundentag für die Frauen durchzuführen. Als wir in der Kommission den Zehnstundentag auch für die männlichen Arbeiter forderten, sagte der damalige Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, man müsse warten, bis die Gewerkschaften ihn erreicht hätten, dann könne erst die Gesetzgebung nachkommen. In einer schwachen Stunde, wenn es gilt, unbequeme Forderungen abzuwehren, erkennt so auch die Regierung unsere Tätigkeit an. Wir betrachten es aber als die Aufgabe des Staates, dem wirtschaftlich Schwachen zu helfen und ihn nicht ausschließlich auf die Selbsthilfe zu verweisen. Je höher der Arbeiter entlohnt wird, um so schwerer fühlt er die Tage der Arbeitslosigkeit. Deshalb fordern wir eine weitere Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung, wobei nicht die ganze Last auf die Arbeiter abgewälzt werden darf, sondern die Allgemeinheit herangezogen werden müßte. Gegen die Preistreiberei aber muß sich der Arbeiter schützen durch die Organisation des Konsums. Auch hier stößt er bereits auf den Widerstand des Unternehmertums. Immer stärker setzt die Propaganda für die Besteuerung der Konsumvereine ein. Systematisch wird in der Gemeinde und im Staat den Beamten verboten, selbst nur ihre Frauen zu Mitgliedern eines Konsumvereins werden zu lassen. Man tut so, als wenn ein Recht darauf bestände, aus Staatsraison die Beamten zu zwingen, teurer zu kaufen. Dies Vorgehen ist um so unberechtigter, als die letzte Regulierung der Beamtengehälter außerordentlich unzulänglich ausgefallen ist. Dabei sind die Lebensmittelpreise riesig gestiegen: so der Roggen in den letzten 25 Jahren um 25 pZt., der Weizen um 45 pZt., die Kartoffeln um 55 pZt., das Fleisch im Durchschnitt um 25 pZt. Nur der Zucker ist heute um 54 pZt. billiger als früher, weil hier mit der Mißwirtschaft der Exportprämien aufgeräumt werden mußte, als die andern Staaten sich die unsaubere und unsolide Konkurrenz des deutschen Zuckers nicht länger auf ihren Märkten gefallen ließen. Da hat sich bestätigt, daß durch billige Preise der Absatzmarkt im Innern bedeutend erweitert werden kann. Auch die Industrieprodukte sind im Preis gestiegen. Der Eisenpreis ist in den letzten 25 Jahren allerdings stehen geblieben; aber die Verbilligung der Produktion durch die Fortschritte der Technik ist nicht zum Ausdruck gekommen. Blei hat um 15 pZt., Kupfer um 28 pZt., Zink um 73 pZt., Zinn um 54 pZt. angezogen, die Steinkohlen aber sind um 107 pZt. teurer geworden. (Hört! hört!) In der letzten Zahl zeigt sich der Einfluß der Preispolitik des Kohlenkartells besonders deutlich.

Betrachten wir jetzt die Stellung des Arbeiters als Produzenten. Immer mehr wächst die Unsicherheit in der Dauer der Erwerbsstelle. Wir haben Saisongewerbe mit Hunderttausenden von Arbeitern, die monatelang feiern müssen. Dazu kommt die Innenwanderung des Arbeiters aus der einen Industrie in die andere oder aus dem einen Bezirk in den andern. Hunderttausende von Arbeitern werden verfrachtet und wie das Vieh verschachert. Der Landarbeiter im Osten verläßt Frau und Kinder und sucht bessere Produktionsgebiete auf. Uns wirft man die Zerstörung der Familie durch unsere Agitation vor und hier greift die industrielle Entwicklung roh und rücksichtslos in das Familienleben ein. Monatelang muß der Mann von seiner Familie, von seiner Scholle weg, die ihn nicht ernährt und so klein bemessen ist, daß wenigstens seine Frau sich in den Frondienst des Gutsherrn stellen muß. Jährlich kommt eine halbe Million Arbeiter aus dem Auslande herein, um an die Plätze zu treten, die die bedürfnislosen deutschen Arbeiter im Osten verlassen haben, sie sind noch bedürfnisloser. Ist es eine nationale Aufgabe, diese fremden Arbeiter hineinzunehmen, nur um den Lohn möglichst niedrig zu halten? Und diese Gesellschaft, die so verfährt, füllt ihre Säckel auf Kosten der Konsumenten durch ihre Preispolitik und ihre Zollgesetzgebung. (Lebhafte Zustimmung.) Dabei hätte sie Mittel genug, um Arbeiterverhältnisse auf dem Lande zu schaffen, die erträglich werden.

Die soziale Gesetzgebung soll die Arbeiterschaft hüten vor den besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit, sie soll die Arbeitszeit beschränken besonders da, wo diese Beschränkung nicht durch die Organisation herbeigeführt werden kann, sie soll den Schutz von Frau und Kind bringen gegen die wüsten Ausschreitungen des Kapitalismus. Hier ist noch unendlich viel zu tun, hier gilt es noch die Gewissen zu schärfen. So sehr es uns unbefriedigt ließ, daß wir von der Hygiene-Ausstellung zurückgewiesen wurden, das muß doch jeder sagen, der auch nur einen Blick in die Ausstellung geworfen hat: diese Ausstellung ist doch ein Stück guten Anschauungsunterrichts über die Verwüstung der Arbeitskraft in der modernen Industrie. (Zustimmung.) Die Aufgabe einer Hygiene-Ausstellung soll ja nicht bloß sein, zu zeigen, welche Schutzmaßregeln die Technik bereits erfunden hat, nein, sie soll auch dokumentieren, was durch Verderb und Verwüstung, durch Tötung und Invalidisierung der Arbeitskraft an nationalem Reichtum verloren geht. Damit steht die Arbeiterversicherung in enger Verbindung. Sie soll die Wunden, die die Industrie schlägt, heilen, soweit sie zu heilen sind, sie soll den Schwachen, Kranken, Invaliden Linderung bringen. Hat die Sozialversicherung diese Aufgabe erfüllt? Das kann man nicht sagen, wenn man sich den letzten Abschluß dieser Gesetzgebung im Reichstage ansieht. Immer verschanzt sich die Industrie hinter der Behauptung, sie könne eine weitere Belastung nicht tragen. Ich bestreite das. Die Arbeiter haben sich nie geweigert, die nötigen Beiträge zu übernehmen, wenn die Gesamtorganisation der Arbeiterversicherung ihnen wirkliche Hilfe brachte. Ein bürgerlicher Sozialpolitiker, Dr. Ernst Kahn, hat in der „Frankfurter Ztg." berechnet, daß die Gesamtbelastung der Industrie etwa 6,75 pZt. des Lohnes beträgt. Dabei greift die Schätzung sicherlich noch zu weit nach oben. Es ist auch nicht richtig, daß höhere sozialpolitische Lasten die Konkurrenz der deutschen Industrie mit dem Ausland unterbinden würden. Das Ausland hat zum guten Teil auf diesem Gebiete schon Forderungen erfüllt, die wir bei uns noch immer erheben müssen. Schon hinkt die deutsche Gesetzgebung dem Auslande nach, das uns auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung in nicht zu ferner Zukunft ebenso überflügelt haben wird, wie es uns auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes bereits überflügelt hat. Vergessen wir nicht, daß im Ausland der Arbeiter bei Unfällen durch die allgemeine Gesetzgebung viel besser geschützt ist als bei uns. Zudem geht nur ein Fünftel unserer Gesamtproduktion ins Ausland. Auch das beweist, wie wenig ausschlaggebend der Hinweis auf die internationale Konkurrenz ist. Die Industrie kann höhere Belastung ohne jede Beeinträchtigung ertragen, aber es fehlt der gute Wille. Wir wären töricht, wenn wir den Wert der Arbeiterversicherung nicht anerkennen wollten. Bei aller Mangelhaftigkeit bietet sie eine gute Grundlage, aber sie muß ausgestaltet werden. Das wollten wir bei der Reichsversicherungsordnung. Wäre sie abgelehnt worden, so wäre die Regierung binnen kurzem zu einem besseren Reformwerk gezwungen gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Was bietet nun jetzt die Krankenversicherung? Bis auf die Dauer von 26 Wochen erhält der Arbeiter im Minimum die Hälfte des fingierten Lohnes, der heute auf M 4, künftig auf M 5 oder M 6 bemessen ist. Sie soll sich auch auf die Landarbeiter erstrecken. Aber hier ist die Bestimmung getroffen worden, daß diese bei den außerordentlich geringen Lohnsätzen im Winter nur die Hälfte des Krankengeldes erhalten sollen, das sie im Sommer bekommen. Nehmen wir an, der Mann hat M 1 Tagelohn, dann erhält er im Sommer 50 ₰ Krankengeld, im Winter aber nur 25 ₰. Warum diese Ausnahmestellung, für die es gar keinen andern Grund gibt, als den, der auch offen genannt worden ist: die Landarbeiter werden, weil sie im Winter keine Arbeit haben, so viel simulieren, daß deshalb das Krankengeld niedrig bemessen werden muß. Diese Simulationsriecherei, diese Verdächtigung einer Arbeiterschaft ist geradezu frivol, wenn sie von Leuten ausgeht, die mit 50 ₰ nicht einmal frühstücken gehen, geschweige eine ganze Familie damit ernähren. Dazu kommt die vollkommene Rechtlosigkeit der Ausländer. Ein ausländischer Arbeiter kann nicht einmal auf Grund des Haftpflichtgesetzes Ansprüche erheben. Soll uns das Herz höher schlagen für unsere herrliche Sozialpolitik, wenn der invalide Arbeiter im Durchschnitt M 174 im Jahre bekommt und wenn wir sehen, daß die Schwereisenindustrie Arbeiter über 40 Jahre überhaupt nicht mehr einstellt? Mit 40 Jahren ist der Arbeiter also verbraucht. Weg mit ihm zum verbrauchten Material und herein in die Betriebe neues junges Blut! Und nun die Krönung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung: die Hinterbliebenenversicherung mit ihren Jahresrenten von M 64 für die Witwe und M 32 für die Waise. Angesichts dieser Entrechtung der Arbeiter hat sich der Zentralrat der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine mit einer leisen Mißbilligung begnügt. Viel schlimmer aber ist das Verhalten der Christlichen. Sie haben überhaupt nicht protestiert, sondern erklärt, an diesem Punkt das Gesetz nicht scheitern lassen zu können. (Hört! hört!) Zwar in Köln auf dem Christlichen Gewerkschaftskongreß hat Herr Becker noch gefragt, ob es Zufall sei, daß die Beamten der Berufsgenossenschaften immer nur einer bestimmten Partei angehören. Und Herr Imbusch wandte sich unter stürmischem Beifall gegen die geplante Entrechtung der Krankenkassen. Im Reichstag aber haben die christlichen Arbeitervertreter alles mitgemacht. (Bewegung.) Wie soll ich die christlichen Gewerkschaften einschätzen, wenn auf ihrem nächsten Kongreß ebenfalls unter stürmischem Beifall das Gegenteil gesagt wird? Wenn die Junker für die Entrechtung der Landarbeiter in den neuen Landkassen eintraten, hatten sie von ihrem Standpunkt vielleicht recht. Arbeiter aber mußten sagen: hier gibt es kein Wenn und kein Aber, hier gibt es nur ein klares Nein. Mag man eine politische Ansicht haben, wie man will, hier mußten alle Arbeiter zusammenstehen. (Beifall.) Statt dessen haben sie sich den Agrariern in ihrer Fraktion löblich unterworfen. Es ist eine Unwahrhaftigkeit, wenn man auf den Kongressen Reden hält wie Becker und Imbusch, im Reichstag aber nicht seinen Mann steht. Es war ein Verbrechen gegen die ländliche Arbeiterschaft, daß die christlichen Arbeitervertreter der Einschränkung des Wöchnerinnenschutzes auf dem Lande zugestimmt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Arbeitervertreter hätten die Macht gehabt, denn das Zentrum kann ohne die christlichen Arbeiter nicht mehr auskommen. Konnte gegenüber solchen Verschlechterungen die sozialdemokratische Fraktion noch für die Reichsversicherungsordnung stimmen? Ich glaube, Sie werden uns keinen Vorwurf daraus machen, daß wir das Gesetz abgelehnt haben. (Beifall.)

Die Filiale Mainz des Tapeziererverbandes stellt nun folgenden Antrag: „In Erwägung, daß die nunmehr abgeschlossene Beratung der Reichsversicherungsordnung der gesamten dabei in Betracht kommenden arbeitenden Bevölkerung, von einigen Verbesserungen abgesehen, nur Verschlechterungen gebracht hat, und von der Notwendigkeit überzeugt, daß die Arbeiterschaft gerade bei dieser Gelegenheit ihre wahren Freunde kennen gelernt, beauftragt der Kongreß die Generalkommission, in Bälde ein Flugblatt herauszugeben, das für die Massenverbreitung bestimmt, sämtlichen Gewerkschaftszeitungen beizulegen ist und in dem in klarer Weise die Behandlung der Verbesserungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion in der Kommission und im Plenum seitens der Mehrheitsparteien dargestellt ist, sowie auch deren namentliche Abstimmung bei den wichtigsten Paragraphen und auch das Verhalten der sogenannten christlichen und nationalen Arbeiterführer gehörig an den Pranger gestellt werden."

Ich kann den Antragstellern erklären, daß eine solche Broschüre in Vorbereitung ist und im nächsten Monat zur Ausgabe gelangen wird. (Beifall.)

Ich komme zum Schluß. Mit der höheren technischen Entwicklung und der Ausdehnung des Großbetriebes nimmt das Tätigkeitsgebiet der Sozialpolitik an Umfang zu. Es entstehen neue Aufgaben, Leben und Gesundheit der Arbeiter dürfen nicht mehr der Gewinngier kapitalistischer Interessen überantwortet werden, das Recht der Arbeit muß zur Geltung kommen. In diesem Streben ist die Gewerkschaft berufen, Träger der Forderungen der Arbeiter zu sein, sie zu begründen und aus der Fachtechnik den Nachweis ihrer Berechtigung zu führen. Die deutsche Industrie wird damit nicht gelähmt und in ihrer Konkurrenz dem Auslande gegenüber nicht benachteiligt. Die Leistungsfähigkeit des Arbeiterstandes ist nicht in der uneingeschränkten Ausnutzung der Arbeitskraft begründet, das würde eine Verschleuderung von wertvollem nationalen Besitz bedeuten, sondern in der Erhaltung seiner Kraft, seiner Energie und Intelligenz. Deshalb ist die fortschrittliche Sozialpolitik der Hebel zum kulturellen Aufstieg der arbeitenden Klassen. In diesem Streben vertrauen wir auf die weitere Erstarkung der Arbeiterbewegung, sie wird uns die Erfüllung unserer Wünsche und unseres Sehnens bringen. (Stürmischer Beifall.)

Der Antrag Mainz wird für erledigt erklärt.

Für die Diskussion liegt noch folgende Resolution des Vorstandes des Verbandes der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands und des gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkomitees vor:

„Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen, welche die Frauen vom Schöffenamte und dadurch Arbeiterinnen und weibliche Angestellte von der Mitwirkung in den wirtschaftlichen Sondergerichten ausschalten, sind Veranlassung, auch in der Arbeiterversicherung — außer in der Krankenversicherung — den weiblichen Versicherten das aktive und passive Wahlrecht zu versagen.

Auch die Reichsversicherungsordnung, deren Begründung ausdrücklich die Ausdehnung des Frauenwahlrechts auf alle Versicherungsträger in Aussicht stellte und mit dem starken Vordringen der weiblichen Erwerbstätigkeit und mit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung rechtfertigte, schaltet diese Möglichkeit wieder aus.

Bei der großen Zahl der der Arbeiterversicherungsgesetzgebung unterstellten Arbeiterinnen, die durch die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Ausdehnung der Versicherungspflicht noch erhebliche Steigerung erfahren wird, ist die Beibehaltung der bisher geübten Praxis, welche die Frauen von der Mitwirkung in den Ehrenämtern der Arbeiterversicherung ausschließt, eine krasse Ungerechtigkeit. Sie ist nicht zu verstehen nach der dem Entwurf beigegebenen Begründung, um so weniger, als die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse schon beim Reichsvereinsgesetz dazu geführt haben, den Frauen größere politische Rechte zu gewähren.

Die starke Beteiligung des weiblichen Geschlechts am Erwerbsleben und die besonderen Bestimmungen für Frauen in den Arbeiterversicherungsgesetzen erfordern unbedingt die Mitwirkung der weiblichen Versicherten in der Rechtsprechung.

Der Kongreß erneuert deshalb den schon 1908 gefaßten Beschluß, bei allen Gesetzen auf die Gewährung gleicher Rechte für beide Geschlechter hinzuwirken, und erwartet, daß die Regierung den Wünschen der Arbeiterschaft aus den von ihr selbst als notwendig erkannten Gründen in Zukunft Rechnung trägt."

Frau Thiede-Berlin begründet für ihren Verband diese Resolution. Die gewerbliche Frauenarbeit nimmt immer mehr zu. Das Recht, an politischen Versammlungen teilzunehmen, haben wir ja jetzt. Aber ein Wahlrecht haben wir nicht. Das ist ein Messer ohne Klinge. Deutschland geht auch hier nicht in der Welt voran. In Dänemark, Frankreich, Italien und Finnland haben die Frauen bereits Wahlrechte.

Faaß-Berlin (Landarbeiter): Wenn man unsere Sozialpolitik fortgesetzt in den höchsten Tönen preist, braucht man im Interesse der Wahrheit nur auf die Rechtlosigkeit der Landarbeiter zu verweisen. Trotz der erschreckenden Zunahme der Frauen- und Kinderarbeit in der Landwirtschaft ist noch nicht das Geringste hiergegen geschehen. Dafür sehen wir eine geradezu grauenhafte Zunahme der Kindersterblichkeit auf dem Lande. Und da kommen immer noch Leute und loben das gesunde Leben auf dem Lande. Die Säuglingssterblichkeit in Berlin ist kleiner als die Säuglingssterblichkeit in den benachbarten Landgemeinden. Die Kinder müssen zu früh zur Arbeit gehen und die Folge ist eine exorbitant hohe Krankheitsziffer. Aber die Landarbeiter brauchen nicht zu verzweifeln. Sie haben zur Selbsthilfe gegriffen und sich eine Organisation geschaffen. In wenigen Jahren werden hunderttausend organisierter Landarbeiter den herrschenden Klassen zurufen: so kann es nicht weitergehen; wir haben unser Geschick selbst in die Hand genommen. (Stürmischer Beifall.)

Haupt-Ludwigshafen (Fabrikarbeiter) befürwortet das vollständige Verbot der Frauen- und Kinderarbeit in besonders gefährlichen Betrieben.

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

Von den bulgarischen Gewerkschaften ist ein Begrüßungstelegramm eingelaufen.

*

Berichtigung.

Im gestrigen Bericht sind in der Begrüßungsrede Legiens die Zahlen über den Vermögensstand der Zentralverbände zu niedrig angegeben. Er ist im letzten Jahre von 43½ auf 52½ Million gestiegen.

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 28. Juni.

Hamburg.

Neuer Firmenträger. Im „Oeffentlichen Anzeiger" wird bekanntgemacht, daß an Stelle des verstorbenen Genossen Paul Singer der Genosse Martin Friedrich August Neben als Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaft Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer und Co. in das Handelsregister eingetragen ist.

Allgemeines Vorlesungswesen der Oberschulbehörde. Donnerstag, den 29. Juni. Soweit nicht besonders bemerkt, finden die Vorlesungen im Vorlesungsgebäude statt. Volkswirtschaftslehre. Dr. Soltau: Bankwesen. 8 bis 9 Uhr abends, Hörsaal H. — Literatur und Sprachwissenschaften. Prof. Dr. Borchling: Deutsche Wortbildungslehre. 6 bis 8 Uhr abends, Hörsaal H. Prof. Dr. Schädel: „Interpretation des altspanischen Poema del Cid". 6 bis 7 Uhr abends. Seminar für romanische Sprachen und Kultur. — Geschichte. Prof. Dr. Marcks: Uebungen zur neueren Geschichte (vornehmlich 16. Jahrhundert). 4 bis 5 Uhr nachmittags im Historischen Seminar. — Astronomie. Dr. Dolberg: Theorie der Figur der Himmelskörper. 3. Teil: Theorie der Kugelfunktionen mit Anwendungen. 7½ bis 9 Uhr abends. Hörsaal G. — Physik. Prof. Grimsehl: Vorlesungen über Unterrichtsphysik. IV. Reihe. Magnetismus und Elektrizitätslehre. 1. Teil. 7½ bis 9½ Uhr abends in der Oberrealschule auf der Uhlenhorst.

Technisches Vorlesungswesen. Schul- und Museumsgebäude, Steintorplatz. Donnerstag, 29. Juni. Technische Mechanik: Dr.-ing. Schaefer, von 8—9½ Uhr. Betontechnisches Praktikum: Regierungsbaumeister a. D. Colberg, findet in dieser Woche ausnahmsweise am Freitag, 30. Juni, in der Versuchsstation des Betonwerkes H. Magens, Lilienstraße 7, von 6½—9 Uhr statt. Verbrennungskraftmaschinen: Dr. ing. Tuckermann, fällt aus. — Freitag, 30. Juni. Mathematik: Dr. phil. Hölling, von 8—9½ Uhr. Das Wesen der Wechselströme: Marine-Chefingenieur a. D. Slauck, Wechselstromgeneratoren und Motoren, von 8—9½ Uhr. Das Recht des Seemaschinisten und Schiffsingenieurs: Rechtsanwalt Dr. jur. Gestefeld, von 8 bis 9½ Uhr. Englisch für Bordtelegraphisten: Barry, von 12—1 Uhr nachm. Fabrikorganisation: Direktor Pulvermann, Dipl.-Ing., findet in dieser Woche ausnahmsweise am Freitag, 30. Juni, von 8—9½ Uhr statt.

Die Reklamefahrten des Parseval 6 beweisen eine ganz hervorragende Sicherheit dieses altbewährten Luftschiffes. Man bedenke die Tragweite, welche darin liegt, daß ein Luftschiff bei Nacht und Nebel aufsteigt, unmittelbar über den Dächern der Häuser hinweg hinfliegt, alle möglichen technischen Demonstrationen vorführt und dann mit heiler Haut wiederum im Dunkeln nach seiner Halle zurückkehrt. Kurz, man kann sich dem P. L. 6 und seinem ganz hervorragend sicheren Führer mit voller Zuversicht anvertrauen, um einmal das Panorama Hamburgs und seiner Umgebung unter sich dahin ziehen zu sehen. In der Tat wird von allen Sinnen des Menschen bei der Fahrt einzig und allein das Auge in Anspruch genommen, welches sich unwillkürlich an die Schönheiten der Erdoberfläche fesselt.

Die nächste Sprechstunde des Vereins für Lupusfürsorge findet Donnerstag, den 6. Juli, abends 7 bis 8 Uhr, in der Poliklinik, Brauerknechtgraben 34, statt. Eltern seien insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß der Lupus meist schon in der Kindheit im Anschluß an skrophulöse Drüsen, aber auch ohne solche, in Form kleiner Fleckchen oder Knötchen beginnt. Fast immer wird das Gesicht befallen; falls nicht rechtzeitige Behandlung eintritt, sind entsetzliche Verstümmelungen des Gesichts usw. die unausbleibliche Folge. Der Verein für Lupusfürsorge bezweckt, allen Lupuskranken mit Rat und Tat beizustehen und ihnen Gelegenheit zur Heilung zu bieten. Die Inanspruchnahme der Sprechstunde ist unentgeltlich.

Blumenpflege der Patriotischen Gesellschaft. Wer sich an der diesjährigen Konkurrenz zur Ausschmückung von Häuser- und Wohnungsfronten und Vorgärten beteiligen will, muß sich bis zum 15. Juli bei Herrn H. Lund, Mittelstr. 35, melden. Anmeldeformulare sind an den bekannten Stellen zu haben. Das Diplom, das in diesem Jahre verteilt wird, soll nach einem vortrefflichen Entwurfe von Friedrich Markus hergestellt werden, dem in der Konkurrenz der erste Preis zugefallen ist. Der zweite Preis ist je zur Hälfte Wolfgang Kaskeline und dem Atelier Gustav Dorén für ihre Entwürfe zuerkannt. Neben dem Diplom werden für die besten Leistungen Blumentöpfe verteilt, die in einer hiesigen keramischen Anstalt nach besonderem Entwurfe angefertigt werden sollen.

Im Submissionswege ist übertragen worden: Lieferung und Montage von Blechrohren für eine Lüftungsanlage im Versicherungsgebäude an der Ringstraße an W. A. Scherzinger. — Lieferung von etwa 3500 kg unparfümierter Toiletteseife für die Polizeibehörde und die Baupolizeibehörde an Alexander Kähler Nfl. — Ausführung von Anstricharbeiten an der Kälberhalle auf dem Viehhof Sternschanze an Wilhelm Kiel. — Lieferung von zirka 8600 kg Benzin für die Gaswerke an Reher u. Ramsden. — Lieferung von drei flußeisernen Pontons für die Landungsanlage am Baakenhöft an F. H. Schmidt.

Einen Nachtausflug für Schulknaben von 11 bis 15 Jahren veranstaltet der Hamburger Knabenbund von 1909 vom Sonnabend, 1. Juli, bis Sonntag, 2. Juli, abends. Kosten: 20 ₰. Hamburger Volksschuljungen, die Lust haben, mit den Knabenbündlern in den Krieg zu ziehen, Schleich- und Kundschafterspiele zu spielen, die einmal eine Nacht in der Scheune auf Stroh schlafen möchten und an dem fröhlichen Lagerleben mit Mittagkochen auf Holzfeuer teilnehmen wollen, können sich täglich nachmittags von 3 bis 5 Uhr und abends von 8 bis 9 Uhr beim Leiter, Hamburg 22, Volksdorferstraße 5, IV., melden. Richtung der Wanderung: Bergstedt—Wöhlberge. Abmarsch: Sonnabend nachmittag 5 Uhr von der Schule Oberaltenallee 78a.

= **Das Nachspiel einer militärischen Kneiperei.** Der Unteroffizier K. vom Pionierbataillon in Harburg hatte im Mai d. J. beim Aufschlagen einer Brücke das Malheur, in die Elbe zu fallen. Um den äußeren Menschen zu trocknen und den inneren zu erwärmen, eilte er in eine Wirtschaft, deren Betreten den Soldaten durch Bataillonsbefehl verboten ist. Er traf dort einen Einjährigen M., und beide zechten munter drauflos. Als später seine Abteilung vorbeimarschierte, rief K. die Leute hinein und ließ für sie Getränke auffahren. „Und da keiner dulden wollte, daß der andere für ihn zahle, zahlte keiner von den beiden." Denn als später nachgefragt wurde, ob die Zeche bezahlt sei, war noch nichts bezahlt. Die Zeche stand auf den Namen des Einjährigen, während der Unteroffizier erklärte, er sei der Schuldner. K. führte nun seine Leute selbst nach der Kaserne, aber unterwegs empfand er abermals Durst und forderte seine Abteilung auf, mit ihm in ein Lokal zu gehen. Einige Soldaten erinnerten den Vorgesetzten daran, daß sie sich im Dienst befänden, worauf K. gesagt haben soll: „Mehr als drei Tage kann's nicht kosten." Unter dem Kommando: „In Reihen gesetzt, rechts um, marsch!" zog er mit seiner Kolonne in die Wirtschaft. Auch hier blieb man die Zeche schuldig. In der Kaserne angelangt, legte sich K. sofort ins Bett und schlief bald so fest, daß ihn ein Sergeant nach mehreren Stunden noch nicht aufzuwecken vermochte. Wegen dieser Streiche steht K. nun vor dem Kriegsgericht, angeklagt des Ungehorsams, der Anstiftung von Untergebenen zum Ungehorsam, Traktierenlassens durch Untergebene und Trunkenheit im Dienste. Daß das erste Lokal von der Militärbehörde boykottiert sei, will der Unteroffizier nicht gewußt haben, wie auch die Zeugen, darunter sogar ein Feldwebel, sich darüber im unklaren waren. In der Kaserne hängt nämlich nur eine lange Liste der „erlaubten" Lokale aus, die niemand im Kopf behalten kann. Der Ankläger beantragt vier Monate Gefängnis. Das Gericht erkennt wegen des ersten Punktes (Betretens verbotener Lokale) auf Freisprechung, da ein Irrtum vorliegen könne, dagegen verurteilt es den Angeklagten wegen der übrigen Punkte zu sechs Wochen Mittelarrest.

Tierseuchen. Unter dem Schweinebestande der Erziehungsanstalt in Ohlsdorf und unter dem Schweinebestande des Arbeiters Fr. Klein, Slomanstraße 22, ist der Ausbruch der Schweineseuche amtlich festgestellt worden.

Zeugen eines Unfalles gesucht! Wie wir mitteilten, starb im Hafenkrankenhaus der obdachlose Gelegenheitsarbeiter Tolles, den man am 14. d. M., abends gegen 10¾ Uhr, Ecke der Bahnhof- und Deichtorstraße in schwer verletztem Zustande auf den Straßenbahnschienen auffand. Da nach den tödlichen Verletzungen, die T. erlitt, angenommen werden muß, daß er von einem Straßenbahnzug angefahren oder gar überfahren worden ist, werden alle Personen, die um die angegebene Zeit die Unfallstelle passiert haben, ersucht, sich im Stadthaus, Zimmer 106, zu melden.

Zu dem Unfall an dem Umbau am Jungfernstieg 8 schreibt uns die Bauarbeiter-Schutzkommission: Wie uns von Augenzeugen mitgeteilt wurde, soll der Stein auf die Kante der Vortwand gefallen sein; die eine Hälfte ist nach innen auf das Schutzdach gefallen, die andere verletzte den Passanten schwer. Dort an dem Hause Nr. 8 wird auf dem letzten Stock ein Aufbau gemacht, nun ist an dem Hause ein Gerüst aufgeführt, an diesem Gerüst ist unten ein Schutzdach angebracht, dieses ist höchst unzureichend, da dasselbe nur oben an der Vortwand ein Meter vom Gerüst ab ist. Hier wäre in Anbetracht der starken Passage es notwendig gewesen, ein Schutzdach zu machen, welches über das Trottoir hinwegreicht zum Schutze der Passanten. Es läßt auch der § 14 Abs. 3 des Polizeigesetzes gar keinen Zweifel, daß dort an dem Umbau ein solches Schutzdach hätte angebracht werden müssen. Wenn man aber in Erwägung zieht, daß für die an dem Bau beschäftigten Bauarbeiter noch nicht mal eine Baubude vorhanden ist, so erklärt sich die Unvollkommenheit des Schutzdaches. Die Firma Ahrens, welche dort die Ausführung der Zimmerarbeit hat, kann sich das allem Anschein nach erlauben.

Beim Baden ertrunken? Am Mittwoch morgen fand man beim südlichen Ufer der Bille, bei der Eisenbahnbrücke an der Güterumgehungsbahn Rotenburgsort—Wandsbeck, einen schwarzen steifen Hut, einen dunklen Jackettanzug, ein Paar graue Strümpfe, ein Paar Schnallenschuhe, ein weißes, J. K. gezeichnetes Hemd, sowie verschiedene Legitimationspapiere, unter anderen eine Streikkarte, auf den Namen Kurapkat. Man nimmt an, daß der Eigentümnr der gefundenen Sachen beim Baden ertrunken ist.

Eine Gemeinheit sondergleichen. Von einer Kraftdroschke überfahren wurde am Mittwoch morgen der obdachlose Schneidergeselle Tewes, als er den Fahrdamm bei der Kreuzung der ABC-Straße und der Hohen Bleichen überschritt. Der Führer der Kraftdroschke fuhr, nachdem er den Schneidergesellen überfahren hatte, davon, ohne sich um den Schwerverletzten zu kümmern. Passanten bemühten sich dann um den Mann und sorgten für seinen Transport ins Hafenkrankenhaus.

Eine Entführungsaffäre wird der Hamburger Kriminalpolizei aus Wittenberge berichtet. Von dort ist die 20jährige Emma Schulze, die auf beiden Füßen gebrechlich ist, spurlos verschwunden. Es wird vermutet, daß das Mädchen, das ein Sparkassenbuch über M. 6700 bei sich hat, von einem Mann namens Willy Höpfner entführt worden ist. Die Kriminalpolizei ist um Festnahme des Pärchens ersucht worden.

Der wiederholten Unterschlagung zum Nachteil seines Arbeitgebers, des Holzhändlers H. in der Humboldtstraße, wurde gestern der in der Zimmerstraße wohnende 24 Jahre alte Kontorbote Sch. aus Braunschweig verhaftet. Sch. hat seit za. zwei Monaten die Kontantbücher, in denen er die Zahlungen, die die Kunden des Holzhändlers an ihn entrichteten, zu buchen hatte, gefälscht, indem er die Beträge viel niedriger buchte, als die Kunden eingezahlt hatten. Als der Betrug entdeckt wurde, ließ der Holzhändler den unredlichen Angestellten festnehmen. Die veruntreuten Gelder sollen sich nach den bisherigen Feststellungen bereits auf mehrere hundert Mark belaufen.

Einem Besucher des Tierparks in Stellingen wurde von einem Taschendiebe seine gelbgoldene platte Schlüsseluhr mit massiver rotgoldener Kette im Werte von M. 350 aus der Weste gestohlen. Die Uhr war mit dem Namen Dormien gezeichnet.

Ergriffener Einbrecher. In St. Pauli wurde in der letzten Nacht ein 27 Jahre alter Schlosser von einem Schutzmann angehalten, weil er ein großes Paket unter dem Arm trug und sich sehr ängstlich bewegte. Als der Schutzmann das Paket öffnen ließ, sah er, daß es 19 neue schwarzlederne Damenhandtaschen enthielt, an denen noch die Verkaufspreiszettel hingen. Da der Angehaltene auch Einbruchswerkzeug mit sich führte, wurde er verhaftet. Die Recherchen haben inzwischen ergeben, daß die bei dem Verhafteten vorgefundenen Handtaschen in der Nacht zum Mittwoch mittels Einbruchs aus dem Basar von Eckert, am Graskeller 8, gestohlen sind.

Eine kostbare Beute machten Diebe in der Villa des Kaufmanns J. am Jungfrauental 27. Die Spitzbuben entwendeten dort zwei Kristallkaraffen mit Silberbeschlag, drei Platinhemdenknöpfe, drei schlichte goldene Hemdenknöpfe, eine Krawattennadel mit einer Perle und zwei Rubinen, ein Dutzend silberne Eßlöffel, einen silbernen Brotkorb, eine silberne Standuhr, ein Zeißglas, ein Damenopernglas, eine Tulazigarrendose, ein Tulatafelmesser und Herrengarderoben im Gesamtwert von M. 1350.

Selbstmordversuch. Im Wartepavillon der Straßeneisenbahn am Millerntor schoß sich der im Eichholz wohnende Handwerker M. eine Kugel in den Kopf. Der Lebensmüde hatte noch so viel Kraft, sich zu Fuß ins Hafenkrankenhaus zu begeben. Das Motiv soll in einem Zerwürfnis mit seiner Braut zu suchen sein.

Beim Schlagballspiel auf dem Heiligengeistfelde kam der in Altona wohnende Arbeitsbursche Beiswanger zu Fall und erlitt eine schwere Knieverletzung. Nach Anlegung eines Notverbandes mußte der Verletzte in seine Wohnung geschafft werden.

Kleine Mitteilungen. Verhaftet wurde ein Mann, der mit einem durch die Flucht entkommenen Komplicen in der Fischerstraße 49 bei einer Gastwirtin einen Luftklappendiebstahl ausgeführt hat. Der Entkommene, der Mechaniker F., ist der Täter, der, der alle in letzter Zeit ausgeführten Einbruchsdiebstähle in Gastwirtschaften begangen hat. — Als Mitglied der bereits hinter Schloß und Riegel befindlichen Taschendiebesbande wurde jetzt ein 26 Jahre alter Kellner ermittelt und verhaftet. — Wäschediebe haben die offenen Trockenböden der Häuser Lindleystraße 79 und Stresowstraße 68 heimgesucht und dort verschiedene teils O. K., teils W. J., teils ungezeichnete Wäsche gestohlen.

Beschlagnahmtes Diebesgut. Bei einem verhafteten Fahrradmarder beschlagnahmte die Polizei ein Damenfahrrad, Marke „Imperator" Nr. 3278. Die Bestohlene kann das Rad im Stadthaus, Zimmer 139, in Empfang nehmen.

Altona und Umgegend.

Mit der Eingemeindungsfrage hat sich eine Versammlung des Kommunalvereins in Stellingen-Langenfelde beschäftigt. Der Vereinsvorsitzende Steffens, ein entschiedener Gegner der Eingemeindung, besprach zunächst den Entwurf. Er meinte, daß der Vorschlag schon deshalb nicht angenommen werden könne, weil keine Garantie gegeben sei, daß die Stadt Altona auch die Zugeständnisse halte. Wenn man überhaupt zu einer Eingemeindung kommen wollte, dann müßten ganz andere Zugeständnisse gemacht werden. Er wie auch Zimmermeister Junge meinten, weitere Verhandlungen könnten die Entwicklung von Stellingen-Langenfelde nur hintanhalten. Auch eine Reihe anderer Redner schloß sich dieser Meinung an. Besonders befürchtete man, Altona wolle nach der Eingemeindung ein Fabrikviertel aus dem neuen Bezirk machen. Demgegenüber betonte der Gemeindevorsteher Klügling die Bedeutung des Zusammenschlusses für beide Gemeinden, wodurch erst eine großzügige Kommunalpolitik möglich werde. Da ein Anschluß an Hamburg nicht möglich sei, müsse man sich mit Altona verbinden. Ein Beschluß wurde in der Versammlung nicht gefaßt.

Die Maul- und Klauenseuche ist unter den auf einer Weide an der Kielerstraße in Langenfelde befindlichen Kühen des Milchhändlers Wilkens, Altona, Langenfelderstraße 44, amtlich festgestellt worden.

Die Altonaer Sanitätskolonnen haben sich verschmolzen. Bisher bestand die Kriegersanitätskolonne und die Freiwillige Sanitätskolonne. Sie haben den Beschluß gefaßt, sich zu verschmelzen und den Namen angenommen: Sanitätskolonne von Altona.

Vom Zuge zermalmt. Dienstag mittag gegen 12 Uhr wurde der Bahnunterhaltungsbeamte Hansen beim Stellwerk U am Rainweg von einem Eilgüterzuge erfaßt, überfahren und auf der Stelle getötet. Die Leiche kam in die städtische Leichenhalle.

Wieder ein Opfer der Unglücksbahn. Der Schulknabe Wöllner aus der Luruper Straße in Eidelstedt radelte heute auf der Provinzialchaussee. Als ein Zug der Kaltenkirchener Bahn herankam, wurde er unsicher, er stürzte und fiel so unglücklich, daß ihm das rechte Bein unterhalb des Knies abgefahren wurde. Er wurde nach dem Altonaer Kinderhospital gebracht.

Unglücksfall am Hafen. Beim Schuppen A der Kai- und Lagerhausgesellschaft ist Dienstag morgen der Arbeiter Gehrt, der mit dem Abladen von Waren beschäftigt war, schwer verunglückt. Ein Eisblock geriet ins Rutschen und fiel dem Arbeiter auf den Körper. Der Unglückliche trug sehr schwere Verletzungen davon und mußte durch die Sanitätskolonne nach dem Krankenhause gebracht werden.

Ehrliche Makler. Ein Händler und ein Arbeiter waren von einer Lagerhausgesellschaft beauftragt worden, eine Kiste mit 100 Weckuhren nach dem Freihafen zu bringen. Sie zogen es aber vor, im besseren Viertel von Altona die Uhren an — das Mädchen zu bringen. Dabei sind sie aber vorige Nacht erwischt worden.

Auf dem Friedhof am Diebsteich haben zwei Männer aus Hamburg und Langenfelde eine Anzahl von den Einfriedigungsketten und auch Rosen gestohlen. Wie sie dazu kamen, ist nicht bekannt.

Ueberfall einer Prostituierten. In der Kleinen Marienstraße fand man gestern ein Mädchen, das unter Sittenkontrolle steht, bewußtlos auf dem Fußboden ihres Zimmers. Sie war am Halse stranguliert worden. Als das Mädchen wieder zum Bewußtsein gekommen war, erzählte es, daß ein Packer aus Hamburg es zu erdrosseln versucht habe. Der gefährliche Mensch wurde in seiner Wohnung verhaftet.

Aus den Altonaer Gerichten.

Ein Straßenräuber. Ein Schulbube stand vor Gericht, etwa 14 Jahre war er alt. Die Eltern leben nicht zusammen, da der Vater Trinker ist. Der kleine Bursche ist auf irgend jemandes Veranlassung bei einem Bauern untergebracht, bei dem er sich das bischen Essen verdienen muß. Frühzeitig, ehe er zur Schule geht, arbeitet er schon ein paar Stunden in Kuh- und Pferdestall. Ist die Schule aus, dann wird wieder geschafft. Die Schule wird in dem Dorfe, wo er wohnt, nicht sehr wichtig genommen, für ihn ist sie immer Nebensache gewesen, zumal er sich nicht in das hineinfindet, was dort gelehrt wird. Er ist nicht fürs „Theoretische". So sitzt er zwar in der „ersten" Klasse. Aber da will er nicht recht mitkommen und die Schule hat ganze zwei Klassen; sie liegt nämlich in einem preußischen Dorfe. Der Junge ist nicht auf der Höhe und von Rechtsfragen hat er nicht einmal den Begriff, den man selbst bei Kindern voraussetzt. Und nun ist er angeklagt eines schweren Verbrechens. Er hat einen wohlüberlegten Straßenraub begangen. Einen fremden Jungen hat er nach der Zeit gefragt und ihm dann die Uhr entrissen. Daß das nicht recht war, weiß er, und er erwartet, daß ihm nun sein Dienstherr verprügeln werde. Die Sache ist ja nicht einmal so schlimm, als wenn er etwas heimlich gestohlen hätte. Der andere brauchte nur stärker zu sein und die ganze Geschichte wäre erledigt gewesen. Wer schwach und unbeholfen ist, muß eben leiden. Da wird er nun vor Richter gestellt, Herren, die ganz ruhig mit ihm sprechen, denen er erzählt, wie alles gewesen. Und die sagen ihm dann, er sei zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden und könne gehen. Da sagt er Adjüs und stolpert aus dem Zimmer. Er hatte vor Gericht gestanden und die Sache war nun erledigt. — Ob wohl die Herren, die da zu Gericht saßen, auch das Gefühl von der Unzulänglichkeit und Sinnlosigkeit dessen hatten, was sie da getan, was sie nach dem Gesetze tun mußten? Sie hatten einen Verbrecher verurteilt. Aber für diesen „Verbrecher" war die ganze Verhandlung eine Episode, über deren rätselhaften Sinn er eine Zeitlang nachsinnen wird, bis er darüber zur Tagesordnung, zu seinem üblichen Stumpfsinn übergeht. Sie hat auf ihn gewiß den Eindruck von etwas Sonderbarem gemacht, aber — wenn er jemals schlecht war — bessernd kann das alles nicht auf ihn wirken. Aber er wird unter den Menschen herumlaufen mit dem Makel, ein Straßenräuber zu sein. Kommt er dann noch einmal mit den Gesetzen in Konflikt, dann ist er sicherlich das von Grund aus verdorbene Subjekt.

Innere Mission. Vom Pastor Schäfer in Altona war zum Einsammeln von Beiträgen für die Innere Mission ein Kassierer namens Hugo Wiggershaus angestellt worden, den man beschuldigte, M. 680 regelmäßige Beiträge der Mitglieder unterschlagen zu haben. Er leugnete das zwar, behauptete, diese Beiträge abgeführt zu haben, gestand aber ein, daß er eine innere Mission zugunsten der eigenen Kasse vornahm, indem er nach und nach M. 6000 außerordentliche Beiträge unterschlug. Die Sache sollte heute vor dem Schöffengericht verhandelt werden. Das erklärte sich aber für unzuständig und verwies den Prozeß vor das Landgericht.

Ein bewegtes Leben hat ein Mann hinter sich, der sich heute vor dem Landgericht zu verantworten hatte. Augustin heißt er. Er hatte mit seinem Freunde Müller in der Umgebung von Reinfeld viele Einbrüche gemacht. Bei einem dieser Einbrüche wurde er verscheucht und auf der Flucht verlor er einen Hosenknopf. Das wurde ihm vorübergehend zum Verhängnis. Ein Polizeihund aus Lübeck beschnupperte den Knopf und holte wirklich Augustin aus dem Bett. Bei ihm fand man einen Revolver und er erklärte, daß er den erschossen hätte, der ihm gegenübergetreten wäre. Man steckte ihn in Reinfeld ins Gefängnis. In einer Nacht aber kam sein Freund Müller mit Leitern und sonstiger Ausrüstung an sein Staatslogis und holte ihn heraus. Dann zogen sie sich ins Lauenburgische zurück, schlugen in einer Jagdhütte ihr Lager auf und führten ein freies Räuberleben. Als sie die Gegend abgegrast hatten, gingen sie mehr nach Norden, Kiel, Schleswig usw. Auch die Gegend jenseits der dänischen Grenze suchten sie heim. Schließlich zog Wülber nach Kopenhagen, ließ aber von der letzten Beute noch ein paar Uhren zurück. Als Augustin diese letzteren in Flensburg zu Geld zu machen suchte, wurde er wieder erwischt. Jetzt ist er in Altona unter Zusammenziehung mit einer anderen Strafe zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.

Wandsbeck und Umgegend.

Der tiefere Sinn im kind'schen Spiel.

Von irgend einem nationalliberalen Vielschreiber hat sich der „Bote" einen Artikel mit obigem Titel über den zurzeit tagenden Gewerkschaftskongreß zusammenschmieren lassen. Der Artikel ist von keinerlei Sachkenntnis getrübt, sondern stellt eine Sammlung des blühendsten Unsinns dar, wie er eben nur durchaus urteilslosen Lesern vorgesetzt werden kann. Wie muß es in den Köpfen derjenigen aussehen, die ihr Wissen aus den Zeilen eines Blattes vom Schlage des „Boten" schöpfen.

Die Partei und die Gewerkschaften befehden sich in „Eifersüchtelei und Verdächtelei"; auf dem Gewerkschaftskongreß könne man sich in dieser Hinsicht auf ein „ergötzliches Schauspiel" gefaßt machen. Der Gegensatz zwischen den beiden Hauptfaktoren der Arbeiterbewegung sei darin zu suchen, daß die „Gewerkschaften sich als die beruflichen Organisationen, wenn schon sie sich zur Sozialdemokratie zählen, den wirklichen und wohlverstandenen Arbeiterinteressen nicht in dem Maße verschließen können, wie die Partei, die als politische Organisation eine unzufriedene und verhetzte Arbeiterschaft als ihre wichtigste Lebensbedingung ansieht". Die Einnahmen der Gewerkschaften von nunmehr 50 Millionen jährlich sind „Dinge, die nur geeignet sind, die Begehrlichkeit der Partei zu reizen". Sogar ein „Geheimnis" hat der Artikelschreiber des „Boten" entdeckt. Daß nicht alle Gewerkschaftsmitglieder zugleich Parteimitglieder sind, hat nach ihm seine Ursache darin, „daß in den Gewerkschaften auch viele hunderttausende fleißiger und nüchterner Arbeiter sind, die wohl rote Stimmzettel abgeben, weil sie dazu gezwungen werden, die aber innerlich den revolutionären Bestrebungen skeptisch gegenüberstehen". Es genügt, diese schamlose Behauptung hier festzunageln. Im übrigen weiß alle Welt genugsam, daß Nationalliberale und Konservative mit den niederträchtigsten Mitteln „ihre" Arbeiter in vielen Fällen zu den ihnen genehmen Wahlen pressen. Weiter befaßt sich der Artikel mit der Maifeier, die durch einen Antrag, der „von dem einflußreichen Verband der Deutschen Buchdrucker kommt", „abgeschafft" werden soll. „Die Partei sieht in dem zur Lächerlichkeit gewordenen „Weltfeiertag" bekanntlich mit Hartnäckigkeit eine erschütternde „Manifestation des Arbeiterwillens", obgleich sich niemand mehr daran kehrt." Wer lacht da nicht? Als einige tausend Wandsbecker Arbeiter gelegentlich der letzten Maifeier durch den Vorstand des sozialdemokratischen Vereins um die Genehmigung eines Festzuges nachsuchten, kehrte man sich so sehr daran, daß diese Genehmigung nur mit der Maßgabe erteilt wurde, daß der Zug durch einen entlegenen Teil des Stadtgebietes geleitet werden mußte. Man befürchtete bekanntlich, daß „Andersgesinnte" derart „Anstoß" nehmen könnten, daß Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu befürchten seien. Ob man vielleicht annahm, Herr Wiemann könnte an der Spitze der Marienthaler auf die „Sozialistenbrut" eindringen? Der „Bote" selbst, das „weitverbreitetste und gelesenste" Blatt, kehrt sich allerdings nicht an Meifeierumzüge, und wenn auch bei ihnen halb Wandsbeck auf den Beinen ist. So etwas wird vornehm ignoriert, mit keiner Zeile erwähnt. Die Spalten müssen offen bleiben für die „Versammlungen" der „Kommunalvereine", wo vor einem Dutzend Mitglieder — häufig sind es weniger — der unterschiedlichste Kohl verzapft wird. Und vor allen Dingen muß man Platz behalten, um die Anhänger der Millionenpartei und diese selbst mit Dreck zu bewerfen.

Die organisierten Arbeiter aber seien auf die Quellen des „Agitationsmaterials" aufmerksam gemacht, mit dem man ihnen beim kommenden Wahlkampf entgegentreten wird. Denn das ist „der tiefere Sinn im kind'schen Spiel", Verleumdungsvorarbeit für die nächste Reichstagswahl zu leisten.

Das Turnhallenbaufest des hiesigen Arbeiterturnvereins, das am kommenden Sonntag im Lokal von Ulrich in Hinschenfelde stattfindet, sei der organisierten Arbeiterschaft auch an dieser Stelle zum Besuch empfohlen. Nachmittags 2½ Uhr bewegt sich der Festzug von dem Vereinslokal „Harmonie", Hamburgerstraße, durch die Hamburgerstraße, Holstenstraße, Mathildenstraße, Neuestraße, Holstenstraße, Kurzereihe, Langereihe, Bleicherstraße, Litzowstraße, von Längerkestraße, Feldstraße, Volksdorferstraße nach dem Festlokal, wo das eigentliche Festtreiben seinen Anfang nimmt. Für Belustigungen für alt und jung ist Sorge getragen. Der Reinertrag des Festes soll dem Fonds zur Erbauung einer eigenen Turnhalle des Arbeiterturnvereins zufließen. Der nationalliberale „Wandsbecker Bote" konnte es sich nicht verkneifen, den Arbeiterturnverein um dieser Bestrebungen willen anzuflegeln. Diese Tatsache allein würde der Arbeiterschaft beweisen, wie nötig die Unterstützung dieser Bestrebungen ist. Eine recht rege Beteiligung am Festzug und am Feste selbst ist durchaus erwünscht.

Ein Kirchenfeind besonderer Art scheint es auf die Fenster der Kreuzkirche abgesehen zu haben. Wie schon vor einiger Zeit, wurden jetzt wieder einige Fensterscheiben zertrümmert. Ein Mann mit Jägerjoppe und Lodenhut wurde verfolgt, er wußte aber zu entkommen.

Entführt wurde einem Brothändler aus Hamburg sein Kastenbrotwagen mitsamt dem Pferd als er an der Wandsbeckerchaussee hielt. Wagen und Pferd repräsentieren einen Wert von etwa M. 1000.

Gestohlen wurde vom Flur des Hauses Löwenstraße 22 ein Damenrad im Werte von M. 150. — Festgenommen wurde ein Schulknabe, der Teile eines Pferdegeschirres entwendet hatte.

Zum Ausstand auf der Schiffbecker Jutefabrik.

Die Firma zahlte heute, Mittwoch, den 28. Juni, den Streikenden bezw. den Ausgesperrten ihren Nachschuß aus. Bei der Firma besteht bisher die Einrichtung, daß jeder, der bei ihr zu arbeiten anfängt, die ersten drei Tage Lohn nicht ausbezahlt erhält. Erst wenn das Arbeitsverhältnis gelöst wird, kommt er zur Auszahlung. Als „wohltätige" Firma hat sie auch für ihre Arbeiter eine Weihnachts- und Pünktlichkeitsprämie eingeführt, und wer bei ihr pünktlich die Arbeitszeit innehält und jahrelang in ihrem Dienste frondet, hat Anspruch auf diese „Wohltätigkeit".

Nach Aussage der Streikenden bezw. der Ausgesperrten soll die Firma bei der Auszahlung nicht so gehandelt haben, wie es sich gehörte, und es ist daher bei der Auszahlung verschiedentlich zu scharfen Protesten gekommen. Wenn das so ist, so kann man verstehen, daß die Ausgesperrten noch erbitterter werden. Die beste Antwort auf solche Handlungen ist, daß sämtliche Ausgesperrten ihrer Organisation, dem Textilarbeiterverbande, sich anschließen, denn nur dadurch kann den Machinationen der Jutefabrikanten ein Ende bereitet werden.

Hamburger Landgebiet.

Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Viehbestande des Pächters Böttcher, Groß-Borstel, Borstelerchaussee 253, sowie unter den Viehbeständen des Hofbesitzers Claus Ferck, Volksdorf, Farmsenerlandstraße 206, und des Langhein, Volksdorf, Diekkamp, amtlich festgestellt worden. Im übrigen finden die Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 12. Juni d. J., betreffend Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, Anwendung.

kl. **Cuxhaven.** Ertrunken. Ein Unglücksfall hat sich am Dienstag abend auf dem gegen 7 Uhr von Amerika eingetroffenen Postdampfer „Pretoria" der H.-A.-L. zugetragen. Während das Schiff an der Neuen Liebe lag und seiner Abfertigung harrte, stürzte auf unaufgeklärte Weise ein Passagier über Bord, der bei der starken Ebbströmung sogleich mit fortgerissen wurde. Es wurden sofort die nötigen Rettungsversuche vorgenommen. Man warf ihm Rettungsringe und -Bojen zu, aber es war umsonst. Nur kurze Zeit vermochte sich der Mann über Wasser zu halten, jedoch gelang es ihm nicht, einen der ihm zugeworfenen Rettungsringe zu erfassen. Er wurde in die Einfahrt des Fischereihafens getrieben, wo er versank, ehe ihm Hilfe zuteil werden konnte, die Leiche ist noch nicht gefunden.

Harburg und Wilhelmsburg.

Die Lohnbewegung in den Oelfabriken von Fr. Thörl sowie Brinkmann u. Mergell ist beendet.

Beide Firmen hatten bei den Unterhandlungen erklärt, zurzeit seien sie außer stande, wegen der ungünstigen Lage des Oelmarktes, mehr als 10 ₰ an Lohnerhöhung pro Tag und Schicht zu bewilligen. Die Forderung der Arbeiter betrug 30 ₰. Angesichts des von den Firmen in den letzten Jahren erzielten Mehrwerts gewiß eine bescheidene Forderung. Die Firma Fr. Thörl erzielte im letzten Berichtsjahre einen Reingewinn von M. 4288045 und verteilte 22 Prozent Dividende. Zu dem Angebot der beiden Firmen nahmen die Arbeiter in zwei sehr stark besuchten Versammlungen Stellung. Nach längerer, lebhafter Debatte wurde in beiden Versammlungen dieses kärgliche Angebot angenommen. In beiden Versammlungen wurde aber betont, daß man bei einer etwas günstigeren Konjunktur ein weiteres Entgegenkommen der Firma erwarte. Sollte es nicht erfolgen, so würden die Arbeiter es eventuell auch auf einen offenen Kampf ankommen lassen.

Die Arbeiter werden gut tun, sich beizeiten auf diesen Kampf zu rüsten. Denn mit wie hartnäckigem Unternehmertum man in Harburg zu rechnen hat, zeigt das Verhalten der Betriebsleitung der „Teutonia". Hier dauert der von der Firma provozierte Kampf unverändert fort. Eine von der Verbandsleitung an die Firma gerichtete Anfrage, ob die Firma eventuell bereit sei, mit einer Kommission der Arbeiter zu unterhandeln, wurde nicht beantwortet, sondern mit der Redensart erledigt: „Wir haben nichts mit dem Verband der Fabrikarbeiter zu tun."

Die Firma will es anscheinend erst mal mit Arbeitswilligen versuchen. Wie weit sie damit kommen wird, bleibt abzuwarten. Vielleicht wird sie auch durch Schaden klug, genau so wie die Firma Elmenhorst u. Co. Diese hat es jetzt endlich satt bekommen, noch länger mit Müllerschen Gestalten zu arbeiten, es auch vorgezogen, sich heute mit ihren Arbeitern zu einigen. Auf das Resultat dieser Einigung kommen wir noch zurück.

Der Ortsverein Wilhelmsburg hielt am 27. d. M. im Lokale von Alb. Hans seine monatliche Mitglieder-Versammlung ab. Der Arbeitersekretär Genosse Karl Möller-Harburg hielt einen Vortrag über „Die Revolutionierung des Gehirns". In der Diskussion empfahl der Genosse Otto Schilling, sich dem Arbeiter-Abstinentenbund, Ortsgruppe Wilhelmsburg, anzuschließen. Aufnahmen nehmen die Genossen O. Schilling und Chr. Delvendahl entgegen. Sodann wurden 38 Delegierte für die am 23. Juli d. J. in Wilhelmsburg stattfindende Kreis-Generalversammlung gewählt. Die Abrechnung vom diesjährigen Pfingstvergnügen (erster Pfingsttag) im Lokale von H. Gerds in Georgswärder ergab eine Einnahme von M. 166, Ausgabe M. 243,62, Defizit M. 77,62. Die Abrechnung im Lokale „Stübens Volksgarten", Reiherstieg (zweiter Pfingsttag), ergab eine Einnahme von M. 833,45, Ausgabe M. 457,07, Ueberschuß M. 376,38. Dem Festkassierer Genossen Benthin wurde Entlastung erteilt. Für das am 9. Juli d. J. im Lokale „Stübens Volksgarten", Reiherstieg, stattfindende Kreis-Parteifest für den ganzen 17. Hannoverschen Wahlkreis wurden 42 Komiteemitglieder gewählt. Zwecks Verteilung der Posten findet am Sonnabend, 8. Juli, abends 8½ Uhr, im Lokale von Alb. Hans eine Komiteesitzung statt. — Der Vorsitzende macht auf die jeden Freitag im Lokale von Schwenn stattfindenden Diskutierabende aufmerksam und empfahl, daß sich die Genossen, namentlich die Distriktsführer, daran beteiligen möchten. — Ein Antrag, daß Parteivergnügungen nur durch den Vorstand arrangiert werden dürfen, wurde gegen drei Stimmen angenommen. — Nachdem der Genosse O. Schilling auf die bevorstehende Gewerbegerichtswahl hingewiesen und aufgefordert, daß ein jeder für die Eintragung in die Wählerliste zu sorgen habe, erfolgte Schluß der Versammlung.

Seine Majestät der Streikbrecheragent. Folgendes charakteristische und für die Anmaßung der Streikbruchkreaturen bezeichnende Vorkommnis entnehmen wir dem „Volksblatt": Kürzlich wurde ein Arbeiter, der mit einem Freunde und seiner Braut sich auf der Rutschbahn auf dem Schwarzenberge vergnügte, von einem Betrunkenen und dessen Begleitern belästigt. Ja, der eine der Ruhestörer schlug den Arbeiter sogar mit der Faust unters Kinn und bedrohte ihn zum Ueberfluß mit einem Dolch. Einem schnell herbeigeholten Schutzmann rief der Schläger zu: Fassen Sie mich nicht an, ich bin der Agent der Arbeitswilligen bei Elmenhorst u. Co.!! Auf der Wache wurden dem Agenten, der sich auch Kontrolleur nennt, ein Revolver und ein Gummischlauch abgenommen. Den Dolch hatte er anscheinend schon unterwegs verschwinden lassen können. Auch ein Händler aus Ottensen ist von dem Agenten und Kontrolleur geschlagen worden. Der Agent heißt Jonny Eggers und wohnt bei der Firma Elmenhorst. Der bedrohte und geschlagene Arbeiter hat Strafanzeige erstattet. — Vielleicht erleben wir noch, daß die Streikbrecheragenten und Hintzebrüder eine Uniform kriegen, vor der ein Schutzmann stramm zu stehen hat!

Schleswig-Holstein.

Trittau. Aus dem Ortsverein wird uns geschrieben: In der letzten Woche tagte eine Konferenz von Delegierten der Bauarbeiter, Zimmerer, Landarbeiter, sowie der Partei, in der der Beschluß gefaßt wurde, in unserem Lokal ein Gewerkschaftsfest zu feiern, und zwar geschlossen, weil die Behörde es nicht erlaubt, ein Fest wie dieses, länger zu feiern, als bis 12 Uhr. Am letzten Sonntag waren in unserem Orte mehrere Arbeitervereine und hielten ihr Sommervergnügen in unserem Lokal ab. Leider hat ein Verein sein Vergnügen bei einem Wirt gefeiert, der uns sein Lokal nicht zur Verfügung stellt. Es ist daher tief bedauerlich, daß Hamburger Arbeiter es nicht für nötig erachten, in dieser Weise unseren Genossen Klafak zu unterstützen, denn jeder, der mit Landverhältnissen vertraut ist, muß doch wissen, wie schwer es fällt, ein Lokal auf dem Lande zu erhalten.

m. **Kiel.** Die Verpachtung unserer beiden städtischen Theater ist am Dienstag abend von den Kieler Stadtkollegien beschlossen worden. Von den Stadtverordneten stimmten außer unsern 13 Genossen nur die Stadtverordneten Rektor Stolley und Kähler für die Beibehaltung der städtischen Regie, während 19 für Verpachtung eintraten. Vom Magistrat stimmten mit dem Oberbürgermeister für Regie nur die Stadträte Paulsen und Rauscher. Hiermit ist diese Angelegenheit, die in der letzten Zeit die Gemüter der hiesigen Einwohnerschaft ziemlich stark erregte, vielleicht auf Jahre hinaus erledigt. Großes Aufsehen erregten in der Debatte die Ausführungen des Oberbürgermeisters Fuß, daß man die Frage der Gehaltserhöhungen mit der Theaterangelegenheit verknüpft und ferner es unterlassen habe, ihm während seiner Abwesenheit in den Ferien, sowie weiter während seiner von ihm für dringend nötig befundenen Teilnahme an den Verhandlungen im preußischen Herrenhause vom Laufe der Dinge genügend in Kenntnis zu setzen. Er bezeichnete es weiter als Ungeschicklichkeit, die geplante Erhöhung der Gehälter der besoldeten Stadträte ebenfalls mit der Sache zu verquicken. Der Vorsteher Dr. Ahlmann gab seiner Entrüstung über diese Ausführungen dahin Ausdruck, indem er erklärte, er müsse bedauern, daß derartige Interna des Magistrats in der Oeffentlichkeit ausgetragen würden. — Nachdem nach stundenlangen Verhandlungen die Theaterangelegenheit erledigt war, sollte Knall und Fall, d. h. ohne weitere Aussprache, nun auch die Besoldungsvorlage erledigt werden. Unsere Genossen verdarben den Herren jedoch das Spiel, indem sie, um mit ihnen noch ein klein wenig über ihr früheres Verhalten abzurechnen, beantragten und auch zum Beschluß brachten, diese Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

m. **Kiel.** Die Bäckergesellen von Kiel und Umgegend haben soeben in einer Versammlung mit 185 gegen eine Stimme beschlossen, heute noch in den Ausstand zu treten in denjenigen Betrieben, die ihre Forderungen nicht bewilligt haben. Die Forderungen sind: völlige Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, ein Minimallohn von M 25 wöchentlich und Festsetzung eines Ruhetages gemäß den Forderungen, die in Berlin mit dem dortigen Einigungsamt getroffen worden sind. Zu den neuen Bedingungen werden bereits in rund 50 Betrieben 160 Mann weiterarbeiten. Von dem Ausstand betroffen werden rund 120 Mann.

m. Der Streik der Mühlenarbeiter in der Baltischen Mühle in Neumühlen ist nach zwölfwöchiger Dauer aufgehoben worden. Ein Erfolg war leider nicht zu erzielen.

Hannover.

Der Doppelraubmord in Streetz bei Dannenberg vor dem Schwurgericht in Lüneburg.

N. Des Doppelraubmordes hatten sich 1. der 1887 in Russisch-Polen geborene Arbeiter Adolf Gottschling, 2. der 1862 in Ostpreußen geborene Ludwig Konopka und die 1866 geborene Ehefrau Eliese Konopka wegen Begünstigung und Beihilfe dazu zu verantworten. Am 14. März 1911, abends 10 Uhr, sollen die beiden männlichen Angeklagten die Gebrüder August und Wilhelm Külbs in Streetz, die dort einen Hof besaßen, erschlagen und auch beraubt haben. Gottschling ist auf die Frage des Vorsitzenden geständig, August Külbs erschlagen zu haben. Der Tatbestand ist folgender: Gottschling ist mit dem 17. Jahre aus Rußland ausgewandert und hat in Deutschland auf verschiedenen Stellen gearbeitet. Er arbeitete in Wietze und war zuletzt an dem Bahnbau Lüchow-Dannenberg beschäftigt. In der ersten Zeit wohnte er in Platenlase, zog aber, als der Bahnbau immer weiter fortschritt, am 5. März auf Zureden von Konopka, mit dem er in einer Kolonne am Bahnbau tätig war, zu diesem hin. Konopka bewohnte auf dem Hofe der Gebrüder August und Wilhelm Külbs eine kleine Kate. Die beiden Brüder bewirtschafteten mit ihrer Schwester Doris den Hof. Ueber die Persönlichkeiten ist von Interesse, daß August K. „immer viel lachte, wenn man mit ihm sprach," wie Gottschling sagte, Wilhelm Külbs stumm und Doris K. geistesschwach war. In der Woche vor der Tat hörte Konopka, daß A. Külbs Schweine verkauft hatte; er selbst hatte auch vier davon erhalten, und wußte daher, daß August Külbs Geld im Hause hatte. Am Dienstag, 14. April, war Regenwetter und ging Gottschling aus dem Grunde nicht zur Arbeit. Konopka aber ging hin, kam aber schon um 8½ Uhr wieder. Noch am Vormittag gingen beide ins Gehölz, um eine von Konopka gekaufte Eiche zu fällen. Bei dieser Arbeit kam Konopka darauf zu sprechen, daß Külbs viel Geld hätte, das man ihm eigentlich mausen müßte, und meinte zu G., daß dieser die Tat man ausführen sollte. Zur Beruhigung des G. meinte K., wenn der Bauer käme, könne er sich ja wehren. G. weigerte sich aber immer noch, da er noch nie gestohlen hätte. K. wirkte aber immer wieder auf ihn ein und meinte, er solle sich nur ordentlich einen antrinken, dann würde er auch dreist. Beim Mittagessen zeigte K. dem G. von der Wohnung aus die Kammer von August Külbs und erzählte ihm ferner, daß in der Ecke die Kommode stand, in der das Geld enthalten wäre. Am Nachmittag mußte Konopka mit August Külbs geschäftlicher Angelegenheiten halber nach Dannenberg und ging G. gegen Abend in die Kammer von August K., um den Diebstahl auszuführen. Er hob die Kommode aus dem Fenster und schleppte sie hinter die Scheune, um sie dort zu erbrechen. Er ging aber erst wieder in die Kate, um sich von Konopka eine Axt zu holen. Als er nun dabei beschäftigt war, kam August Külbs hinzu, der sich nach seinem Tun erkundigte. G. gab aber keine Antwort, worauf Külbs selber die Kommode aufschloß und sein Geld herausnahm. Er forderte G. auf, die Kommode mit anzufassen, damit sie dieselbe wieder fortschaffen könnten. Sie brachten aber die Kommode nicht wieder in die Kammer, sondern stellten sie auf die Diele, von wo aus August Külbs sie wieder in seine Kammer brachte. G. ging wieder in die Kate, wo er Konopka traf, der ihm sagte, als er hörte, daß G. kein Geld hatte. „Du bist ja schön dumm, Du hast Dir die Arbeit gemacht, die Kommode aus der Kammer geholt und doch kein Geld bekommen." Er solle nur mit dem Beil die Kommode aufbrechen. Würde jemand kommen, so könne er sich ja wehren. Er solle nur noch einmal hingehen, er käme gleich nach. Als G. nun wieder auf die Geldsuche ging, stand die Kommode schon wieder an ihrem alten Platz. Als er dabei war, dieselbe zu erbrechen, kam August Külbs hinzu, der ihn von hinten anfaßte. Als G. bemerkte, daß er entdeckt war, schlug er um sich, worauf August K. fortlief. G. lief mit dem Beil hinterher und schlug blindlings auf ihn ein, so daß K. eine große Reihe schwerer Verwundungen davontrug. K. blieb auf der Diele tot liegen. Als dieser am Boden lag, entriß ihm G. noch dessen Uhr. Hierauf ging er wieder in die Kammer, um das Geld zu suchen, worauf er beobachtete, daß er Blut an seinen Händen hatte. Er ging darauf zum Brunnen, um sich zu reinigen. Als er darauf wieder zur Kammer zurückkam, kam auch Konopka, der ihn fragte, ob er das Geld gefunden hätte und wo August Külbs wäre. Er erzählte ihm den Vorgang mit Külbs und gab ihm davon Bericht, daß er August Külbs totgeschlagen habe. Konopka erwiderte darauf: „Das ist recht, dann kann er uns nicht verraten." Als die beiden noch im Gespräch waren, sahen sie Wilhelm Külbs, der vom Kuhstall kam, um die Milch nach der Küche zu tragen. Als die beiden Wilhelm erblickten, sagte Konopka zu Gottschling: „Jetzt kommt Wilhelm, der kann uns noch verraten, der muß noch welche haben." Konopka nahm nach diesen Worten das Beil, das Gottschling auf der Kommode hatte liegen lassen, und lief hinaus. Wohin Konopka gelaufen ist, konnte G. nicht sagen, er hörte aber, wie in der Küche ein Milcheimer umfiel und Wilhelm Külbs einen entsetzlichen Schrei ausstieß. Nach diesem Schrei wurde dem Gottschling in der Kammer angst und bange und er lief hinaus. Er ging, wie er sagte, über den Hof nach der Straße, wo er Wilhelm als Leiche fand. Als er an der Leiche vorbeiging, sah er den Konopka gerade in den Hof gehen. Er holte ihn ein und sprach mit ihm. K. sagte ihm, daß er jetzt das Geld suchen wollte. Gottschling ging zu Bett, warf aber vorher sein Hemd, das mit Blut befleckt war, unter das Bett und versteckte die dem August Külbs abgenommene Uhr in das Bettstroh. Nach einiger Zeit schlief er ruhig ein und erwachte erst wieder, als der Wachtmeister, der ihn verhaften wollte, vor seinem Bett stand.

Konopka bestreitet den von Gottschling erzählten Vorgang und hat auf die Frage des Vorsitzenden weiter keine Antwort, als daß er immer sagt, Gottschling lügt alles. Die Vernehmung der Frau Konopka ergibt, daß K. entgegen seiner eigenen Aussage doch noch am Abend, nachdem sie im Bett gelegen hatte, aufgestanden, mit G. gesprochen hatte und weggegangen sei. Wann er zurückgekehrt ist, konnte sie nicht angeben, da sie eingeschlafen war. — Die Verhandlung, zu der 58 Zeugen geladen sind, nahm zwei Tage in Anspruch. Am Mittwoch verurteilte das Schwurgericht die Arbeiter Adolf Gottschling und Ludwig Konopka wegen Raubmordes bezw. Mordes, ersteren zu 15 Jahren, letzteren zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Stade. Der Anstaltsvater von Himmelpforten wegen Sittenvergehens verurteilt. Nach einer dreitägigen Verhandlung vor der Strafkammer in Stade, die unter strengstem Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt wurde, ist der ehemalige Hausvater der christlichen Rettungsanstalt in Himmelpforten und Volksschullehrer Heinrich Hühne zu einer Gefängnisstrafe von 2½ Jahren verurteilt.

Es dürfte noch in Erinnerung sein, daß im März d. J. Meldungen durch die Zeitungen liefen, nach denen H. sich seit einer Reihe von Jahren an den ihm zur Erziehung anvertrauten weiblichen Zöglingen in der schändlichsten Weise vergangen haben soll. Die Nachforschungen seitens der Staatsanwaltschaft hatten die Verhaftung des Verdächtigen zur Folge.

Die schmutzige Sache ist damit aber noch nicht vollständig abgeschlossen, sondern wird noch ein Nachspiel haben. Hühne hat nämlich einen früher an der Himmelpfortener Anstalt tätigen Gehilfen der gleichen Verbrechen bezichtigt, die man ihm zur Last legte.

Wir wollen hoffen, daß dieser „Jugendfreund" bis zur endgültigen Verbüßung seiner Strafe in Gewahrsam bleibt und nicht wie Colander aus der Blohmschen Wildnis, der vor 6 Wochen begnadigt wurde, sobald wieder auf die Kinder der Armen losgelassen wird.

Schwurgericht.

28. Juni.

Vorsitzender: Landrichter Dr. Hasche.
Beisitzer: Landrichter Lewels und Seligmann.
Protokollführer: Sekretär Tügel.
Staatsanwalt: Dr. Luehrsen.
Verteidiger: Dr. Jonas und Dr. Beith.

Verdächtige Strandung. Auf Versicherungsbetrug bezw. Meineid und Beihilfe zu ersterem Verbrechen lautet die Anklage gegen den Schiffer Johann Heinrich Ramcke und den Schlachter Eggers Ramm. Der Anklage liegt ein Schiffsunfall zugrunde, der sich am Nachmittage des 1. Dezember 1910 in der Nähe des 5. Elbfeuerschiffes ereignet hat und der bereits dem hiesigen Seeamt zur Beurteilung vorlag. Die Seeamtsverhandlung wurde bis zur Erledigung des Strafverfahrens ausgesetzt. Dem Ramcke, der wiederholt mit seinen Fahrzeugen Pech gehabt hat, wird vorgehalten, den in Altona beheimateten Besanewer „Anna Catharina" auf den Strand gesetzt zu haben, um sich in den Besitz der Versicherungssumme zu setzen, wobei ihm der Mitangeklagte behilflich gewesen sein soll durch Erteilung „guter" Ratschläge. Da der Hauptzeuge, der damalige Bestmann des Ramcke, nicht erschienen ist, wird die Verhandlung ausgesetzt. Sollte der Zeuge noch ermittelt werden können, dann soll die Angelegenheit am Montag weiter verhandelt werden.

Aus den Schöffengerichten.

28. Juni.

Aus dem bürgerlichen Handlungsgehilfenlager. Der 58er Handlungsgehilfenverein und die Deutschnationalen liegen bekanntlich in ständiger Fehde, wie aus den zahlreichen gegenseitigen Beleidigungsklagen der führenden Geister auch weiteren Kreisen bekannt geworden ist. Die kleine Erde scheint für diese „Alexander" zu wenig Raum zu haben; sie kollidieren immer wieder. Schon einige Male hat man — „leicht beieinander wohnen die Gedanken" — vor Gericht erklärt, sich gegenseitig in Ruhe lassen zu wollen, aber bald rutschen die Zungen oder Federn wieder aus und man läuft dann wieder zum Kadi, der dann entscheiden soll, wessen Ehre am meisten angegriffen sei. In den meisten Fällen erteilt der Richter ihnen den Rat, die Streitaxt zu begraben und sich gegenseitig zu attestieren, daß es nicht so schlimm gemeint war. Auch heute gelingt es dem Richter, einen Vergleich zwischen einem 58er und einem Deutschnationalen zustande zu bringen. Die beiden Kläger waren sich bei den im Herbste 1910 stattgehabten Wahlen zum Kaufmannsgericht in die Haare geraten durch Verbreitung von Flugblättern, Wahlaufrufen usw. Befriedigt über den guten Verlauf der Dinge, verließen die Parteien die Reparatur- und Vergleichsanstalt für Ehrensachen.

Amtsgerichtsstunden für Arbeiter.

Arbeiter, Handwerksgehilfen, Handelsangestellte, kleine Geschäftsleute, denen es tagsüber nicht möglich ist, persönlich mit der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts zur Einziehung einer Auskunft oder zur Aufgabe von Anträgen usw. in Verbindung zu treten, können jeden Mittwoch abend von 6½ bis 9 Uhr und jeden Sonntag vormittag von 10 bis 12 Uhr sich im Ziviljustizgebäude (Erdgeschoß, Zimmer 124) Auskunft über den Geschäftskreis des Amtsgerichts berührende richterliche Angelegenheiten holen, sowie Anträge zu Protokoll geben. Es ist angeordnet, daß alle für eine Zivilabteilung, für das Gewerbegericht und Kaufmannsgericht und — soweit möglich — für die Abteilungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit bestimmten Klagen bezw. Anträge (auch Mietesachen, Alimentensachen usw.) aufzunehmen sind. Ferner werden Klagen und Anträge für auswärtige Gerichte sowie für das hiesige Landgericht entgegengenommen. Anträge in Strafsachen sind von der Aufnahme ausgeschlossen. Man beachte, daß Auskunft nicht über alle möglichen Rechtsfragen, sondern nur über den Geschäftskreis des Amtsgerichts berührende richterliche Angelegenheiten gegeben wird.

Bekanntmachung.

Das Bürgerrecht haben erworben:

Carl Hermann Julius Stop, Kanzlist, Landwehrdamm 9. — Oscar Ernst Mittelsdorf, Kanzlist, Farmsenerstraße 27. — Wilhelm Carl Christian Johann Bruse, Schankwirt, Trampgang 37. — Hans Wilhelm Ludwig Wulff, Volksschullehrer, Martinistraße 22. — Wilhelm Eduard Hell, Küpergeselle, Campestraße 7. — Carl Richard Mühlig, Arbeiter, Seumestraße 1. — Otto Heinrich Martin Gärtner, Buchhalter, Roonstraße 7. — Heinrich Friedrich Johann Jungblut, Oberpostschaffner, Papenhuderstraße 58. — Fritz Heinrich Rohr, Schmiedegeselle, Luruperweg 24. — Louis Friedrich Albert Winkler, Handlungsgehilfe, Krochmannstraße 18a. — Gustav Wilhelm Hermann Plate, Feuerungshändler, Rosenstraße 32. — Albert Leopold Fegebeutel, Braugehilfe, Wielandstraße 48. — Wilhelm Christian Lübbert, Tischlergeselle, Burggarten 13. — August Robert Mai, Volksschullehrer, Stückenstraße 95. — Otto Krebs, Techniker, Auenstraße 43. — Franz Wilhelm Carl Bernitt, Volksschullehrer, Mansteinstraße 12. — Nicolaus August Carl Hermann Hänsch, Kanzlist, Nienstedten, Osdorferstraße 29. — Ernst Asmus Heinrich Schlobohm, Arbeiter, Gluckstraße 36. — Johann Peter Hintz, Geschäftsführer, Schlump 27. — Carl Heinrich August Scharnberg, Straßenbahnschaffner, Zollvereinsstraße 27. — Ludwig Heinrich Hermann Fröhling, Maschinist, Seilerstraße 59. — Carl Otto Rudolf Paul Kolshorn, Schankwirt, Zeughausmarkt 2. — Gustav Paul Schmidt, Maschinist, Stellingerweg 25. — Peter Nicolaus Wollter, Bildhauergehilfe, Lindenallee 30. — Carl Friedrich Max Kroll, Sattlergehilfe, Falkenried 40, Haus 3. — Julius Otto Reinhold Lange, Grünwarenhändler, Hoheluftchaussee 123a. — Ernst Friedrich William Reichardt, Handlungsgehilfe, Tiedsweg 9. — Adam Friedrich Hermann Bauer, Oberpostschaffner, Schwenckestraße 19. — Otto Eduard Rode, Vorarbeiter, Billhorner Röhrendamm 177. — Carl Moritz Ruppin, Prokurist, Werderstraße 9. — Johann Hermann Wagner, Bäcker und Konditor, Eckernförderstraße 30. — Friedrich Karl Julius Janeke, Werkmeister, Seilerstraße 58. — Hermann Adolf Wilhelm Moraht, Mechaniker, Repsoldstraße 71. — Otto Amandus Heinrich Geerken, Hafenpolizist, Matthesonstraße 8. — Friedrich Wilhelm Karl Stuhr, Hafenarbeiter, Lindleystraße 98. — Ferdinand Friedrich Wilhelm Zachow, Maschinist, Rambachstraße 1. — Philipp Carl Ernst Roos, Maschinist, Sachsenstraße 72. — Fritz Hinrich Gustav Schröder, Arbeiter, Boitzenweg 14. — Eduard Ernst Riedel, Stukkateur, Bachstraße 78a. — Adam Kozlowski, Straßenbahnschaffner, Stuvkamp 8. — Carl Arthur Heinrich Schmidt, Reisender, Mansteinstraße 35. — Julius Gerhard Kellermann, Privatmann, Abendrothsweg 48. — Johannes Richard Felix Roclawski, Oberpostpraktikant, Durchschnitt 1. — Fritz Heinrich Karl Jarchow, Stellmachergehilfe, Vorstelmannsweg 113, Haus 4. — Karl Friedrich Wilhelm Lüge, Kranführer, Sieldeich 49. — Friedrich Heinrich Helms, Maurergeselle, Heitmannstraße 21. — Friedrich Ludwig Wilhelm Jahncke, Platzvize, Sierichstraße 103. — Heinrich Christian Friedrich Warncke, Arbeiter, Heitmannstraße 46. — Franz Theodor Hampel, Schauermann, Seilerstraße 38, Haus C. — Peter Detlev Heinrich Cäsar Sooft, Tischlergeselle, Hamburgerstraße 18. — Carl Paul Cornelius Haack, Volksschullehrer, Telemannstraße 48. — Wilhelm Theodor Christian Bischof, Arbeiter, Neuer Steinweg 45, Haus H. — Carl Edmund Caesar Romberg, Prokurist, Eilenau 85. — Carl Wilhelm August Adam, Steuermann, Reginenstraße 39, Haus 3. — Carl Heinrich Ernst Martens, Arbeiter, Lohkoppelstraße 73. — Hermann Karl Friedrich Heinrich Randt, Maler, Hegestr. 50. — Rudolf Heinrich Friedrich Georg Never, Straßenbahnschaffner, Mendelssohnstraße 12. — Friedrich Eduard Heinrich Carl Hagen, Kutscher, Glashüttenstraße 26, Haus 2. — Ernst Adolf Heinrich Hansen, Kanzlist, Lutterothstraße 96. — Carl Otto Alfred Schramm, Kontorbote, Pappelallee 52. — Andreas Bauer, Schlachter, Hamburgerstraße 95. — Robert Otto Oberländer, Schlossergeselle, Sandweg 5, Haus 3. — Max Arthur Haase, Lagerverwalter, Rostockerstraße 25. — Robert Samuel Krause, Betriebsingenieur, Steinwärder, Norderelbstraße 6. — Carl Martin Koch, Maurergeselle, Kanalstraße 32, Haus 1. — August Friedrich Moritz Louis Wilhelm Fricke, Reisender, Langenkamp 25. — Johannes Wilhelm Karl Kröplin, Kanzlist, Mendelssohnstraße 10. — Johannes Heupel, Steinmetzgeselle, Rönnhaidstraße 72. — Ernst Hugo Mittelsdorf, Kanzlist, Farmsenerstraße 27. — Carl Hermann Schnell, Maschinenbauergehilfe, Kielerstraße 31. — Karl Friedrich Heinrich Wäbs, Privatmann, von der Tannstraße 10. — Carl Ernst August Wittenberg, Tischler, Brauerknechtgraben 5. — Max Schultz, Gemüsehändler, Peterstraße 50. — Johann Heinrich Wilhelm August Buhndorf, Schriftsetzer, Bundesstraße 11. — Carl Victor Richard Ulfe, Kaufmann, Hammerlandstraße 31. — Bernhard Edmund Hildebrandt, Gerbergeselle, Querstraße 5. — Franz Johannes Peter Dietmann, Händler mit Kolonialwaren, Niedernstraße 80. — Walther Carl Theodor Schmalz, geprüfter Rechtskandidat, Im Gehölz 5. — Max von Anshelm-Möller, Handlungsgehilfe, Blumenau 121.

Hamburg, den 26. Juni 1911.

Die Aufsichtsbehörde für die Standesämter.

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Versammlungen, von denen uns Kenntnis gegeben wird.

Vereine:

Donnerstag, den 29. Juni, abends 8½ Uhr: **Schiffszimmerer**, im Gewerkschaftshause. — **Ewerführer und Decksschiffer**, bei Mähl, Besenbinderhof 9. — **Segelmacher**, bei Jörß, Ditmar Koelstraße 19. — **Steinträger**, im Gewerkschaftshause.

Freitag, den 30. Juni, abends 8½ Uhr: **Distrikt Barmbeck**, bei Laukemann, Alter Schützenhof. — **Distrikt Rotenburgsort**, bei Bock, Wasserturm. — **Steinarbeiter I**, im Restaurant „Vorwärts", Frankenstraße 12. — **Freidenker, Altona**, bei Brandt, Gr. Bergstraße 136. — Abends 9 Uhr: **Gärtner, Barmbeck**, bei Sehmisch, Heinrich Hertzstraße 99.

Sonnabend, den 1. Juli, abends 8½ Uhr: **Distrikt Fuhlsbüttel**, bei Gorges, Langenhorn. — **Böttcher** &c., bei Horn, Hohe Bleichen 30. — Abends 9 Uhr: **Flußdampfer- und Motorschiffer**, bei Hagelstein, Schlachterstraße 43. — **Korbmacher**, bei Eberhardt, Eimsbüttelerstraße 12.

Sonntag, den 2. Juli, vormittags 10 Uhr: **Bauarbeiterverband, Bezirk Eppendorf-Winterhude**, bei Clasen, Falkenried 45.

Krankenkassen:

Sonnabend, 1. Juli: **Zentral-Krankenkasse der Maler**, bei Brandt, Große Bergstraße, Altona. — Abends 9 Uhr: **Maler, Filiale Hamburg**, bei Schwarz, Caffamacherreihe.

Arbeitersekretariat Hamburg-Altona.

Hamburg, Besenbinderhof 57, 2. Et., Gewerkschaftshaus.

Sprechstunden: Wochentags von 10 bis 1 und 5 bis 7 Uhr. Sonn- und Festtags geschlossen.

Bibliothek des Hamburg-Altonaer Gewerkschaftskartells geöffnet Wochentags von 9 bis 1 und 4 bis 8 Uhr. Sonn- und Festtags geschlossen.

Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen.

Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Hintergebäude, parterre links.

Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 und von 6 bis 7½ Uhr nachmittags. Sonn- und Festtags geschlossen.

Anzeigen.

(Für den Anzeigenteil ist die **Redaktion** dem Publikum nicht verantwortlich.)

Am 2. Juli d. J. begeht unsere liebe Mutter, **Frau M. Dahmann**, geb. **Westpfahl**, ihr **25jähriges Geschäfts-Jubiläum** als Zeitungskolporteurin.

Eilbeck, Kiebitzstraße 27, I.

Die Kinder.

Meta Engelhardt
Friedrich Krösch
Verlobte.

Hamburg. **Uelzen.**

Sozialdemokratischer Verein
für den
3. Hamburger Wahlkreis.

Todes-Anzeigen.

Distrikt Eilbeck.

Den Mitgliedern hierdurch die traurige Nachricht, daß unser Genosse

Fr. Jothann

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Freitag, den 30. Juni, nachmittags 2½ Uhr, vom Krankenhause in der Lohmühlenstraße aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Die Distriktsleitung.

Distrikt Barmbeck.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Frau Auguste Bentin

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Beerdigung: Donnerstag, 29. Juni, nachm. 2 Uhr, vom Hafenkrankenhause.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Distriktsleitung.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Am 27. Juni, morgens 7 Uhr, entschlief nach achtwöchentlicher schwerer Krankheit mein lieber Mann und unserer Kinder treu sorgender Vater, der Zimmermeister

Carl Otto.

Um stilles Beileid bittet die trauernde Witwe

Gertrude Otto, verw. **Tode,**
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am 30. Juni, nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause in Hellbrook, Schillerstraße 2, aus nach Ohlsdorf statt.

Sozialdemokratischer Verein f. d. 2. Hamburger Wahlkreis.
7. Distrikt, Bezirk 91.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Karl Hansen

am Dienstag, 27. Juni, nach langer Krankheit gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, 30. Juni, nachm. 2½ Uhr, vom Krankenhause, Lohmühlenstraße, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Bezirksführer.

Zentralverband deutscher Freidenker.
Ortsgruppe Hamburg.

Todes-Anzeige.
(Verspätet.)

Am 17. Juni starb infolge Baumunfalls unser langjähriges braves Mitglied, der Genosse

Gottfried Böttcher,
Zimmerer,

im Alter von 64 Jahren. Seine Bestattung hat bereits am 21. Juni stattgefunden.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspende anläßlich der Beerdigung meines lieben Mannes

Albert Harms

sage ich allen Verwandten, Freunden und Nachbarn, insbesondere dem 3. Wahlkreis, Distrikt Rotenburgsort, u. seinen Kollegen vom Staatsarbeiterverband v. Hamburg-Altona, sowie allen, die ihm im Leben nahe standen, meinen innigsten Dank.

Frau A. Harms Wwe.

Danksagung.

Da es mir nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken für die rege Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meiner Kinder guten Vaters, Bruders und Schwagers, sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn **H. Stubbe** für die trostreichen Worte am Grabe, sowie dem 3. Wahlkreis, Distrikt Rotenburgsort, unseren innigsten Dank.

Bertha Berg Wwe.
nebst Kindern,
Carl Berg und Frau,
geb. **Drewes.**

Danksagung.

Für die uns erwiesene Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Gatten und unseres Vaters sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Nachbarn, sowie der Kolonne vom Roten Kreuz (Abteilung Barmbeck) und den Kollegen vom Katschuppen 16 unseren tiefgefühlten Dank.

Frau E. Schubert Wwe.
und Kinder.

Ankauf von Hypotheken, Erbschaften 2c. von Selbstkäufer. **Ferdinandstraße 45, 1. Et.**

An die Käufer der Kucki-Zigarette!

Es ist eine unbestrittene Tatsache:

Die Kucki-Zigarette bedeutet in der 2 ₰-Preislage die **Höchstleistung** auf dem Markte der Zigarettenfabrikation.

Das beweist klar

der **ständig steigende Absatz** dieses vorzüglichen Fabrikates.

Um die Raucher dieser Marke **irrezuführen,** in der Absicht, mich **geschäftlich** zu **schädigen,** ist das Gerücht verbreitet worden, dass in der Kucki-Zigarettenfabrik gestreikt wird, und auch sogar, dass diejenigen Arbeiter der Fabrik, die an der Maifeier teilgenommen haben, ausgesperrt worden sind.

1000 Mark

sichere ich demjenigen zu, der mir nachweist, dass an dem verbreiteten Gerücht auch nur **ein wahres Wort** ist.

100 Mark

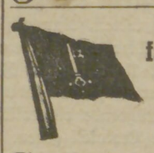
erhält derjenige, der mir den **Urheber** dieses Gerüchts so nachweist, dass ich denselben **gerichtlich** belangen kann.

„Kucki"-Zigarettenfabrik.
Generalvertreter: **E. W. Schwerzel,**
Hamburg 6, Weidenallee 43, Fernsprecher: I, 9077.

Die schlimmsten Feinde der Kinder sind die besonders im Sommer auftretenden Magen- und Darmkrankheiten. Den besten Schutz dagegen bietet eine rationelle Ernährung mit „Kufeke", welches dem Organismus die zu seinem Aufbau nötigen Nährstoffe zuführt und ihn dadurch gegen Krankheiten widerstandsfähiger macht. Die im „Kufeke" enthaltenen Mineral- und Eiweißstoffe fördern die Knochen- und Muskelentwicklung aufs günstigste.

Vereinshaus „Thalia",
Neustädterstr. 41/43. (Inh.: W. Vorwohle.)

Jeden Donnerstag: Große Tanzmusik.



Lustfahrten **Hamburg-Cuxhaven**

mit Express-Salon-Dampfer **„Cuxhaven"**

ab St. Pauli Landungsbrücken — Brücke Nr. 5.

Sonntags: Morgs. **7½**, **Werktags:** Morgs. **8½** Uhr.

Zurück von Cuxhaven „Alte Liebe":

			ab Cuxhaven:	an Hamburg:
Freitag,	den 30. Juni,		Nachm. 5 Uhr	Abends 9³⁰ Uhr
Sonnabend,	„ 1. Juli,		„ 5 „	„ 9 „
Sonntag,	„ 2. „		„ 5³⁰ „	„ 9¹⁵ „
Montag,	„ 3. „		„ 5³⁰ „	„ 9 „
Mittwoch,	„ 5. „		„ 6 „	„ 9³⁰ „
Hin und zurück	Wochentags	M. 2,60	Kinder die Hälfte. — Gültig für die ganze Saison. — Gepäck frei.	
	Sonntags	„ 3,—		

Karten-Ausgabe: St. Pauli Landungsbrücken-Gebäude zwischen Brücke 3—4 und in den bekannten Verkaufsstellen.



Ausflüge mit den **Lauenburger Dampfern**

Burmester & Basedow

nach **Ochsenwärder, Moorwärder** (Stadtkolonie): Zur **berühmten Gartenkultur in Vierlanden (Station Zollenspieker)**

nach **Geesthacht-Tesperhude:**
Herrliche Buchenwaldungen,

nach **Lauenburg-Hitzacker:**
Reizende Lage,

nach **Dömitz** (Alte Festung).

Abfahrt von Hamburg-Stadtdeich: Sonntags: Vorm. 7, *8, 9, 11, nachm. 2, 3, 5½, 8½, 12 Uhr. Werktags: Vorm. 7, 9, 11, nachm. 2, 3, 7½, 8½ Uhr. (* Schnellfahrt.)

Wir empfehlen unseren Lesern folgende

Neuerscheinungen:

Sozialdemokratie und Sozialismus
im Lichte bürgerlicher Kritik.
Eine Materialiensammlung,
zusammengestellt
von **Heinrich Dikreiter.**
Preis 20 Pfennig.

Deutsche Geschichte
vom Ausgange des Mittelalters.
Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende.
Erster Teil... Preis M. **1,25**
Zweiter Teil . „ „ **1,25**
Beide Teile in einem Band gebunden
Preis M. **2,50.**

Kirchensteuer und Kirchenaustritt in Preußen.
Preis 20 Pfennig.

Zum Kampfe gegen die Reichsversicherungsordnung
von **Hermann Molkenbuhr.**
Preis 15 Pfennig.

Von unten auf!
Ein neues Buch der Freiheit.
Gesammelt und gestaltet von Franz Diederich.
Mit 26 Kunstblättern.
Preis in einem Band..... M. **5.**
Preis in zwei Bänden.... „ **6.**

Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie
von **K. Kautsky.**
Preis 25 Pfennig.

Kunst und Proletariat
von **Klara Zetkin.**
Preis 15 Pfg.

Grundbegriffe der Politik
von **Friedrich Stampfer.**
In Leinen gebunden M. **3.**

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.,
Hamburg 36, Fehlandstrasse 11.

Bestellungen nehmen sämtliche **Filialleiter** und **Kolporteure** des **„Hamburger Echo"** entgegen.

Gartenlaube, Hühnerstall, beid. zerlegb., bill. z. verk. Eppend. Weg 33, H. 2, pt. r.

Land mit Schauer ist b. d. Haynstr. bill. zu übernehm. **Wittkamp,** Breitenfelderstr. 50.



Stader Dampfer
ab St. Pauli Landungsbr. Brücke Nr. 3.

Nach **Blankenese:** 10, 11, 12, Nm. 1, 2½, 3, 4, 5, 6, 7, 7¾.
V. **Blankenese:** 7½, 9½, 12½, 1½, 2½, 4½, 5½, 6½, 7½, 8½, 9, 9½.
V. **Falkental:** 7½, 9½, 12, 1, 2, 4, 5, 6, 7½, 8¹⁰, 9.
N. **Wittenbergen** und **Schulau:** 10, nm. 2, 3, 4, 7.
V. **Schulau:** 6¾, 8¾, 4½, 6⁴⁰, 7³⁵.
V. **Wittenbergen:** 7, 9, 4⁵⁰, 6⁵⁵, 7⁵⁰.

Zur Kirschenzeit:
N. **Lühe, Borstel, Stade:** Vm. 10, nm. 2, 4, 7. Sonnabends abends 7¼ anstatt 7 Uhr.
V. **Stade:** 5, 7½, nm. 2¾, 5¾.
V. **Borstel:** Mgs. 7³⁰, nm, 3½, 6⁴⁰.
V. **Lühe:** Vm. 6½, 8½, nm. 4¼, 7½.
N. **Kollmar, Krautsand, Wischhafen:** Nm. 4, retour: Mgs. 6.
Nach **Cuxhaven:** Sonntags mg. 7½, Werktags mg. 8½ mit Express Salon-Dampfer **„Cuxhaven"** Sonntgs., Montgs., Mittw., Freitgs., Sonnab.



Etablissement „Mühlenkamp",
Jeden **Donnerstag:**
Grosser Ball
Anfang 8 Uhr.

M. 270 **Piano zu verkaufen.** Langereihe 88, pt., St. G.

Eine wachsame schwarze Spitzin an g. Leute abzugeben.
Blumenstr. 9, I., Altona.

Zirkus Busch
St. Pauli, Circusweg.
Heute, Donnerstag, 8 Uhr abends:
Gala-Vorstellung

Hr. **Burkhardt-Foottit** als Schulreiter.
Die Vorführung des kugelsicheren Dowepanzers durch Herrn
Kapt. Smith
!! Unverwundbar !!
Schuss auf Mensch und Tier mit Original-Militär-Gewehr.
Herrn **Ernst Schumanns** berühmte Freiheitsdressur. — **Jansly-Jansen,** komische Tierdressuren. **Die Fredianis, Akrobaten zu Pferde.** — Frl. **Elisabeth v. Dynar,** Schulreiterin. — **3 Gebr. Fratellinis,** urkom. Clowns. — **Hector** und **Lolette,** Equilibristen.
Um 9¾ Uhr:
Venezia
Besonders hervorzuheben:
Das gr. Tarantella-Ballett.
Das Ballett unter Wasser
und das **gr. Gala-Programm.**

Sonntag, 2. Juli:
Auf vielseitigen Wunsch!
Nachmittags 4 Uhr:
Venezia.

Wir empfehlen zu den von der **Zentralkommission für das Arbeiter-Bildungswesen** arrangierten

Volks-Schauspielen

im **Gewerkschaftshaus** und im **Deutschen Operettentheater** nachfolgende

Textbücher, bezw. **Einführungen:**

Ueber unsere Kraft, Schauspiel in zwei Aufzügen von Björnstjerne Björnson..... M. —,20
Dantons Tod, von Georg Büchner..... „ —,25
Figaros Hochzeit, von Beaumarchais..... „ —,20
Gespenster, von Henrik Ibsen..... „ —,20
Rosmersholm, von Henrik Ibsen..... „ —,20
Das Gnadenbrot, von Iwan Turgenjeff..... „ —,20
Der Revisor, von Nikol Gogol..... „ —,20
Einführung dazu 10 ₰.
Der zerbrochene Krug, von Heinr. v. Kleist..... „ —,20
Einführung dazu 10 ₰.
Zu den Sternen, von Leonid Andrejew..... „ 2,50
Hille Bobbe, von Adolf Paul..... Broschiert „ 1,50

Buchhandlung Auer & Co.
Hamburg 36, Fehlandstraße 11.

Sämtliche **Kolporteure** und **Filialleiter des „Hamburger Echo"** nehmen Bestellungen entgegen.

Carl Hagenbeck's
Tierpark, Stellingen.

Völkerschau Indien sowie **Samojedentruppe.**

In der **Dressurhalle:**
Vorführung dressierter Tiere in reichhaltiger Abwechslung.
Viele **Neubauten** und **Neueinrichtungen.**
Reichhaltiger Tierbestand.
Fütterung der Raubtiere 5 Uhr nachmittags, **der Eisbären, Seelöwen usw.** 11 Uhr vormittags, 4 und 6 Uhr nachmittags.
Sonder-Ausstellung: Straussenfarm mit Straussenküken.
Entree 10 ₰ für Erwachsene und Kinder.

Täglich Konzert

am **Haupt- u. Wein-Restaurant** vom **2. Lothr. Infanterie-Reg. Nr. 131, Mörchingen,** Musikmeister **P. Möller.**
Heute: Nordischer Musik-Abend.
In der Weinabteilung jeden Mittag Tafelmusik.

im **Sommer-Restaurant** **Streichmusik,** ausgeführt vom Kapellmeister **Scheuffler** mit seiner 20 Mann starken Kapelle.

Eintritt: 50 ₰, Kinder 25 ₰, Sonntags und Festtags: vormittags bis 12 Uhr 30 ₰, Kinder 15 ₰, nachmittags 50 ₰, Kinder 25 ₰.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands
Zahlstellen Hamburg und Altona.

Sonntag, den 2. Juli 1911:

Gemeinschaftliche Dampfertour

nach dem Lokale „Elbhof" (Inh.: **H. A. Mewes**) in Finkenwärder.

Nach Ankunft:
Gemeinschaftliches Kaffeetrinken.
Ferner:
Tanz, Preiskegeln, Preiswürfeln für Herren und Damen.

Abfahrt von den St. Pauli Landungsbrücken nachmittags präzise 2 Uhr per Dampfschiff „Union" (Kapitän Becker), Altona anlegend.

Rückfahrt nachts 1 Uhr.
Herrenkarte 80 Pfg. Damenkarte 50 Pfg.
Musik an Bord.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Das Festkomitee.**

Tanz-Lehr-Institut H. Bärthel,
St. Pauli, Talstrasse 45, Privathaus.

Am Dienstag, 4. Juli, beginnt ein neuer

Tanz-Kursus.



Honorar: Herren M. **6, Damen** M. **3.**
Uebungszeiten: Dienstags und Freitags von 9 bis 11 Uhr.
Einzelunterricht in **Walzer und Polka** in zwei bis drei Stunden,
sämtliche Rundtänze in fünf bis sechs Stunden zu jeder gewünschten Zeit.

Hansa-Saal, Langenfelde.
Jeden Donnerstag: Tanzkränzchen. Anfang 8 Uhr.

Prima Füllenfleisch
Sonnabend, den 1. Juli.
Roßschlachterei Niedernstraße 102. Graetz.



Kraft-Rotwein
Fl. 1,50 u. 2 M. überall zu haben

„Santa Lucia"-Wein-Depot Hamburg 3.
Fernspr.: 4 — 6627.

Zentralkommission für das Arbeiter-Bildungswesen.

Volks-Schauspiele
im Gewerkschaftshause (Großer Saal)
unter Leitung von Leopold Jessner, Hamburg.

Sonnabend, den 8. Juli 1911:
Der zerbrochene Krug,
Lustspiel in 1 Akt von Heinrich v. Kleist.
Der eingebildete Kranke,
Lustspiel in 3 Akten von Molière.
Preis der Karte und Kleiderablage, einschließlich Theaterzettel, 60 Pfg.
Saalöffnung 7½ Uhr. — Anfang 8½ Uhr.

Sonntag, den 9. Juli 1911:
Dieselbe Vorstellung.
Saalöffnung 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Karten verlange man im Gewerkschaftshause, Bureau des Kartells, Bureau für das Bildungswesen, Hth., part., im Restaurant durch die Kellner, in der Expedition des „Hamburger Echo", Fehlandstr. 11, in den Zigarrenläden von **Stangenberg** (Gewerkschaftshaus), **W. Bandel,** Steinstr. 95, und, **soweit noch Karten vorhanden,** an der Abendkasse.

Theater.

Donnerstag, den 29. Juni:
Thalia-Theater. Gastspiel des Wiener Operetten-Ensembles. Künstlerische Leitung: Direktor **Miksa Präger.** Gastdarstellung von **Grete Holm** und **Hubert Marischka** vom Theater an der Wien in Wien. **Die Dollarprinzessin,** Operette in drei Akten von Leo Fall. Anfang 8 Uhr.
Deutsches Operetten-Theater. Sommerpreise. Täglich, abends 8 Uhr: **Der Mann mit den drei Frauen.**
Billettvorverkauf an der Tageskasse, von 10 bis 2 Uhr (Gr. I, 5367), **H. Käse,** Alsterarkaden 9 (Gr. III, 3443), **Oscar Wichers,** Steindamm 17 (Gr. III, 436), und **H. W. Bejöhr Wwe.,** Alstertor 5 (Gr. IV, 2655).
Carl Schultze-Theater. Ueber **110** Aufführungen. Täglich 8½ Uhr: (Vereinskarten gültig.) **Polnische Wirtschaft.**
Ernst Drucker-Theater. 8½ Uhr: Gastspiel **Gebr. Gollbach.** Auf allseit. Verlangen. In neuer glänzender Ausstattung. Eigene plastische Dekorationen. **Krone und Fessel,** milit. Ausstattungsstück in 6 Bildern.

Freitag, den 30. Juni:
Thalia-Theater. Die Dollarprinzessin.

Neues Operetten-Theater
Sonnabend, 1. Juli, abends 8 Uhr:
Bei ganz kleinen Preisen.
Ensemblegastspiel des Neuen Theaters, Hamburg, unter Leitung des Direktors James Bauer.
Meyers.
Billettvorverkauf täglich von 10 bis 2 Uhr an der Tageskasse (Fernspr. I, 2571).
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Neues Theater.
Tägl. 8½ Uhr: (Vorzugskart. wochentags gültig.)
Gastspiel des **Fritz Steidl-Ensembles.**
Nur noch kurze Zeit!
„Hallo! Die grosse Revue!"
In Vorbereitung:
„Donnerwetter — Tadellos!"

Schiller-Theater.
Donnerstag, 29. Juni, abends 8½ Uhr:
Undine,
rom. Zauberoper in 4 Aufz. von Albert Lortzing.
Freitag: Gastspiel **Heinrich Bötel.**
Der Troubadour.
Sonnabend: **Zar und Zimmermann.**

Flora
Juni 1911.
Das Mädchen ohne Ehre.
Sensation. Ausstattungsstück.
Hierzu das glänzende
Spezialitäten-Programm.
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Sonntags, Dienstags, Freitags:
BALL.

HANSA-THEATER.
Vera Violetta
und das
Varieté-Programm.
Anfang 8 Uhr. Ende 10⁴⁵ Uhr.

Loebel's „Gemischter"
Bitterlikör.
Ausschank in den meisten Wirtschaften

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Zweite Beilage zum Hamburger Echo Nr. 149.

Donnerstag, den 29. Juni 1911.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: C. Döring in Hamburg.

Ueber die Agrarierfrage

sprach in voriger Woche Genosse Dr. Laufenberg in einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Ottensen. Der Redner wies einleitend auf die Herrschaft der agrarischen Parteien in Preußen-Deutschland hin, hinter denen außer Bureaukratie und Monarchie die gesamte Reaktion und weite Schichten der städtischen Finanz stehen. Er beleuchtete die Gründe, die zu diesem weitgehenden Einfluß des Junkertums maßgebend waren und hob als einen der wichtigsten die Tatsache hervor, daß es den Junkern gelang, den Bauern eine Interessengemeinschaft zwischen sich und ihnen vorzuspiegeln.

Darauf ging er ein auf die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung Deutschlands seit Ende der sechziger Jahre. Damals versuchte der Liberalismus, die Finanzen des Reiches auf Finanzzölle zu gründen, im übrigen aber den Freihandel durchzuführen. Die Junker widerstrebten dem nicht, da sie noch auf den Export angewiesen und starke Verbraucher von Eisen waren. Da kam nach dem Kriege zwischen den amerikanischen Nord- und Südstaaten die amerikanische Konkurrenz auf dem Getreidemarkt. Zugleich entzog die schnelle Entwicklung der deutschen Industrie nach dem Milliardensegen der Landwirtschaft zahlreiche Arbeitskräfte. Der darauf folgende wirtschaftliche Krach verschärfte die Wirkungen der ausländischen Konkurrenz auf die deutsche Landwirtschaft. Die Folge war ein Kompromiß zwischen Junkertum und Großindustrie bei der Steuerreform im Jahre 1879. Diese Reform sah Steuern auf Tabak, Bier, Kaffee und Wein vor, bei denen sich die Gesichtspunkte von Finanz- und Schutzzoll mischen. Zugleich waren reine Schutzzölle auf Lebensmittel und Rohprodukte vorgesehen, die 100 Millionen Mark erbringen sollten, was aber überschritten wurde. Als bei den Wahlen 1890 die Opposition Erfolge errang und die folgenden Handelsverträge Caprivis Zollermäßigungen brachten, erstand sofort darauf der Bund der Landwirte, der nicht als politische Partei auftrat, sondern nur versuchte, in allen bürgerlichen Parteien möglichst viel agrarische Kandidaten durchzusetzen. Wesentlich dank der Tätigkeit des Bundes kam 1898 ein hochschutzzöllnerischer Reichstag zustande, der den Zolltarif von 1902 und andere agrarische Gesetze, wie Fleischbeschau und Seuchengesetz und die Aufhebung des Identitätsnachweises durchsetzte. Durch die Zollgesetzgebung befestigte das Zentrum seine Stellung als eigentliche Regierungspartei.

Diese Schutzzollgesetzgebung trägt ausgesprochen kapitalistischen Charakter, obgleich ihre Wirkungen auf die Verschiebungen innerhalb der Betriebklassen dem auf den ersten Blick nicht zu entsprechen scheinen. Die Betriebsstatistik von 1907 zählt 5,73 Millionen landwirtschaftliche Betriebe, von denen 3,3 Millionen Nebenbetriebe und 2,4 Millionen Hauptbetriebe sind. Die Zahl der Nebenbetriebe deckt sich im großen ganzen mit der der Kleinstellen, die bis zu zwei Hektar Land bewirtschaften. Gegenüber der Zählung von 1895 ergab sich ein Mehr von 177 765 Betrieben. Die Zunahme entfällt überwiegend auf Betriebe unter ½ Hektar; die kleinsten Betriebe sind also noch kleiner geworden. Die Betriebe von ½ bis 2 Hektar nahmen um 90 100 Betriebe und 37 127 Hektar Areal ab. Die bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe von 3 bis 20 Hektar wuchsen um 77 729 Betriebe. Zugleich wuchs in dieser Klasse auch der Umfang der einzelnen Betriebe. Auch bei den großbäuerlichen Betrieben von 20 bis 100 Hektar stieg der Betriebsumfang, doch verlor diese Klasse seit 1895 534 000 Hektar Areal. Die Großbetriebe über 100 Hektar bewirtschafteten 1882 10,28 Millionen, 1895 11,3 Millionen und 1907 9,22 Millionen Hektar. Die Durchschnittsgröße betrug in diesen Jahren 411,8, 440,2 resp. 420,8 Hektar. Unter der Herrschaft des kapitalistischen Hochschutzzolles vollzog sich also eine Abnahme der Großbetriebe nach Zahl und Umfang und ebenso eine Zunahme der Klein- und Mittelbetriebe nach Zahl und Umfang.

Deutlich prägt sich dagegen der kapitalistische Charakter der Schutzzollpolitik in der enormen Landflucht aus. 1816 waren in Deutschland von 25 Millionen Einwohnern 19 Millionen, also drei Viertel, in der Landwirtschaft tätig, 1895 von 52 Millionen 18 Millionen und 1907 von 62 Millionen nur noch 17 Millionen in der Landwirtschaft tätig. Diese Landflucht erstreckt sich sowohl auf Gebiete mit vorherrschendem Klein- als auch Großbetrieb. Dazu kommt die steigende Unständigkeit der ländlichen Arbeiter. Die Landwirtschaft ist von Natur Saisonarbeit, was unter der Einwirkung der Maschine immer schärfer hervortritt. In wachsendem Maße wird die Männer- durch Frauenarbeit ersetzt, steigt die Verwendung fremdländischer Arbeitskräfte.

So zeigt sich bei der Abnahme der Großbetriebe und der Zunahme der Klein- und Mittelbetriebe eine wachsende Wanderung der Arbeiterschaft, ein Widerspruch, der durch die Statistik, wie sie heute betrieben wird, nicht aufzuklären ist. Irreführend ist an ihr, daß sie als alleinigen Ausgangspunkt den Betriebsumfang annimmt. Die Landwirtschaft zerfällt aber in vier Hauptarten: Getreide-, Fleisch-, Garten- und Holzproduktion. Selbstverständlich entspricht der Ertrag eines Grundstückes von gewisser Größe bei einer dieser vier Betriebsarten durchaus nicht den Erträgen bei den andern auf gleich großen Grundstücken. Was bei der einen Betriebsart kapitalistischer Großbetrieb ist, kann bei den andern Handwerks- oder Mittelbetrieb sein. Da diese Unterschiede durch die Statistik nicht aufgehellt, sondern eher verdunkelt werden, bleiben der eigentliche Umfang des Großbetriebes und damit eine Anzahl anderer Erscheinungen im Unklaren.

Diese Unsicherheit in der Beurteilung der Tatsachen wirkt auf unsere Agitation wesentlich zurück. Manchmal glaubt man sich helfen zu können, daß man dem Bauer vorrechnet, wie die Schutzzollpolitik für ihn selber ein Schaden sei. Zweifellos hat der Bauer Schaden von ihr, soweit sie seinen Lebensunterhalt und das Rohmaterial verteuert, Vorteile aber, soweit er durch sie höhere Preise erzielt. Man kann der ländlichen Bevölkerung wohl die Unhaltbarkeit der heutigen Zustände nachweisen, wonach 45 Millionen zugunsten von höchstens 17 Millionen in ihren Lebensinteressen geschädigt werden. Man kann nachweisen, daß das eigene Interesse der kleinen und mittleren Bauern zum wirtschaftlichen und politischen Anschluß an die städtische Bevölkerung treibt, daß die Militär-, Steuer- und Schulpolitik auch der ländlichen Bevölkerung schwere Nachteile bringt. Aber man wird den Leuten niemals im Widerspruch zu ihren Wirtschaftsrechnungen das Einmaleins ausreden. Sie wissen besser als wir, ob sie von der Schutzzollpolitik Vorteil oder Nachteil haben. Die im Interesse der städtischen Bevölkerung notwendige, möglichst rasche Beseitigung der Schutzzollpolitik verletzt zudem die nächstliegenden Interessen der Bauernschaft. Darin liegt eben mit das Verbrecherische der ganzen heutigen Schutzzollpolitik, daß sie Verhältnisse schafft, deren Beseitigung auch jene trifft, die im ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit nichts anderes dranzusetzen haben, als ihre eigene persönliche Arbeit.

Unsere Agitation ist leicht, soweit es sich um die eigentliche Landarbeiterschaft handelt; sie wird schwer, wo das Kapitalverhältnis durch das Dazwischentreten des Privateigentums an Grund und Boden verdunkelt wird. Allerwo richtet sich unsere Agitation gegen das Kapital, das kapitalistische Gesellschaftsverhältnis. Dies Kapitalverhältnis wollen wir treffen, nicht die Interessen der Arbeit. Mit Recht wurde in den letzten Tagen in theoretischen Auseinandersetzungen über die Agrarfrage betont, daß gerade die rasche Beseitigung der Schutzzölle Maßregeln im Interesse jener ländlichen Erwerbsschichten notwendig macht, die nur auf ihre eigene Arbeit angewiesen sind. Praktische Vorschläge von unserer Seite müssen nun ökonomisch durchführbar sein und unter den Schichten, die wir gewinnen wollen, Aufklärung schaffen in dem Sinne, daß sie zur Einsicht von der Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel geführt werden. Die politische Durchführbarkeit freilich hängt von unsern Gegnern ab, und diese werden unsere Vorschläge um so energischer bekämpfen, je tauglicher sie sind. Der Angelpunkt unserer Agitation kann auch auf diesem Gebiete nur und muß sein die Beseitigung des Kapitalverhältnisses durch den gesellschaftlichen Besitz.

In den letzten Wochen ist nun empfohlen worden, die Bodenverstaatlichung in den Mittelpunkt der Agitation zu rücken. Oekonomisch durchführbar wäre sie. Wenn aber der Gedanke der Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu einem gang und gäben Besitztum der Arbeiterschaft geworden ist, so ist doch zu berücksichtigen, daß sie sich diesen Besitz erst in langer geistiger Entwicklung errungen hat. Es darf aber bezweifelt werden, ob der Gedanke der Verstaatlichung des Grund und Bodens bei der ländlichen Bevölkerung auf die erforderlichen geistigen Voraussetzungen stößt. Wollte man dem Staate, wie vorgeschlagen, ein Vorkaufsrecht beim Besitzwechsel einräumen, so würde der Staat gerade dort eingreifen, wo die erhöhte Grundrente durch Kapitalisierung weggefangen wird, der Erfolg der Maßregel also überwiegend dem Verkäufer zugute kommt.

Gilt es, das Kapitalverhältnis zu treffen, so sind die gegebenen Angriffspunkte die Hypothek, die Pacht und der kapitalistische Zwischenhandel. In den preußischen Landbezirken überwiegen die hypothekarischen Eintragungen die Löschungen von 1886 bis 1898 um 7322 Millionen, in den preußischen Stadtbezirken im gleichen Zeitraum 23 139 Millionen. Zur Uebernahme der Hypotheken durch den Staat wären also bedeutende Summen nötig, doch ließen sich dabei für die Allgemeinheit wohl einige hundert Millionen verdienen. Abgesehen davon, daß der Staat dadurch in Höhe der Hypothekensumme ein namhaftes Wertobjekt in die Hände bekommt, ließen sich die Kosten der Verstaatlichung durch eine Vermögenssteuer aufbringen. Die Maßregel wäre durch Ausgabe von Schuldscheinen zu bewerkstelligen, die der Konvertierung unterliegen. Auf der andern Seite würde der Staat den kleinen und mittleren Bauern unkündbare Darlehen zu billigem Zinsfuß hergeben können. Eine Verstaatlichung des Pachtzinses ließe sich natürlich nur durch vollständige Expropriation durchführen. Man könnte daneben an die Festlegung von Pachtmaxima denken. Irrig aber scheint mir die geforderte „Demokratisierung", die Zerschlagung des Großgrundbesitzes. In unserm Interesse liegt es, allenthalben Form und Technik des Großbetriebes zu erhalten. Was wir an ihm auszusetzen haben, ist das Besitzmonopol. Rationeller als die Zerschlagung des Großgrundbesitzes wäre wohl seine Verpachtung an bäuerliche Produktivgenossenschaften. Der Zwischenhandel würde sich gleichfalls genossenschaftlich regeln lassen, wobei freilich die Entwicklung, wie sie die heutigen Verwertungsgenossenschaften vielfach darstellen, vermieden werden muß. Auch an Händlergenossenschaften denke ich nicht. Es müßte der landwirtschaftliche Eigenbetrieb der Konsumvereine und der Kommunen hinzukommen. Ferner müßten jene ländlichen Produktivgenossenschaften in engere Verbindung mit den städtischen Konsumgenossenschaften und den städtischen Körperschaften selbst gebracht werden. Voraussetzung für die rechte Regelung des Austausches wäre freilich die Demokratisierung der Kommunalverwaltungen.

Diese Vorschläge sollen nicht eine Lösung der Frage sein, sondern als Anregung zur Diskussion gestellt werden, die selbst wieder neue Gedanken hervorbringt.

Arbeiterbewegung.

Streik, Aussperrung und Sperren.

Zuzug ist fernzuhalten von:

Arbeitern, Schlossern, Drehern, Heizern und Maschinisten nach der Stuhlrohrfabrik von Rümcker, Bergedorf;
Bäckern und Konditoren nach Hamburg-Altona-Wandsbeck;
Graveuren und Schriftschneidern nach der Schriftgießerei von Genzsch u. Heyse, Hamburg;
Hafenarbeitern nach Sonderburg;
Holzarbeitern aller Branchen nach Hamburg;
Malern nach Hamburg und Umgegend;
Matrosen und Heizern nach belgischen, holländischen und englischen Schiffen;
Metallarbeitern nach Kohl u. Breßmer, Heizungsanlagen, Hamburg; nach der Nähmaschinenfabrik von Guhl u. Harbeck, Hamburg, Normannenweg; nach der Fabrik von J. Maul, Hamburg, Böckmannstraße, und nach der Firma Bauer u. Häselbarth, Fabrik chirurgischer Instrumente, Hamburg, Meißnerstraße;
Lederarbeitern nach Elmshorn;
Schlachtergehilfen nach Esbjerg (Dänemark);
Tapezierern nach den Firmen Pedersen, Hamburg, Lindenstraße 65, und J. Daniels in Altona, Langestraße 72/74;
Textilarbeitern und -Arbeiterinnen nach der Jutespinnerei in Schiffbeck bei Hamburg;
Tischlern und Anschlägern nach der Tischlerei von Huckfeld, Mittelstraße, Hamburg-Hamm;
Werftarbeitern aller Branchen nach der Schichauwerft in Danzig;
Zigarrenarbeitern nach der Fabrik von M. Burmeister, Hamburg, Schweinemarkt 43.

Die Holzarbeiter von Hamburg, Altona-Ottensen, Wandsbeck, Wilhelmsburg, Schiffbeck und Umgegend sind ausgesperrt!

Alle Holzarbeiter haben das Hamburger Aussperrungsgebiet aufs strengste zu meiden!

Kollegen im Lande, gebt acht auf jene Menschenhändler, welche bemüht sind, Arbeitswillige nach hier zu locken!

Achtung! Seeleute! Achtung!

Die Anmusterung auf holländischen, belgischen und englischen Schiffen ist unter allen Umständen zu verweigern! Die Seeleute in den genannten Ländern stehen im Kampfe! Kein deutscher Seemann darf zum Verräter an der Sache seiner kämpfenden internationalen Kollegen werden!

Ebenso wird von den Hafenarbeitern, sowie von der Arbeiterschaft im allgemeinen strengste Solidarität erwartet.

Gebt acht, daß sich kein Seemann, kein Arbeiter, nach den Streikhäfen anwerben läßt.

Seht den Menschenhändlern auf die Finger!
Hoch die Solidarität!

Die Sperre über die Brotfabriken

Julius Busch, Hamburg, Bürgerweide 64, **Fritz Berk, A. Ehlers**, Altona, Große Bergstraße, **dauert fort!**

Hamburg und Umgegend.

Der Streik der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen in der Jutefabrik Schiffbeck bei Hamburg dauert unverändert fort. Der Zuzug ist strengstens fernzuhalten!

Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten!

Maler, meidet das Lohngebiet Hamburg!

Die Arbeitsgelegenheit für unsere Berufskollegen ist zurzeit eine äußerst ungünstige. Viele Kollegen mußten bereits wegen Arbeitsmangels abreisen; ein weiterer Zuzug würde die beträchtliche Zahl der Arbeitslosen noch vergrößern.

Hauptsächlich kommt in Betracht, daß die Arbeit auf den Bauten durch den bereits monatelangen Kampf der Tischler stark beeinträchtigt wird.

Es liegt daher im eigenen Interesse der fremden Kollegen, zurzeit nicht nach Hamburg zu kommen.

Der Filialvorstand.

Die Arbeiterpresse wird ersucht, vorstehende Notiz bekannt zu geben.

Achtung, Korbmacher!

Nach 13wöchentlicher Dauer ist der partielle Streik der Korbmacher in Wulsdorf (Kreis Geestemünde) mit einem Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Die Lohnreduktion ist rückgängig gemacht. Dagegen dauert der Kampf bei den Firmen Barre-Bexhövede, Reirath-Lostedt und Müller-Schiffdorf (Kreis Geestemünde) unverändert fort. — Zuzug ist fernzuhalten.

Achtung, Töpfer!

Das Geschäft von G. Tornow, Bau Fahrenkrug und Bau Krützmann, Alsterdorferstraße, ist gesperrt; es arbeiten dort Karl Förstler und Julius Baumann.

Zentralverband der Töpfer,
Filiale Hamburg.

Deutsches Reich.

Hungerlöhne.

In der Gipsindustrie zu Stadtoldendorf (Braunschweig) haben die Arbeiter fast sämtlicher Betriebe die Kündigung eingereicht. Bei dieser schweren und gefährlichen Arbeit sind bisher die horrenden Stundenlöhne von 26 ₰ und 27 ₰ gezahlt worden! Einen Aufschlag von 3 ₰ pro Stunde lehnten die Unternehmer ab.

Kämpfe der Holzarbeiter in Rheinland-Westfalen.

In Rheinland-Westfalen sind die Holzarbeiter emsig wie überall am Werke, um die noch zurückgebliebenen Verhältnisse zu bessern. In Barmen sind einige hundert Bandstuhlschreiner seit 9 Wochen im Kampfe, um ihre Arbeitszeit derjenigen ihrer Kollegen in der Bau- und Möbelbranche gleich zu bringen.

In Düsseldorf konnte ohne Kampf die Lohnbewegung der Stellmacher erfolgreich beendet werden. Ein dreijähriger Vertrag bringt denselben eine Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 56½ Stunden. Die Stundenlöhne erfahren eine Erhöhung um 5 ₰. Die Mindestlöhne betragen für Radmacher 55 ₰ und für Kastenmacher 60 ₰ pro Stunde und für Nachtarbeit 20 ₰; außerdem sind noch einige weitere Vorteile erreicht wordrn.

In Mülheim a. Ruhr haben die Tischler eine Lohnbewegung eingeleitet. Dort besteht noch die 10stündige Arbeitszeit, während in den umliegenden Orten gleicher Größe eine erheblich kürzere Arbeitszeit durchgeführt ist. Die Tischler fordern nun 9½stündige Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnerhöhung. Die Tischlerinnung hat ausweichend geantwortet, worauf in einer Anzahl Werkstätten die Kündigung eingereicht wurde.

In Meidrich besteht noch 10 bis 11stündige Arbeitszeit, während im nahegelegenen Duisburg 9½stündige durchgeführt ist. Die Schreiner fordern die gleiche Arbeitszeit wie in Duisburg. Eine entscheidende Antwort der Arbeitgeber ist noch nicht eingegangen, doch scheint auch in Meidrich der Kampf unvermeidlich zu sein.

In Münster i. W. wurde mit der Tischlerinnung und dem lokalen Arbeitgeberverband ein Vertrag für das Tischlergewerbe abgeschlossen. Die Arbeitszeit wird während der vierjährigen Vertragsdauer von 57 auf 54 Stunden verkürzt und die Löhne erhöht am 1. Juli 1911 um 2 ₰, 1. Juli 1912 um 2 ₰, 1. Juli 1913 um 1 ₰ und am 1. Juli 1914 um 2 ₰ pro Stunde. Der vereinbarte Durchschnittslohn steigt während der Vertragsdauer von 45 auf 52 ₰ pro Stunde. Das Vertragsmuster lehnt sich an dasjenige, das vor zwei Jahren von den Holzarbeiterverbänden mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe für Rheinland-Westfalen vereinbart wurde. Einige Arbeitgeber haben sich den Vereinbarungen nicht gefügt und dauert der Streik dort fort.

Seit zehn Wochen stehen die Pianofortearbeiter in Bonn im Kampfe um geregelte Arbeitsbedingungen, während man in den Vororten von Köln bestrebt ist, die Kölner Vertragsbestimmungen durchzuführen.

Zuzug ist fernzuhalten nach den Orten, wo die Differenzen fortdauern.

Verbandssiege bei Knappschaftswahlen.

Am 24. Juni fanden in drei Wahlsprengeln des Allgemeinen Knappschaftsvereins Aeltestenwahlen statt, die mit schönen Siegen des Bergarbeiterverbandes endigten. Hier die Resultate der Wahlen:

Es erhielten Stimmen:

Sprengel	Verband	Zechenchristen	Polen	
68a (Eving)	158	111	85	(neugebild. Sprengel)
275 (Marxloh)	154	26	—	(alter Besitz)
382a (Kray)	130	44	26	(neugebild. Sprengel)
	442	181	111	

Am selben Tage fand auf Zeche „Minister Stein" auch die Wahl eines Arbeiter-Ausschußmitgliedes für die Uebertagsarbeiter statt; auch bei dieser Wahl siegte der Verbandskandidat.

Internationales.

r. **Die schweizerischen Maler haben den Bundestarif verworfen.** Die beiden Verbände der Arbeiter und der Unternehmer des schweizerischen Malergewerbes hatten eine Einigungskommission zur Ausarbeitung eines Landestarifs bestellt, die vor einigen Wochen einen solchen vorlegte, über den in beiden Verbänden abgestimmt wurde. Der Vertrag bestimmte für die Zeit bis zum 1. April 1913 die 9½stündige Arbeitszeit und von da ab die 9stündige für die ganze Schweiz. Der minimale Stundenlohn sollte bis Ende März 1913 86 Cts. betragen und von da ab weiter durch neue Vereinbarungen beider Parteien erhöht werden. Für Ueberstunden sollte ein Lohnzuschlag von 50 pZt., für Nacht- und Sonntagsarbeit von 100 pZt. gezahlt werden. Es wurde die Verpflichtung zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz anerkannt und die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen vorgesehen. Zehn Artikel enthalten polizeiliche Bestimmungen („Sicherungsmittel" ist der Abschnitt überschrieben) zur Durchführung des Vertrages und sollten zu diesem Zwecke angewandt werden: Verwarnungen, Konventionalstrafen, Boykott, Materialsperre, Arbeitersperre, Aussperrungen und andere geeignete Vorkehrungen. Der Vertrag sollte bis 1. April 1915 gelten. In der Urabstimmung ist nun der Vertrag von den Arbeitern mit 2058 gegen 398 Stimmen verworfen, von der Delegiertenversammlung der Meister dagegen mit einer ungefähren Zweidrittelmehrheit angenommen worden. Die Meister erwarteten große Vorteile für sich von dem neuen Vertrag, während die Arbeiter die gleichen Wirkungen nicht für sich erhofften. Entscheidend aber für ihre Ablehnung des Vertrages waren wohl die erwähnten polizeilichen Bestimmungen. Schade ist jedenfalls, daß nun auch der Neunstundentag und die Erhöhung wie Vereinheitlichung des Minimallohnes gefallen sind. Bis auf weiteres bleibt es nun bei den Ortstarifen.

Der Seemannsstreik.

s. Holland. Am 27. Juni hat der sozialdemokratische Abgeordnete Genosse Schaper in der Kammer eine Interpellation über die arbeiterfeindliche Haltung des Seeamtschefs (Wasserschouts) von Rotterdam anläßlich des Seemannsstreiks angekündigt. Die Interpellation wird im Laufe dieser Woche verhandelt werden. — In Amsterdam liegt die ganze Schiffahrt still. Auch die Fahrt von Rotterdam nach Hull ist eingestellt. Als erste hat die „Ozean"-Gesellschaft in Amsterdam eine Erhöhung der Gage um 6 fl. pro Monat bewilligt. Am 27. Juni sind wieder 60 in Deutschland angeworbene Streikbrecher in Amsterdam angekommen.

*

Die deutsche Arbeiterpresse wird abermals dringend ersucht, alle Arbeitslosen vor Zuzug nach Holland zu warnen.

*

Das Wolff'sche Bureau meldet:

Antwerpen, 28. Juni. In einer gestern abgehaltenen Versammlung der ausständigen Seeleute wurde beschlossen, daß der Verteidigungsausschuß sich morgen zu den Reedern begeben soll. Wenn er keine Lohnerhöhung durchsetzen könnte, soll der Generalstreik erklärt werden. Die Hafenarbeiter haben sich mit den Seeleuten solidarisch erklärt.

Hull, 27. Juni. In einer heute abend abgehaltenen Versammlung der Seeleute teilte der Führer mit, daß die Eisenbahner heute in den Ausstand treten werden. Der Führer der Dockarbeiter erklärte, es bestehe Grund, zu glauben, daß der Streik innerhalb der nächsten 24 Stunden beigelegt sei.

London, 27. Juni. In Zusammenhang mit der morgen stattfindenden Besprechung der Schiffseigentümer in Sachen des Seemannsausstandes teilt die Schiffahrtszeitung mit, es werde ein Vorschlag zur Beratung gebracht, nach welchem die Schiffahrtsvereinigung zu einer Art Normallohn zu gelangen suchen soll, der in den maßgebenden Häfen des Landes zu zahlen wäre. Dies bedeutet, wie das Blatt hinzufügt, ohne Zweifel, daß ein Beschluß gefaßt wird, etwas erhöhte Löhne zu zahlen; denn es werde in der Tat anerkannt, daß die Lage im Schiffahrtsgewerbe hierfür einige Veranlassung biete. In Liverpool sind, wie von dort gemeldet wird, die Schiffseigentümer in einer geheimen Sitzung übereingekommen, daß in bezug auf Bewilligung und Verweigerung von Zugeständnissen jeder Gesellschaft völlig freie Hand gelassen werde. Von den Ausständigen wird dieser Beschluß als ein Anzeichen für eine baldige Beendigung des Konflikts angesehen. Im Laufe des Tages sind in Liverpool die Streikenden mit sieben bedeutenden Schiffahrtsfirmen zu einer Einigung gelangt. In den anderen Häfen sind wenig Veränderungen in der Lage eingetreten. In Hull stockt der ganze Schiffahrtsverkehr. Die Streikenden gestatteten nicht, daß irgend ein Schiff ausgeladen wurde. Die Eisenbahnen werden durch den Ausfall im Warenverkehr schwer getroffen.

Auswärtiges.

10 000 Mark Geldstrafe in einem Jahre!

Wer die Prozesse genauer verfolgt hat, die in der letzten Zeit gegen die Arbeiterpresse anhängig gemacht wurden, der wird den Eindruck gehabt haben, daß die Hüter der Justiz in Preußen-Deutschland gegenwärtig die Taktik verfolgen, durch Verhängung von hohen Geldstrafen die Arbeiterpresse auszubeuten. Besonders schwere Opfer hat unser Parteiblatt in Halle bringen müssen, wo ja augenblicklich der preußische Geist in Reinkultur gezüchtet wird. Vom 1. April 1910 bis 1. April 1911 mußte das „Volksblatt" 10 248,09 Mark an Geldstrafen aufbringen, um die erschütterte „Gerechtigkeit" des preußischen Klassenrechts wieder herzustellen. Ueberhaupt sind die Geldbußen, die der Parteipresse auferlegt werden, jetzt von einer Höhe, wie nie zuvor. Strafen von ℳ 500, 800, 1000, 1200 und 1500 sind durchaus keine Seltenheiten mehr. Dabei ist es gar nicht ausgeschlossen, daß in Zukunft unsere Presse noch bedeutend größere finanzielle Opfer wird bringen müssen. In dem Falle nämlich, wenn die berüchtigte Lex Wagner Gesetz werden sollte! Allerdings werden die Hoffnungen, die unsere Gegner daran knüpfen, elendiglich zuschanden werden. Ebensowenig, wie die Arbeiterorganisationen dauernd unterdrückt werden können, kann die Presse, die sich das Proletariat zum Kampfe für seine Interessen geschaffen hat, vernichtet werden. Im Gegenteil wird die Verschärfung des Kampfes noch zur Aufrüttelung der Volksmassen beitragen.

Deutscher Rundflug.

(Etappenflug Münster—Köln.) Zum Fluge nach Köln sind Mittwoch morgen in Münster gestartet: Lindpaintner um 4 Uhr 8 Minuten, Vollmöller um 4 Uhr 13 Minuten. Lindpaintner mußte bei Appelhülsen, Landkreis Münster, niedergehen, da sich der Zylinder am Motor etwas gelockert hatte. Vollmöller verlor bei dem unsichtigen Wetter die Richtung und landete deshalb bei Havixbeck, Landkreis Münster, um sich zu orientieren. Bei der Landung wurde der Propeller leicht beschädigt.

(Hannover—Münster.) König stieg Mittwoch morgen 4 Uhr 15 Minuten in Minden auf, überflog bei schwerem Nebel den Teutoburger Wald und erreichte schließlich Bielefeld. Der Nebel machte jedoch eine Orientierung unmöglich, so daß es dem Flieger nicht gelang, den Flugplatz zu finden; er landete in der Schillerstraße, einer Vorstadtstraße Bielefelds, glatt.

„Helden der Luft." In sehr berechtigter Weise zerpflückt Karl Eugen Schmidt im „Tag" ein wenig die Lorbeeren, die den Fliegern, den „Helden der Luft", so reichlich gespendet werden. Er schreibt: „Was aber den Heroismus der Matadore der Luft anlangt, so müßte man ihm erst einen häßlichen Beigeschmack nehmen: Sehen Sie, wenn ich mit meinem Heroismus eine Viertelmillion gewinnen kann, dann ist die Sache nicht mehr so ganz rein. Schließlich riskieren jeden Tag ein paar Millionen Dachdecker, Zimmerleute, Matrosen, Fischer Bergleute usw. ihr Leben für einen lumpigen Tagelohn, und kein Hahn kräht danach, kein Mensch wundert sich darüber, kein Zeitungsschreiber macht Enqueten, kein Gelehrter verfällt in Entzückung. Was so ein armer Teufel für zwei, fünf oder zehn Mark den Tag tut, soll das ein anderer nicht tun, um ein Vermögen mit einem einzigen Schlage zu erwerben? Und müssen wir uns vor diesen Helden in stummer Verehrung beugen, die in tollkühnem Wagemut hunderttausend Silberlinge zu ergattern suchen? Als die Luftwettfahrten noch kein lockendes und lohnendes Geschäft waren, als der seltsame Brasilianer Santos-Dumont noch im Vertrauen auf die vom Papste geweihte Medaille, die er um den Hals trug, seine ersten Flugversuche machte, da war es vielleicht am Platze, von Heroismus zu reden — seit da aber so gleißende Belohnungen winken, ist das nicht mehr das rechte Wort. Helden brechen sich den Hals für alle möglichen guten und schlechten, klugen und törichten Dinge und Meinungen, nur für Geld dürfen sie es nicht tun, welches niemals einen heroischen Geruch an sich hat."

Das Ende einer ultramontanen Verleumdung. Genosse Bernhard Müller, früher Parteisekretär in Köln, hatte sich seinerzeit auf ein Inserat hin um eine ausgeschriebene „sozialpolitische" Stellung beworben in der Annahme, daß es sich um einen einwandfreien Posten handele. Später stellte es sich heraus, daß es sich um eine von Unternehmerseite ausgeschriebene Stelle handelte. Von Müller ist außer der Einsendung des Bewerbungsschreibens auf das Chiffre-Inserat in der Sache nicht das geringste weiter geschehen, gleichwohl aber erschien in der Zentrumspresse unter der Ueberschrift „Sozialdemokratische Prinzipientreue" eine gehässige Notiz, in der das bedauerliche Vorkommnis gegen Müller und die Partei auszuschlachten versucht wurde. Der Urheber der Zentrumsnotiz war der christliche Gewerkschaftssekretär Engel. Müller verklagte ihn, und das Ergebnis der erst jetzt zur Verhandlung gelangten Klage war folgender Vergleich:

Zur Erledigung des beim Kgl. Amtsgericht Saarbrücken anhängigen Prozesses schließen die Parteien folgenden Vergleich:

„Herr Engel erklärt: Ich erkläre hierdurch, daß es mir vollständig fern lag, in dem von mir verfaßten und veröffentlichten Artikel „Sozialdemokratische Prinzipientreue" die Person des Herrn Müller zu beleidigen, und nehme Aeußerungen, die in diesem Sinne gedeutet werden können, mit Bedauern zurück. Weiter erkenne ich an, daß Herr Müller bei Abfassung seiner Bewerbungsschrift nach Lage der Sache sehr wohl in dem Glauben sein konnte, daß es sich um eine einwandfreie, rein sozialpolitische Stellung handelte. — Herr Müller zieht die Privatklage zurück."

Rohe Kindermißhandlung. Vor dem Schöffengericht Döbeln stand der Fabrikant Päßler, Leutnant der Reserve, unter der Anklage der schweren Körperverletzung, begangen an Kindern. Der Angeklagte war geständig. Er habe als Vorstand des Tennisklubs die Knaben zum Auflesen der Spielbälle bestellt und sei erregt darüber gewesen, daß sie eines Tages nicht zur Stelle waren, als man habe spielen wollen. Es sei dunkel geworden und man habe, ohne zu spielen, wieder nach Hause gehen müssen. (Schrecklich!) Zwei Tage darauf habe er die Knaben zu sich in die Wohnung bestellt und jeden in eine besondere Kammer gesteckt, jedem eigenhändig die Hosen heruntergezogen, das Gesäß entblößt und, nachdem er sie über ein Bett gedrückt, fünf Hiebe mit einem Riemen, der dem Gericht vorlag, aufgebrannt. Er habe die Kinder entblößt, weil er nicht so derb habe schlagen wollen. Da der Angeklagte geständig war, wurde auf die Vernehmung der Knaben als Zeugen verzichtet. Der Anklagevertreter stellte nach ganz kurzer Begründung die Höhe der Bestrafung in das Ermessen des Gerichts. Der Verteidiger des Angeklagten stellte die Sache als sehr milde dar. Geschäftliche Sorgen (!) haben den Mann nervös gemacht; übrigens sei er durch die Nachreden schon übergenug bestraft. Das Gericht hatte Verständnis für diese bewegte Verteidigung und verurteilte den Angeklagten zu ℳ 80 Geldstrafe — eine Strafe, die den reichen Fabrikanten gar nicht treffen kann. Die Begründung hob hervor, daß der Angeklagte geschäftlich überreizt gewesen sei, er habe die Züchtigung in der Erregung begangen! Strafverschärfend sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte planmäßig vorgegangen sei.

Eine merkwürdige Begründung! Zwei Tage nach der Versäumnis soll die Prügelei in der Erregung und gleichwohl planmäßig stattgefunden haben! Die geschraubte Begründung war aber notwendig, um die Handlungsweise des reichen Fabrikanten in möglichst mildem Lichte erscheinen zu lassen.

Schweres Schachtunglück. Auf der Gewerkschaft Heiligenmühl bei Oechsen fiel, wie aus Eisenach berichtet wird, aus noch nicht aufgeklärter Ursache beim Ausfahren ein Bergmann aus dem Förderkorb und stürzte in einen hundert Meter tiefen Schacht hinab. Der Verunglückte fiel auf eine Anzahl unten arbeitender Bergleute, von denen einer getötet und zwei lebensgefährlich verletzt wurden. Auch der Hinabgestürzte war sofort tot.

Ein Kind verbrannt. Im Dorf Ruden in Westpreußen zerstörte ein Brand 13 Gehöfte. Ein sechsjähriges Kind kam in den Flammen um. Mehrere Personen erlitten Brandwunden.

Drei Kinder erstickt. Beim Ausbruch eines Brandes in Schöneck erstickten die drei kleinen Kinder des im Gefängnis in Pr. Stargard sitzenden Arbeiters Blockus. Die Mutter der drei Kinder war ihrer gewohnten Arbeit nachgegangen und hatte die Kinder eingeschlossen. Die Kinder haben dann wohl mit Streichhölzern gespielt, sind dem Stroh in den Betten zu nahe gekommen und verursachten dadurch einen Brand, bei dem der sich entwickelnde Qualm die Kinder tötete. — Der Vater im Gefängnis, die Mutter muß zur Arbeit; sie hat niemand, der ihre Kinder beaufsichtigt. Diese werden eingeschlossen und müssen ersticken. Wie herrlich ist doch die „göttliche Weltordnung".

Im Prozeß wegen des Mädchenmordes im Humboldthafen in Berlin wiederholte heute der Angeklagte Wolff sein gestern nach Schluß der Verhandlung abgelegtes Geständnis, daß er bei der Tat zugegen war, erklärt aber, nähere Angaben nicht machen zu können. Der Schiffer Julius Ernst sei auch dabei gewesen, die Angeklagten Meißner und Wegener nicht. Der Zeuge Schiffer Ernst versicherte jedoch auf das bestimmteste, daß er nicht dabei gewesen sei.

Die Schützenspielerei hat in Rathlosen bei Sulingen (Provinz Hannover) wieder ein Opfer gefordert. Der Schmiedemeister Wiegmann aus Scholen bei Sulingen hatte sich zum Preisschießen beim Schützenfest mit Kugelbüchsen und Patronen eingefunden. Sein 13jähriger Sohn sollte ihm dabei zur Hand gehen. Bevor das offizielle Schießen begann, machten der Wirt Brinkmann und der Molkereibesitzer aus Rathlosen ein paar Probeschüsse um ein Glas Bier. Um an der Scheibe nachzusehen, war, wie das „Hoy. Wochenblatt" meldet, der Sohn Wiegmanns an das Ziel heruntergeschickt worden. Der Wirt Brinkmann, bei dem das Schießen stattfand, saß auf dem Scheibenstand auf einem Stuhl mit der Büchse im Anschlag. In dem Moment, als er abdrückte, war gerade der kleine Wiegmann hinter der Scheibe hervorgetreten, und die Kugel Brinkmanns durchbohrte dem Knaben die Brust. Der unglückliche Junge war sofort tot. Den Schützen hatte der Schreck über das Unglück, das er angerichtet hatte, so angegriffen, daß er ohnmächtig vom Stuhle sank und weggetragen werden mußte.

Schiffskollision. Der schwedische Schoner „Ludwig Peyron", von Antwerpen nach Rotterdam bestimmt, kollidierte auf dem Scheldeflusse mit dem belgischen Lotsenschiff 15. Letzteres ist gesunken, der Kapitän ertrank. „Ludwig Peyron" ist inzwischen hier angekommen. Das Schiff ist leicht beschädigt.

Die Revisionsverhandlung gegen den Rittergutsbesitzer Artur Becker, der am 20. Dezember 1910 vom Landgerichte Greifswald wegen angeblicher Beleidigung des Landrats Frhr. von Maltzahn in Grimmen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden ist, findet am 3. Juli vor dem dritten Strafsenat des Reichsgerichts statt.

Scharlachepidemie. In Kotschanowitz (Ostpreußen) sind 200 Kinder an Scharlach und Masern erkrankt. Wie dem „Berliner Tageblatt" gemeldet wird, sind bereits 15 Kinder gestorben.

Ein ausgerückter Maschinenfabrikant. Großes Aufsehen erregt in Dingelstedt und auf dem übrigen Eichsfelde das Verschwinden des Maschinenfabrikanten Werkmeister, Mitinhabers der Maschinen- und Motorenfabrik Werkmeister u. Schmidt in Dingelstedt. Er ist am Sonnabend vor acht Tagen im Automobil bis nach Aachen gefahren und dann über die Grenze nach Holland geflüchtet. Die Wechsel und anderen Verbindlichkeiten der Firma hatten eine derartige Höhe erreicht, daß der Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten war. Der Mitinhaber Schmidt hat denn auch inzwischen den Konkurs der Firma beim hiesigen Amtsgericht angemeldet.

Fürsorge für einen Diener des Blutzaren. Der russische Ministerpräsident Stolypin ist, wie dem „Berliner Tageblatt" gemeldet wird, vor einigen Tagen in Bad Elster zur Kur eingetroffen und hat in der Villa Kronprinz Wohnung genommen. Mit dem russischen Ministerpräsidenten ist ein ganzes Heer geheimer Polizisten in Bad Elster eingetroffen. In der Villa Kronprinz ist ständig ein Geheimpolizist in der Gartenlaube als Portier placiert, der jeden Ankömmling fragt, wohin er will. Am Tage nach dem Eintreffen sollte sogar der Briefträger nicht das Haus betreten, es gelang aber, dem Polizisten klar zu machen, daß der Briefträger ein ungefährlicher Mensch ist, worauf der Postbote ungehindert passieren konnte.

Aus der Meldung ist leider nicht ersichtlich, ob Herr Stolypin die Geheimpolizisten aus Rußland mitgebracht oder ob die sächsische Regierung sie dem russischen Polizeischergen zur Sicherheit bestellt hat. Der sächsischen Regierung ist es allerdings zuzutrauen, daß sie dieses russischen Gewaltmenschen wegen das Bad Elster unter Polizeiaufsicht stellt.

Furchtbare Petroleumbrände. Wie aus Krakau berichtet wird, herrschte in der Umgebung von Gorlic in der Nacht auf Dienstag ein heftiges Unwetter mit Sturm und zahlreichen elektrischen Entladungen. Dabei schlug der Blitz in die Naphthareservoire der Galizischen Karpathen-Petroleum-Gesellschaft" ein und steckte das Petroleum in Brand. Dieser griff rasch um sich und binnen wenigen Minuten standen die Naphthavorräte von nicht weniger als 15 000 Zisternen, die sich vier Meter über und drei Meter unter der Erde befinden, in hellen Flammen. Durch die ungeheure Feuersbrunst wurden auch zwei Eisenbahnbrücken zerstört, und man befürchtet, daß bei der großen Hitze, welche das gewaltige Flammenmeer entwickelt, auch die Zuleitungsröhren schmelzen könnten, wodurch das Feuer auf andere Reservoire übergreifen müßte. An ein Löschen ist natürlich nicht zu denken, der angerichtete Schaden wird bereits jetzt auf weit über 700 000 Kronen geschätzt.

Multimillionäre als Zolldefraudanten. Wie aus New York mitgeteilt wird, ist es dortigen Regierungsinspektoren gelungen, ein Schmuggelkomplott aufzudecken. Es ging von einem Multimillionär aus, der während der letzten zwei Jahre Juwelen und Möbel im Werte von über acht Millionen Mark nach Amerika eingeführt hat, ohne Zoll dafür zu bezahlen. Dies soll nur möglich gewesen sein durch Bestechung von Regierungsbeamten. Zwar enthält man sich aller weiteren Einzelheiten, doch verlautet bestimmt, daß der Oberstaatsanwalt die Sache vor die Geschworenen bringen werde. Bezeichnend ist es auch, auf welche Weise die Regierung Kenntnis von den Zollhinterziehungen erhielt. Eine in der Lebewelt unter mehreren Namen bekannte Frau hatte verschiedene reiche Verehrer, die sie mit Juwelen beschenkten, deren Wert man auf über eine Million Mark schätzte. Sie wurde kürzlich von einem ihrer Freunde verlassen und meldete daraufhin bei dem New Yorker Zollinspektor Loeb den Schmuggel ihres Bekanntenkreises. Eine nette Gesellschaft!

Vermischte Nachrichten. Die Papiere, die bei der in Berlin aus der Spree gelandeten Mannesleiche gefunden wurden, berechtigten zu der Annahme, daß der Tote ein Arbeiter namens Paul Schwarz sei. Die Leiche, die schon stark in Verwesung übergegangen war, wurde beerdigt. Auf die Benachrichtigung der Heimatsbehörde hin ergab sich, daß der Totgeglaubte munter in seiner Heimatstadt lebt. Der beerdigte Tote hatte 13 oder 14 Jahre unter falschem Namen gelebt. — Ein mit dem D-Zuge Hamburg-Basel in Frankfurt a. M. eingetroffener Reisender wurde seiner Brieftasche mit M. 1700 beim Aussteigen beraubt. — Ein schweres Hagelwetter, das über das Lahntal und das Wieseckal niederging, hat großen Schaden angerichtet.

Schiffs-Nachrichten.

(Deutscher Reichstelegraph.)

In Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe.

Cuxhaven, 28. Juni, morgens.

Angekommen am 27. Juni:

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
N. 6 45	Pretoria, P.-D.	Meyerdierks	Baltimore
7 15	Leire, D.	Larsen	Huelva
7 40	Dewsbury, D.	Petersen	Grimsby
9 25	Ferrara, D.	Dickton	Rotterdam
„	Thalia, D.	Wenhold	do.
9 55	Dithmarschen, F.-D.	Buch	d. Nordsee
10 —	Comet, F.-D.	Mewes	do.
11 50	Bunte Kuh, F.-B.	Schumacher	do.
„	Derwent, D.	Aaron	Newhaven
	28. Juni:		
V. 4 40	Nauta, D.	—	—

Ferner auf: Nachts 2 Dampfer, 1 Gaffelschoner. Von hier auf: gestern nachmittag Dampfer Silvana; Nachts Postdampfer Pretoria u. Cincinnati, Schlepper Schulau, Dampfer Kehrwieder. — Eingekommen: gestern nachm. Fischerdampfer Senator Diestel; Nachts Fischerdampfer Senator Mumssen.

In See gegangen am 27. Juni:

Uhr M.	Schiff	Nach
N. 3 50	Saturn, F.-D.	d. Nordsee
4 15	Holstein, F.-D.	do.
4 45	Rotesand, Schl.	—
„	Unterweser 20, L.	—
5 —	Senator O'Swald, F.-D.	d. Nordsee
5 35	Draupner, D.	—
6 5	Clara Blumenfeld, D.	Newcastle
7 15	Karanja, D.	—
8 10	Constance Catharina, D.	—
9 50	Prinz Oskar, P.-D.	Philadelphia
10 20	Keramial, D.	Cardiff
	28. Juni:	
V. 12 30	Brita, D.	Bremerhaven
„	Cressida, D.	Antwerpen
2 —	Bitchin, D.	La Plata
2 30	May Scott, D.	Methil
3 —	Portia, D.	London
3 10	Saturn, Schl.	Bremerhaven
„	Nr. 77 u. 144, K.	do.
3 45	Pervenche, D.	Dünkirchen
4 15	Adolph Meyer, D.	Uddevalla
4 20	City of Bradford, D.	Grimsby
4 40	Queen Margaret, V.-B.	Cardiff
5 30	Industria, D.	—

Ferner seewärts: 4 Dampfer und 1 Fischer-Dampfer. — Abwärts gekommen: Schlepper Cato mit Bark Alma, 1 Gaffel-Schoner, Motorkutter Hermann, Schlepper Atlas mit 2 Leichtern. — Bugsiert wurde: Queen Magaret durch Oceana.

Wind: SW., leicht. **Wetter:** halbbedeckt. — **Barometer:** 765. **Thermometer:** + 13,0° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen am 27. Juni:

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
N. 5 35	Zufriedenheit, d. Segler	Bartels	Holtenau
6 50	Gretha, d. Segler	Ohlhorn	Augustenburg
10 10	Anna, d. Segler	Vietler	Halmstad
„	Seeadler, d. Segler	Sunfleth	Kiel
„	Schwalbe, d. Segler	Walter	Ekensund
	28. Juni:		
V. 4 35	Goliath, Schl.	Nieber	Sonderburg
„	Kreisblatt, L.	Schömer	do.

Cuxhaven, 28. Juni, vormittags.

Angekommen am 28. Juni:

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
V. 7 5	Bury, D.	Russell	Grimsby
7 50	Start, D.	Olsen	Stockton
7 55	Kronprinz, P.-D.	Pens	Ostafrika
8 10	Sterling, D	—	—
8 50	Este, F.-D.	Hinrichs	d. Nordsee
9 30	Geestemünde, Schl.	Lobigkeit	Rotterdam
„	Unterweser 19, Leichter	—	do.
9 35	Ingstadt, D.	—	Middlesbro
„	Hansa, F.-D.	v. Borstel	d. Nordsee

Ferner auf: Gestern nachmittag Schlepper Hans Postel. — Von hier auf: 9 Uhr Postdampfer Kronprinz. — Eingekommen: 9½ Uhr Schlepper Helgoland. — 9 Uhr 40 Minuten: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 28. Juni.

Uhr M.	Schiff	Nach
V. 5 44	Birgen de Lourdes, D.	Cardiff
6 15	Beijerland, D.	—
6 40	Skreien, D.	Norwegen
7 55	Repton, D.	Cardiff
8 —	Dresden, D.	Hartlepool
8 45	Nereus, D.	Amsterdam
„	Sonntag, F.-D.	d. Nordsee
9 5	Beowulf, Schl.	—
„	Vereinsblatt, Leichter	—

Ferner seewärts die Schlepper Atlas, Relher, Albatros, Falke, Beowulf, Juson und Vulkan. — Abwärts gekommen: Schnigge Fortuna.

Wind: WSW., schwach. **Wetter:** bedeckt. — **Barometer:** 765,0. **Thermometer:** + 15,0° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen am 28. Juni.

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
V. 5 40	Bianca, D.	Haack	Petersburg
6 —	Altia, d. Segler	Schütt	Augustenburg

Helgoland meldet: Wind: West, frisch. Wetter: bedeckt. See: mäßig bewegt.

Cuxhaven, 28. Juni, nachmittags.

Angekommen am 28. Juni.

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
V. 10 20	Hedwig Heidmann, D.	Schacht	Burntistand
10 25	Horden, D.	Taylor	Blyth
11 25	Thor, Schl.	Köhler	—
„	Deutsche Warte, Leichter	Breckwoldt	—
11 30	Venus, F.-D.	Mewes	d. Nordsee
„	Hermann Sauber, D.	Lührs	Methil
N. 1 —	Sonderburg, F.-D.	—	d. Nordsee
1 5	Mercue, D.	v. d. Fels	Norwegen
2 10	Roxane, D.	Dahlby	Drammen
2 15	Augustenburg, F.-D.	Körner	d. Nordsee
2 35	City of Cologne, D.	Hoare	Bristol
3 15	Anatolia, P.-D.	Lübken	Alexandrien
3 35	Prinzessin Heinrich, D.	Stehr	Norderney

Ferner auf: Schokf, Johanne; 10½ Uhr Schlepper Argentina. — Von hier auf: 12½ Uhr Schlepper Emma Louise 2; 2 Uhr Gs. Adelheid. — Eingekommen: 10½ Uhr Gs. Adelheid; 11½ Uhr Schlepper Falke und Albatros; 12½ Uhr Schlepper Möwe. — Geankert: Anatolia, Prinzessin Heinrich. — 3 Uhr 40 Minuten: Dampfer in Sicht.

In See gegangen am 28. Juni:

Uhr M.	Schiff	Nach
V. 9 50	Cap Vilano, P.-D.	La Plata
N. 3 25	Senator Diestel, F.-D.	d. Nordsee
3 30	Johann Hinrich, F.-D.	do.
3 45	Roche, F.-D.	do.
„	Proteus, F.-D.	do.
3 40	Otto, F.-D.	do.

Abwärts gekommen: 10½ Uhr deutscher Gaffel-Scho. Julandia, Gs. Zwei Geschwister. — Aus See zurück: Dampfer Pervenche im Tau des Schleppers Reiher.

Wind: West, frisch. **Wetter:** bedeckt, trübe. — **Barometer:** 765,0. — **Thermometer:** + 14,0° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen am 28. Juni:

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
V. 9 20	Johanna, d. Segler	Raap	Kjöge
„	Adeline, d. Segler	Griebel	Kiel
N. 1 —	Kehrwieder, Leichter	Eicke	do.
„	Wandrahm, Schlepper	Zuhr	do.
„	Rita, D.	Johnson	Aarhus

Helgoland meldet: Wind: West, frisch. Wetter: bedeckt. See: mäßig bewegt.

Ueberseeische Schiffsnachrichten.

Cincinnati, Schülke, von New York, am 27. d. auf der Elbe angekommen. — **Pretoria,** Meyerdiercks, von Boston, Baltimore und New York, am 27. d. auf der Elbe. — **Frankenwald,** Müller, am 25. d. in Tampico. — **Habsburg,** Bußmann, nach Mittelbrasilien, am 27. d. in Lissabon. — **Rheinfels,** am 27. d. von Antwerpen. — **Ekbatana,** Geißel, am 27. d. von Malta. — **Slavonia,** Peter, am 27. d. von Moji. — **Meteor,** Kier (Nordlandfahrt), am 27. d. in Loen. — **Bosnia,** Schmidt, nach Boston und Baltimore, am 27. d. Lizard passiert. — **Pisa,** v. Döhren, von Canada, am 27. d. Dover passiert. — **Alesia,** Habel, nach Ostasien, am 27. d. Ouessant Creach passiert. — **Badenia,** Hoppe, von Westafrika, am 27. d. Eastbourne passiert. — **Arabia,** Ernst, von Indien, am 27. d. Sagres passiert. — **Macedonia,** Hauer, von dem La Plata, am 27. d. Dover passiert. — **Swakopmund,** Pfeiffer, nach Afrika, am 26. d. Gibraltar passiert. — **Armenia,** Rohde, nach Indien, am 26. d. Perim passiert. — **Brisgavia,** Girstenbräu, am 23. d. in Takow. — **Hellas,** Enigk, am 27. d. in Shanghai. — **Silvia,** Sachs, am 27. d. in Yokohama. — **Santa Lucia,** Vick, ausgehend, am 27. d. in Lissabon. — **Cap Blanco,** Feldmann, ausgehend, am 27. d. in Buenos Aires. — **Cap Ortegal,** Rolin, heimkehrend, am 27. d. von Rio de Janeiro über Lissabon, Vigo, Southampton und Boulogne sur Mer nach Hamburg. — **Cap Vilano,** Böge, ausgehend, von Hamburg nach dem La Plata, am 28. d. von Cuxhaven in See. — **Anubis,** Lilienthal, ausgehend, am 28. d. in Genua. — **Thekla Bohlen,** Frauzelius, heimkehrend, am 21. d. von Dakar. — **Alexandra Woermann,** v. Hutten, ausgehend, am 27. d. Ouessant passiert. — **Lucie Woermann,** Ihrke, ausgehend, am 27. d. in Lagos. — **Frieda Woermann,** Wulf, am 27. d. in Swakopmund. — **Bürgermeister,** Fiedler, ausgehend, am 28. d. in Mombassa. — **Prinzregent,** Gauhe, heimkehrend, am 28. d. von Delagoabay. — **Usambara,** Greiwe, heimkehrend, am 28. d. von Port Said. — **Berlin,** Wiese, am 26. d. von Port Lincoln. — **Iserlohn,** Orgel, am 27. d. Gibraltar passiert. — **Linden,** Mildahn, am 28. d. von Saigon. — **Fremantle,** Madsen, am 27. d. von Kapstadt. — **Hanau,** Hoppe, am 27. d. in Batavia. — **Meißen,** Schütt, am 28. d. in Fredrikstad. — **Byzanz,** Scheer, am 26. d. von Patras nach Malta. — **Andromeda,** Wurthmann, am 27. d. von Smyrna nach Hamburg. — **Delos,** Brandt, am 27. d. von Konstantinopel nach Galatz. — **Thasos,** Starke, am 27. d. von Malta nach Alexandrien. — **Bagdad,** Röser, am 27. d. in Triest. — **Athos,** Holm, am 27. d. in Sunderland. — **Kythnos,** Niemann, am 28. d. von Galatz nach Varna. — **Aegina,** Renzlehausen, am 27. d. von Konstantinopel nach Ismidt. — **Galata,** Steen, am 27. d. von Alexandrien nach Malta. — **Lipsos,** Kunzendorf, am 27. d. von Konstantinopel nach Marinpol. — **Phoebus,** Schierhorst, am 28. d. von Newyork. — **Exzelsior,** Courtin, nach Vlissingen, am 28. d. Scilly passiert. — **Brillant,** Heuer, am 27. d. in Philadelphia. — **Algier,** Schlüter, am 27. d. in Catania. — **Carrara,** Thone, ausghd. am 27. d. von Barcelona nach Marseille. — **Catania,** Nommensen, heimk. am 24. d. in Marseille. — **Girgenti,** Friedrich, ausgehend am 26. d. in Genua. — **Maria Rickmers,** Rupp, am 28. d. von Antwerpen in Liverpool. — **Aenne Rickmers,** Oetting, am 27. d. von Wladiwostock nach Nikolajevsk. — **Andree Rickmers,** Birch, am 26. d. von Savannah in Philadelphia. — **Dorothea Rickmers,** Thode, am 27. d. von Savannah nach Philadelphia. — **Deike Rickmers,** Steinecke, am 28. d. in Philadelphia. — **Sophie Rickmers,** Köhne, von Wladiwostock, am 28. d. Dungeneß passiert. — **Marie Menzell,** Hildebrandt, am 27. d. Helsingör passiert. — **Hermann Menzell,** Todsen, am 27. d. von Manzanillo in New York. — **Helene Menzell,** A. Menzell, am 27. d. von Montivideo nach Tampa. — **Bitschin,** Thomsen, am 27. d. von Hamburg nach dem La Plata. — **Bülow,** Formes, von Australien, am 27. d. von Neapel. — **Friedrich der Große,** Meiners, am 27. d. in Baltimore. — **Halle,** Fuchs, nach Brasilien, am 27. d. in Lissabon. — **Kaiser Wilhelm der Große,** Dahl, von New York, am 27. d. auf der Weser. — **Kaiser Wilhelm II.,** Cüppers, nach New York, am 27. d. von der Weser. — **Königin Luise,** Wilhelmi, nach Genua, am 26. d. von Gibraltar. — **Prinz Eitel Friedrich,** Malchow, von Ostasien, am 27. d. in Hongkong. — **Prinzeß Alice,** Erosch, nach Ostasien, am 27. d. in Hongkong. — **Bonn,** Jaburg, nach Brasilien, am 27. d. von Pernambuco. — **Kronprinz Wilhelm,** Nierich, am 27. d. in New York. — **Kronprinzessin Cecilie,** Högemann, am 27. d. von New York. — **Prinz Ludwig,** v. Binzer, nach Ostasien, am 28. d. von der Weser nach See. — **Arenfels,** Nehls, am 28. d. von Port Said. — **Trautenfels,** Hüpers, am 28. d. in Suez. — **Wartenfels,** Reimers, am 27. d. von Malta. — **Kybfels,** Freiwurst, am 27. d. von Hamburg. — **Moltkefels,** Schneider, am 27. d. in Antwerpen. — **Stolzenfels,** v. Thülen, ausgehend, am 27. d. St. Catherines passiert.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Wilhelm Karl Friedrich Benthien mit Dorothea Wilhelmine Elise Martha Lisette Roese. — August Carl Franz Henri Burmester mit Juliane Henriette Louise Wilhelmine, geb. Trost, verw. Schmidt.

Hamburg, den 27. Juni 1911.

Standesamt Nr. 2.

Albert Wilhelm Maschke mit Anna Amanda Alwine Pauline Hagen. — Selig Siegfried Schild mit Helene Marie Holm. — Karl Christian Albert Reiher mit Juliane Margareta Maria Nickel. — Theodor Wilhelm Paul Bestmann mit Mathilde Sophie Minna Elise Cansier. — Hermann Emil Hoger mit Anna Irma Hofmann.

Standesamt Nr. 2a.

Gottlieb Karl Albert Scharf mit Martha Anna Luise Haupt. — Friedrich Johann Bünger mit Anna Marie Jackenholz.

Standesamt Nr. 21.

Leonhard Adolf Baßler mit Franziska Flora Müller. — Josef Bidic mit Anna Suchmand. — Dr. Friedrich Dolezalek mit Paula Maria Bomhoff. — Carl Theodor Georg Leopold mit Ida Olga Albertina, geb. Strufs, gesch. Burchartz. — August Möller mit Margarete Sophie Frida Willhöft. — Carl Gustav Martin Hierlmeyer mit Ottilie Charlotte Ovesen. — Otto Wilhelm Glinzer, Dr. med., mit Marie Hansen.

Standesamt Nr. 21a.

Friedrich Hermann Bruno Krome mit Wally Elsbeth Charlotte Bothe. — Eduard Friedrich Engler mit Elsa Johanna Amanda Petersen.

Standesamt Nr. 22.

Johann Heinrich Wilhelm Baetke mit Katharine Wilhelmine Dorothee Meßmacher. — Heinrich Matthias Alexander Lundgreen mit Anna Marie Louise Henriette Kerstan. — Albert Emil Friedrich Schwombeck mit Minna Henriette Friederike, geb. Mirow, gesch. Meyer. — Paul Friedrich Karl Wilhelm Bartels mit Martha Sophia Christina Büsch. — Carl Joachim Friedrich Grabbert mit Hedwig Frieda Luise Auguste Moeller. — Edmund Emil Schmidt mit Emma Knaak.

Standesamt Nr. 22a.

Jens Paulsen, Dr. med., mit Frida Elise Katharina Grube.

Standesamt Nr. 23.

Gustav Adolf Amandus Bartels mit Helene Else Buchholtz. — Carl Joachim Dethlof Schönbohm mit Emma Maria Louise, verw. Krüll, geb. Schrader.

Standesamt Nr. 23a.

Heinrich Wilhelm Hermann Barfs mit Bertha Auguste Helene Wedemeyer. — Friedrich Joseph Piez mit Anna Auguste Christine Dora Ochs. — Paul Peter Kuhlberg mit Dorothea Emma Anna Riemer. — Carl Heinrich Burmester mit Emma Frieda Antje Willmsen. — August Hermann Marquardt mit Luci Charlotte Ottilie Kludas.

Hamburg, den 26. Juni 1911.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 14. Februar 1910 verstorbenen Gemüsebauers Ferdinand Wilhelm Barnstorf in Altengamme 157 ist aufgehoben.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Hamburg (Deutsche Seewarte).

Witterungsübersicht vom 28. Juni 1911.

Im Bereiche des gestern morgen von Skandinavien nach dem Kanal reichenden Ausläufers niedrigen Drucks herrschte im Bezirk bei leichten bis mäßigen südwestlichen und teilweise nach Nordwest drehenden Winden überwiegend trübes, im ganzen etwas kühleres Wetter. Die Temperatur stieg auf 16 bis 18 Grad und sank nachts auf 12 bis 8 Grad. Weit verbreitet haben geringfügige Regenfälle, besonders am Nachmittag stattgefunden. Bei mäßigen südlichen bis westlichen Winden ist das Wetter heute morgen etwas wärmer und zunächst ziemlich trüb.

Das gestrige Tiefdruckgebiet über Nordeuropa hat sich weiter nordostwärts verlagert, während das von der Biscayasee bis an die Weichsel reichende Hochdruckgebiet stark an Höhe zugenommen hat. Das ozeanische Tiefdruckgebiet hat sich über die Britischen Inseln ausgebreitet, da das neue nordwestlich von Schottland gelegene Tief näher herangezogen ist.

Unter dem Einfluß des neuen Tiefdruckgebiets ist bei lebhaften meist südwestlichen Winden etwas wärmeres Wetter mit wechselnder Bewölkung und verbreiteten Regenfällen zu erwarten.

Aussicht für die Witterung am 29. Juni 1911.

Etwas wärmer, wolkig, lebhafte meist südwestliche Winde, verbreitete leichte Regenfälle.

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.

Hamburg, 28. Juni, mittags 12 Uhr.

Thermometer (° C.) Mittags	Maximum	Minimum	Barometer (mm)	Wind	Atmosphäre
+ 18,6	+ 18,8	+ 12,7	766,9	WSW	trübe

Auktionen.

29. Juni.

9½ Uhr: Elbstraße 9, Pfänder (Gerichtsv.).
10 „ Lappenbergsallee 2, Stoffe, Galanterie-, Holländische und Spielwaren usw. (Rudolf Bussau).
10 „ Brooktorkai 11, Tabak (Herm. Rosendahl).
10 „ Jägerstraße neben 37, Mobilien, Hausstandsachen ꝛc. (Gerichtsv.).
10 „ Neustädterstraße 4, Schuhwaren, Mobilien, Stoffe, Werkzeuge ꝛc. (Deni von Halle).
10½ „ Wexstraße 15, Schuhwaren (S. Warisch).
10½ „ Hamburgerstr. 35, Tapeten, Borden, Ladeneinricht. (Siegm. Lion).

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Die Entrichtung der Steuer (Grund- und Einkommensteuer ꝛc.) kann von jetzt ab auch geschehen bei jeder **Postanstalt** unter gleichzeitiger Zahlung einer **Gebühr von 12 Pf.,** entweder durch Einzahlung oder Ueberweisung an das **Postscheckkonto Nr. 4900 der Steuerkasse Hamburg.**

Auf der Zahlkarte bezw. auf dem Ueberweisungszettel müssen der Name des Zahlungspflichtigen, die Art der Steuer und das betreffende Kassenzeichen angegeben werden.

Die Steuerdeputation.

Arbeitsmarkt

Saub. ord. Frau sucht gleich Toilettenstelle od. leichte Tagstelle. Schlachterstr. 30, III.

Mädch., w. Ostern d. Schule verl., für Nachm. ges., monatl. M. 8. Menzel, Lübeckerstr. 109, H. 1, pt.

Gesucht **Zirkular-Austräger** für tageweise Beschäftigung. **Thomas,** Talstr. 36.

Jung. verh. Schuhmacher f. Rep.-Werkst. m. elektr. Betrieb ges. Ders. wird angelernt und kann später eine Filiale übernehmen. Off. unt. M. P. S. an die Exp. d. Bl.

Roh-Tabak-Lager. Emil Bente, Kl. Bergstr. 47, Alt.

Ein neuer **Zuschneide Frei-Kursus** beginnt am Montag, 3. Juli. Anmeldungskarte und Prospekte sind unentgeltlich bei dem Vorsteher zu haben.



Berliner Zuschneide-Akademie. Vorsteher L. Lüthke. **Hamburg,** Wexstraße 29, III., Ecke Wexpassage.

Künstl. Gebisse, auch Teile, Gold, Silber kauft Frau **Wist,** Rosenstr. 22, b. Hauptbahnhof.

Gebisse, auch Teile, Gold, Silber kauft Frau **Willig,** Danzigerstraße 20, I., beim Steindamm.

Spezial-Haus in Uhren, Gold- und Silberwaren. Teilzahlungen gestattet, ganz nach Wunsch des Käufers. Diskretion zugesichert.



L. Mahler, Kraienkamp 29 (Michaelishof). Fernspr.: Gruppe 1, 4978.

Pfandscheine, Brillanten, Gold, Gebisse, Antiquitäten kft. B. & W. Benjamin, Neuer Steinweg 21.

Verband der Maler, Lackierer ꝛc. Deutschlands
Filiale Hamburg.

Zum baldigen Antritt suchen wir einen Hauskassierer.

Offerten sind bis Freitag, den 7. Juli, unter Angabe der Dauer der Mitgliedschaft an unser Bureau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 48/49, mit dem Vermerk „Bewerbung" einzusenden.

Der Vorstand.

Zentralverband der Böttcher u. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Mitglieder-Versammlung der Sektionen 1 und 2

Sonnabend, den 1. Juli d. J., abends 8½ Uhr, im „Hammonia-Gesellschaftshaus", Hohe Bleichen 30.

Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über Anträge zur Generalversammlung. 2. Unser Stiftungsfest. 3. Die Gaukonferenz. 4. Die Antwort der Generalkommission auf die Mitgliederabtreibung von seiten des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Um zu räumen! Verschiedene Partien Schuhwaren, prima Herren-Rindboxstiefel M. 7,50, prima Damen-Boxcalfstiefel M. 6,25 u. prima Damen-Roßchevreaux m. Lackkappen M. 5,25, Rindbox-Kinderstiefel 27/30 M. 3,75 u. v. 31/35 M. 4,25. Beachten Sie bitte meine 4 großen Schaufenster. **A. H. Meyer,** Lindenallee 48, Ecke Bellealliancestr.

Pfand-Geschäft Schmuckstrasse 7 u. 9, St. Pauli, gegründet 1880.

Tapezierer polst. Sofa 4, Rahmen 2,50 an, in u. außer d. Hause. **Haase,** Mesterkamp 30. Karte genügt. Reelle Arb. gar.

10 Muster-Anzüge à M. 19. B. Th. Wahn, Gr. Burstah 44, II. Im Hause der indischen Teestube.)

Feine getragene Anzüge, Jacketts, Fracks, Paletots M. 5, 6, 8 an, eleg. Damenkld. M. 4, 6, 8 an, Blusen und Jacketts M. 2, 3 an. Venusberg 22. **Schwarz.**

Anzüge und Paletots nach Maß. Auf Teilzahlung M. 40–50, Anz. M. 10. Nähmaschinen b. Anz. M. 6. **O. Grünke,** Schneider, Schumannstr. 50, Hp.

Vermietungen.

Im Gartenhäuserblock zwischen Freihafenstraße und Rotenburgstraße **Markmannstr. 154–172,** Rotenburgsort, sind freundliche 2- und 3-Zimmer-Wohnungen von M. 260 bis M. 410 per Juli oder später zu vermieten.

Parterre m. Hofpl. sof. od. 1. August M. 270. I. Etage z. 1. Okt. M. 295. Henriettenstr. 61.

Sof. od. z. 1. Okt. helle Vorder-Etg., 3 Z., Balk., K. M. 342. Schumannstr. 26, I. r.

Sof. od. später zu verm. **Humboldtstr. 108** Parterre m. Garten M. 204 und M. 222, Etagen M. 246–330 u. Geschäftskeller M. 324.

Geschäftskeller, flach eingeh., Lohmühlenstr. 91, Altona, ist für M. 400 pr. 1. Oktbr. zu verm. **F. Fera,** Gr. Johannisstr. 75, Alt.

Sof. od. zum 1. Okt. Parterre, 3 große Zimm. u. Zubeh., Gart. u. Hof, M. 280, zu verm. Stückenstr. 59, I., bei **Kern.**

Sofort od. später zu vermieten große 3-Zimmerwohnung mit Stall und Garten in Wellingsbüttel. 1 Min. vom Kl.-Borsteler Fährhaus. **W. Kramp.**

Möbliertes Zimmer pr. sofort zu vermieten. Volksdorferstr. 44, I. r.

Frdl. Zim. z. verm. Breckelbaumspark 16, II. r.

!EILE!

Mit Genehmigung E. H. Senats.

Schon nächste Woche: Ziehung

der grossen Wohlfahrts-**Geld**-Lotterie zugunsten eines **Kinderhilfstages** in Hamburg.

2819 Geldgewinne und **1 Prämie** von zusammen

90,000 M.

Grösster Gewinn evtl.

50,000 M.

spez. 1. Prämie

30,000 M.

1. Hauptgewinn

20,000 M.

etc. etc.

bar ohne Abzug.

¹/₁ Los Mk. 4,–, ½ Los Mk. 2,–.

Ueberall zu haben.

General-Vertrieb:

Rob. Th. Schröder, Graskeller 6.

Bargeld. Keine Wertgegenstände. — Nur Geldgewinne ohne Abzug. — Bargeld. Keine Wertgegenstände.

Eleg. guter Hausstand sofort zu verkaufen für den billigen Preis von **M. 450,** moderne Mokette-Garnitur mit 4 Sesseln, Salonschr. mit Vergl., Tisch mit 2 Auszügen, Trumeau mit Stufe, elegantes mahagoni Schlafzimmer, kompl. mit Einlag., Küchenbüfett mit Vergl., großer Tisch, 2 Stühle. Lagerung bis 1. November frei. **Lüddeckens,** Grindelallee 11/15. Auch Sonntags zu besehen.

1 Post. Damen- u. Herren-Schirme. A. M. Polack & Co., Hütten 85/89.

Bildschöne Plüschgarn. 85, gr. Teppich 12, eleg. Schlafzim. 175, 2 engl. Bettstell. billig, 2 Betten à M. 18, neue Nähmasch. 48. Steindamm 116, I.

Zufall! 6 Paletots à M. 14,75. Süderstr. 70, Hochpt.

Hochelegantes Brautbett M. 15, feine Daunendecke, Kissen, Unterbett. **Orgelmann,** Schulterblatt 12, I.

Zufall! Prima Inlett Meter M. 1, neue Bettfedern mit Daunen Pfd. 70 ₰, 2 kompl. eleg. Daunenbetten à M. 15. **Sander,** Osterstr. 71, Hochpart.

Umst. h. Garnitur 50, Tisch 8, Chaiselongue 19, Küchensofa 25, Trumeau 29, Vertiko 28, engl. Schlafzimmer 110, Flurgarderobe 15. **Banksstr. 70, pt. r.**

Zufall! 5 moderne Anzüge à M. 15,75. Süderstraße 70, Hochp.

Wenig gebr. Herr.- u. Damenfahrr., Frl., Rcktr., f. jeden Preis z. verk. Biberstr. 3–5, b. Hauswart.

Gr. Posten eleg. Herren- u. Damenräder, jetzt sehr bill. Preise. Rucksäcke v. 80 ₰ an. Große Allee 33, St. Georg.

Eleg. Herrenrad M. 25, Damenrad M. 35, sehr gut. Steindamm 79, I. l.

Fast neue Sportkarre billig zu verkaufen. Stückenstr. 59, I. Kern.

Blau. Kinderw. a. Gummi u. vernickelt zu verk. Ottensen, Karl-Theodorstr. 5, I. l.

Reiz. Hausst. M. 265, b. Okt., Salon, Wohnz. m. Büf., Tascheng., Trum., Schlafz., Küche, nur von 5–8 Uhr. **Stiftstraße 31, I. l.**

Unter-, Oberbett u. Kissen f. bill. z. verk. Ottensen, Kirchentwiete 43, I.

Nähmaschine M. 25 mit Garantieschein. Hansaplatz 4, part. links.

M. 25 Nähmaschine mit Garantieschein. Eppendorferweg 19, Laden.

Singer-Nähmasch., fast neu, billig. Wandsb. Stieg 1a, II. l.

Nähmaschinen-Reparatur von M. 1,50 an unt. Gar. **Retzlaff,** Hansaplatz 4, part., und Eppendorferweg 19, Ld. Karte genügt.

Schneider-Nähmaschine, hochf. Singer-Ringschiffchen, M. 35. Pastorenstr. 2, II. **Braus.**

N. Plüschg. billig zu verkauf. **C. Voss,** Bahrenfeld, Weberstr. 42, II. l., abds. 6–8 Uhr.

Freiwillige Versteigerung.

Freitag, 30. Juni, Sonnabend, 1. Juli, Montag, 3. Juli je nachm. 4 Uhr beginnend versteigere ich Barmbeck, **Hamburgerstrasse 23** wegen Aufgabe des **Ladengeschäfts der Firma Benz & Co., Filialwerke Bergedorf**

900 Fahrräder

eigener Fabrik, 300 Laternen und Glocken, 200 elektr. Taschenlampen, 150 Dampfmaschinen von Gebr. Bing (für Kinder), **ein Posten Fahrradzubehör.**

Auktionator und Taxator Herrmann Cohn

i. Fa. **Herm. Cohn,** Mitgl. d. V. Hamb. Aukt. (e. V.) Kontor: Kaiser Wilhelmstr. 89/91. Gruppe I, 259.

Die Waren sind neu und 2 Stunden vor jeder Versteigerung zu besichtigen. Die Firma Benz & Co. übernimmt für die Fahrräder zweijährige Garantie.

Ges. z. 1./7. bis 10./7. Leute, 3 K. in Kost zu nehm. od. ält. Mädch. Näh. d. Z. i. Haus. Erichstraße 25, p. **Näther.**

Alte Krämerei zu verkaufen. Näheres Stresowstraße 76.

Billige Lambreq., Steppdecken 150/200 M. 4, Tüllbettdecken, Rouleaus, Bettsatin. Englische Planke 7, I.

Umzugs halb. sof. zu verk. 2 Wagschal., 1 engl. Bettst., f. neu, 1 Kinderbettst. m. Krollhaarmatr., 1 Kinderw. **Voss,** Hammerbrookstr. 46, II.

Pfandscheine, Brillanten, Gold, Platina, Gebisse, Münzen, Silber, Antiquitäten kauft **Benkendorff,** Hamburg, Wilhelminenstraße 19, part. Gruppe III, 9712.

2 frisch melkende gute Ziegen gesucht. Offert. u. V. Z. G. an die Exped. d. Bl.

St. Georger Leihhaus, Hansaplatz 11, vis-à-vis Steindamm. Höchster Vorschuß, ungenierter Eingang. Auch Mobilien, Pianos und Fahrräder werden beliehen.